

Eisenbahner

Zentralorgan des Oesterreichischen Eisenbahn-Personales.

Redaktion: Wien V/1, Zentagasse Nr. 5.

Redaktionschluss: Zwei Tage vor dem Erscheinen des Blattes.

Sprechstunden

Jeden Tag mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage von 10 Uhr vormittags bis 1/2 Uhr nachmittags.

Insertionspreis:

Die einseitige Millimeterzeile oder deren Raum 14 Heller. Bei Jahresauftrag Rabatt.

Abonnements-Bedingungen:

Halbjährlich Kr. 2.88
Ganzjährlich 5.76
Für das Deutsche Reich ganzjährlich Mk. 6.—. Für das übrige Ausland ganzjährlich 9 Franken.

Er erscheint jeden 1., 10. und 20. im Monat.

Nr. 34

Wien, den 1. Dezember 1912.

20. Jahrg.

Verdächtige Gönnerschaft.

„Gelbe Organisationen“ auf den Eisenbahnen.

Die Eisenbahnerschaft Oesterreichs, soweit sie einen wirklichen und ernstlichen Kampf um ihre Interessen führt, kämpft heute nach zwei Fronten. Sie hat nicht bloß ihre Macht und ihren Einfluß nach jener Richtung fortgesetzt zu erproben, wo das ganz natürliche Klasseninteresse auch den ganz natürlichen Feind und Gegner, den Staat und das Unternehmertum, zum Widerstand aufstachelte, sie hat vor allem auch, wie das gerade in der jüngsten Zeit immer deutlicher wird, ihre energische Abwehr nach dort zu richten, wo der Feind im eigenen Lager seine fortgesetzte Minierarbeit betreibt. Denn darüber kann heute bei keinem Vernünftigen und Denkenden ein Zweifel mehr bestehen, daß alle diese Duzendgründungen von Vereinen und Organisationen eine schwere Gefahr bedeuten, der mit der größten Entschlossenheit, aber auch mit der notwendigen sachlichen Aufklärung vor allem, entgegenzutreten werden muß.

Es mag heute bei jedem Klassenbewußten Eisenbahner, der mit der sozialistischen Weltanschauung, mit dem Wesen ihrer Lehre und ihren Zielen vertraut ist, immerhin als bedauerlich gelten, daß noch ein Teil der Eisenbahner im Lager der nationalen und christlichsozialen Feinde steht, wo doch bereits eine reichliche Erfahrung hinter uns liegt, die beweist, daß alle diese Parteien die Interessen der besitzenden Bourgeoisie und des Staates vertreten. Aber die weit größere Gefahr für die Interessen der Eisenbahner, für die Möglichkeit, für die Zukunft irgendwelchen weiteren Erfolg zu erreichen, liegt heute dennoch dort, wo man fortgesetzt das Streben nach neuen Gründungen von allen möglichen Kategorienvereinen zu suchen hat. Denn während man es bei den nationalen und christlichsozialen Organisationen immerhin mit Gebilden zu tun hat, die aus einer Welt- und Lebensauffassung herausgewachsen sind und die in letztem Grunde auch politische Ziele und Anschauungen vertreten, waltet heute bei den Gründungen einiger konfusier Mörgler und mit herostratischer Ruhmsucht begabter Bernegroße kein einziger stichhaltiger Grund vor, mit dem man sich wirklich ernsthaft beschäftigen könnte. Man kann sich mit einem nationalen und christlichsozialen Parteimann, sofern er es nur ernst meint und von seiner eigenen Sache, die er vertritt, etwas versteht, immerhin noch sachlich auseinandersetzen und man kann eine Weltanschauung, die irrig und falsch ist, bekämpfen und widerlegen. Aber was soll man einem Menschen sagen, der ernstlich meint, wenn ein paar Hundert Leute aus einer der im Eisenbahnwesen vorhandenen vielgestaltigen Kategorien einen kleinen Verein gründen, dann werde es besser werden? Was soll man einer Tischgesellschaft antworten, die nur Kritik übt, weil das, ach, gar so kinderleicht ist, während sie selbst keine einzige positive Tat vollbringen kann? Und was soll man dazu sagen, wenn einen jeden Monat ein paar bedruckte Quartzettel auf den Tisch fliegen, die sich stolz als „Fachblätter“ der verschiedenen „neuen Organisationen“ ausgeben?

Allerdings man kann zu diesen Tollheiten manches sagen. Man kann den armseligen Kindsöpfen zunächst ein Kolleg über die Einigkeit halten und sogar mit der Geschichte aus der Elementarklasse beginnen, von jenem König, der am Sterbebett seinen Söhnen an einem Bündel Stäbe das Beispiel von der Macht der Einigkeit und Geschlossenheit zeigte. Man kann die alte Winzenwahrheit wiederholen, daß jede Zersplitterung der Kräfte einer Kräftevergeudung gleichkommt, die nur dem Gegner, der jede Schwäche seines Partners belauscht, zugute kommt. Aber auf das alles antwortet der geehrte Herr Vereinseinsgründer und Taschenrechnervereinsvorstand mit

überlegenem Lächeln: „O, das wissen wir alles. Aber es ist kein Grund, daß nicht alle jene Vereine, die das Wohl der Eisenbahner erstreben, zusammen vereint vorgehen könnten.“ Gibt man aber darauf die einzig mögliche und zutreffende Antwort, daß, wenn die Notwendigkeit der Einigkeit schon erkannt wird, nur die letzte Konsequenz übrig bleibt, alle die kleinen Vereine und Tischgesellschaften aufzulösen und ihre Mitglieder einer großen Zentralorganisation zuzuführen, dann natürlich wird eine solche Zustimmung mit Entrüstung fortgewiesen und der „Einigkeitsschwärmer“ von früher verwandelt sich in einen rasenden Roland.

Inmitten dieser allgemeinen Begriffsverwirrung, die Kindsöpfe und Narren stiftet, fühlt sich freilich die herrschende Klasse, die die Eisenbahner fürchtet wie das Feuer, sehr wohl. Und es versteht sich ganz von selbst, daß alle ihre Organe und Körperschaften die Uneinigkeit und Zersplitterung fördern, wo sie nur können. In anderen Ländern wurde, wie man weiß, dieser Zweck lange vor uns durch die Gründung und Protegierung der sogenannten „gelben Gewerkschaften“ erreicht, die teils durch offene und teils durch geheime Förderung durch das Unternehmertum lediglich in der Absicht ins Leben gerufen wurden, die sozialdemokratischen Gewerkschaften zu schwächen und die Arbeiter mit der „Milch der frommen Denkungsart“ zu erfüllen. Bei uns in Oesterreich sind solche Versuche, teilweise freilich mit wenig Erfolg, gleichfalls gemacht worden. Aber es ist bezeichnend und lehrreich, daß gerade jetzt bei den Eisenbahnern die Wahrnehmung zu machen ist, daß sich die Gründung von Berufs- und Kategorievereinen auf einmal der liebevollsten Fürsorge der Bahnverwaltungen erfreut, bei denen, wie man weiß, die Anerkennung einer modernen Gewerkschaftsorganisation erst erkämpft werden mußte.

Vor uns liegt ein solches Dokument liebevoller Fürsorge, das in der amtlichen Zirkularensammlung der Südbahnverwaltung veröffentlicht ist und das, wie folgt, lautet:

478. Nr. 9991/A.
Aenderung des Namens „Verein der Kanzlei-Expediten der k. k. priv. Südbahngesellschaft mit dem Sitz in Wien“ in „Verein der Südbahnbeamten und Beamtenanwärter“ (Personalangelegenheiten).

An alle Herren Dienstabteilungen, Betriebsinspektors- und Lokalbstände der österreichischen Linien der Südbahn samt Nebenlinien.

Mit Beziehung auf das Zirkular 197 A 1009 sehen wir Sie in Kenntnis, daß der „Verein der Kanzlei-Expediten der k. k. priv. Südbahngesellschaft mit dem Sitz in Wien“ mit Genehmigung des Ministeriums des Innern vom 10. Oktober 1912, Z. 35.193, seinen Namen in „Verein der Südbahnbeamten und Beamtenanwärter“ geändert hat.

Wien am 11. November 1912.

Die administrative Direktion: Fall m. p.

Ist das nicht eine recht verdächtige Gönnerschaft, die hier eine sogenannte „Eisenbahnerorganisation“ durch eine kapitalistische Eisenbahnverwaltung genießt? Welches Interesse, so muß man wohl fragen, hat denn die Südbahn, daß sie im Wege ihrer streng amtlichen Verlautbarungen die Agitation für die separatistischen Kategorievereine befördert? Die Antwort darauf wird wohl leicht zu finden sein, wenn man weiß, wie gern es die Bahnverwaltungen sehen, wenn die Bediensteten wahnwitzig genug sind, den Kastengeist zu pflegen und sich in ohnmächtigen Gruppen- und Branchenorganisationen aufzulösen, statt in einer starken und mächtigen Einheitsorganisation Schutz und Rückhalt zu suchen. Das Muster für derartige amtliche Begönnerungen hat man wohl auf den reichs-

deutschen Eisenbahnen zu suchen, wo man es rechtzeitig verstand, im Jahre 1897 durch den Direktionschef Ulrich in Kassel alle Eisenbahnervereine zu einem „Bunde preussisch-hessischer Eisenbahnervereine“ zu vereinigen, welche Organisation heute 170.000 Mitglieder zählt. Dieser Bund, der im wesentlichen die Aufgabe hat, Zuschüsse zu der bestehenden gesetzlichen Alters- und Pensionsversicherung zu gewähren, hat vor einigen Jahren aus Staatsmitteln über Antrag des preussischen Eisenbahnministers Budde ein Dreimillionengeschenk erhalten, natürlich als Anerkennung für seine loyale Haltung. Natürlich hat diese unter der Leitung der Eisenbahnverwaltungen stehende Organisation nicht den geringsten Einfluß auf wirtschaftliche Berufsfragen, denn ihr eigentlicher Zweck ist ja gerade die Eisenbahner von der Wahrung ihrer Interessen fern zu halten. In Oesterreich ist, wie unseren Kollegen bekannt ist, ein ähnlicher Versuch zu einer solchen Nachbildung auf einer Privatbahn, auf der „Luffig-Teplitzerbahn“, unternommen worden. Mit welchem Erfolg diese seltsamen Gewächse auch nach Oesterreich verpflanzt werden sollen, wird freilich erst eine spätere Periode lehren. Aber die Tatsache ist, wie das Vorkommnis abermals auf der Südbahn beweist, nicht abzuweisen, daß das Werk der Unterwühlung der großen zentralen Eisenbahnergewerkschaft von den Bahnverwaltungen in unverkennbarer Weise unterstützt wird. Weshalb das geschieht, braucht freilich niemand zweifelhaft sein. Und wir sind die letzten, die es nicht verstehen würden, wenn Staat und Unternehmertum alles fördern helfen, was der Arbeiterschaft schadet und ihren eigenen Klasseninteressen nützt. Aber die, die durch ihre Branchen- und Kategorievereine die Eisenbahner in der schwersten Zeit schwächen helfen und sie ihren natürlichen Feinden ausliefern, wird man unanschuldlich als die Veräter brandmarken müssen, die bewußt oder unbewußt die Geschäfte der Regierung und der Bahnverwaltungen besorgen helfen!

Die Rundgebung des Papstes gegen die christlichen Gewerkschaften.

Noch ist der Jubel der christlichen Presse über den angeblich so glänzenden Verlauf des christlichen Gewerkschaftskongresses in Dresden nicht verklungen, da legt sich auf die Blüten, die diese Tagung geblüht, wie ein Meltau die Rundgebung des Papstes. Das „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands“ weist in seiner Nummer vom 11. November, in der es übrigens die inzwischen bekanntgewordene päpstliche Enzyklika gegen die christlichen Gewerkschaften noch mit keinem Wort erwähnt, „auf die klare und sichere Reorientierung unserer Bewegung in grundsätzlicher und volkswirtschaftlicher Hinsicht“ hin, die ein bedeutames Ergebnis der Dresdener Veranstaltung war. Diese Selbstzufriedenheit wirkt geradezu komisch. Was bedeutet denn ein christlicher Gewerkschaftskongress? Haben denn die Stegerwald, Schiffer und Konsorten, haben die anderen Teilnehmer des Kongresses über die Orientierung der christlichen Gewerkschaftsbewegung in grundsätzlicher und volkswirtschaftlicher Hinsicht etwas zu sagen? Darüber bestimmen ganz andere Stellen. Der Papst in Rom hat gesprochen, und da geziemt es sich, für die christlichen Schwadronneure kein still zu sein und aufzumerken, denn „Gehorsam ist des Christen Schmach!“

Wer wird denn jetzt noch danach fragen, was für Richtlinien der Dresdener Kongress für die Befähigung der christlichen Gewerkschaften festgelegt hat. Der Heilige Vater in Rom weiß kraft der ihm innewohnenden Unfehlbarkeit am besten, was den deutschen Arbeitern nützt. Die guten Christen hätten das

Geld, das ihnen der Kongress gekostet hat, sparen, ihre Führer hätten alle die schönen Reden, die sie geredet, für sich behalten können. Sie haben keine Bedeutung. Will man sich über die Aufgaben der christlichen Gewerkschaften, über die Ziele, die sie verfolgen, orientieren, dann wird man nicht nach den Beschlüssen des Dresdener Kongresses, sondern nach der Enzyklika des Papstes vom 21. September 1912 fragen.

Es erregte in diesem Jahre einen großen Sturm, als auf dem Pfingstkongress des Verbandes katholischer Arbeitervertreter (Sitz Berlin) der Pfarrer Beher mitteilte, daß der Papst ihm als Antwort auf seine Huldbildungsadresse mit Bezug auf die katholischen Arbeitervereine, „Sitz Berlin“, gesagt habe: „Euch liebe ich, euch billige ich, euch erkenne ich an und mit allen Kräften strebe ich an, daß alle eure Grundzüge sich zu eigen machen mögen. Die anderen billige ich nicht; ich verdamme sie nicht, denn es ist nicht meine Sache, zu verdammen; jedoch ihre Grundzüge, welche falsch sind, kann ich nicht anerkennen.“ Damals haben die München-Bladbacher Christen kräftig losgeschlagen, nicht gegen den Papst, sondern gegen die lieben Brüder in Christo mit dem „Sitz Berlin“. „Noch nie ist“, so hieß es in der damaligen Erklärung des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, „das Oberhaupt der katholischen Kirche über Wesen und Charakter der christlichen Arbeiterbewegung Deutschlands schmähtlicher hintergangen und getäuscht worden, wie in dieser Huldbildungsadresse.“ Nun, in seiner neuesten Enzyklika urteilt der Papst ganz ebenso, wie in seiner Ansprache an den Pfarrer Beher und er sagt ausdrücklich, daß er sein Urteil auf die Informationen aufbaut, die er von den deutschen Bischöfen eingeholt hat. Werden die Christen jetzt wohl noch ihre Ansicht aufrechterhalten und zu wiederholen wagen, daß die Bischöfe den Papst schmähtlich hintergangen und getäuscht haben? Die Zeiten der Züricher Christentagung liegen lange zurück. Heute wird kein Schiffer mehr riskieren zu sagen: „Hochwürdige Bischöfe, bis hier und nicht weiter!“ Möglicherweise werden sich die christlichen Großklappen unterwerfen. Sie werden so tun, und einige ihnen nahe stehende ultramontane Blätter geben ja auch bereits den Ton an, als ob die Enzyklika im Grunde eine Anerkennung der christlichen Gewerkschaften sei. Die Kunst, sich „mit Gottes Hilfe durchzulügen“, beherrschen ja die Christen ausgezeichnet. Im übrigen aber werden sie sich löblich unterwerfen und sich bemühen, zu verhüten, daß die himmlische Gendarmerie, die zu ihrer Ueberwachung bestellt ist, einen Anlaß zum Einschreiten findet.

Nachdem der Papst in seiner Enzyklika dargelegt hat, daß es Pflicht aller Katholiken sei, namentlich die Grundzüge zu beachten, welche sein Vorgänger in der Enzyklika Rerum novarum auseinandergesetzt hat, betont er, daß die soziale Frage und die mit ihr verknüpften Fragen über Arbeitszeit und Lohn in erster Linie eine sittliche und religiöse ist und deshalb vornehmlich nach dem Sittengesetz und vom Standpunkte der Religion gelöst werden muß. Dann bespricht er die Arbeitervereinigungen und meint, es seien

„am meisten zu billigen und unter allen für den wahren und dauernden Nutzen der Mitglieder als bestgeeignete jene Vereinigungen anzusehen, die hauptsächlich auf der Grundlage der katholischen Religion aufgebaut sind und der Kirche als

Führerin offen folgen.... Hieraus folgt, daß derartige sogenannte konfessionell-katholische Vereinigungen nämlich in katholischen Gegenden, und außerdem in allen anderen Gegenden... gegründet und auf jede Weise unterstützt werden müssen.“

Damit hat der Papst die Bestrebungen der katholischen Arbeitervereine, Sitz Berlin, umschrieben und zum Ausdruck gebracht, wie sehr sie ihm ans Herz gewachsen sind. Er geht aber in der Lobpreisung dieser Vereine noch weiter, indem er sagt:

„Wir spenden also allen und jeden in Deutschland bestehenden rein katholischen Arbeitervereinigungen mit Freuden alles Lob und wünschen allen ihren Bestrebungen zum Wohle der Arbeiterbevölkerung glücklichen Erfolg und erhoffen für sie ein immer erfreuliches Wachstum.“

Man sieht, das ist im wesentlichen das gleiche, was er dem Berliner Pfarrer Beher gesagt hat. Aber auch sein Urteil über die interkonfessionellen Gewerkschaften hat sich nicht geändert. Freilich er verdammt sie nicht, weil es nicht seine Sache ist zu verdammen, aber sehr weit ist das Urteil des Papstes von einem Verdammungsurteil nicht entfernt. Der Papst erklärt:

„es könne geduldet und den Katholiken gestattet werden, auch jenen gemischten Vereinigungen, wie sie in euren Diözesen bestehen, sich anzuschließen, solange nicht wegen neu eintretender Umstände diese Duldung aufhört, zweckmäßig oder zulässig zu sein.“

Vorsicht tut aber für alle Fälle not. „An erster Stelle ist dafür zu sorgen, daß katholische Arbeiter, die Mitglieder solcher Gewerkschaften sind, zugleich jenen katholischen Vereinigungen angehören, welche unter der Bezeichnung Arbeitervereine bekannt sind.“

Ferner müssen sich die christlichen Gewerkschaften von allem fernhalten, was mit den Lehren der Kirche und den Geboten der kirchlichen Obrigkeit nicht in Einklang steht:

„Darum mögen die Bischöfe es als ihre heilige Pflicht ansehen, sorgfältig das Verhalten dieser Vereinigungen zu beobachten und darüber zu wachen, daß den Katholiken aus der Anteilnahme an ihnen kein Schaden erwächst.“

Damit sind die christlichen Gewerkschaften formell unter die Aufsicht der Geistlichkeit gestellt, die strenge darauf zu achten hat, daß in ihnen nichts passiert, was den Wünschen des Klerus widerspricht.

Aber Ruhe soll jetzt im schwarzen Lager eintreten, deshalb verbietet der Papst den beiden Richtungen, sich noch ferner zu zanken. Diese Mahnung richtet er nach beiden Seiten, aber die Art, wie er die Mahnung ausspricht, ist charakteristisch.

„Wie es einerseits niemand verfaßt wäre, eines verächtlichen Glaubens diejenigen zu bezichtigen und unter solchem Vorzeichen diejenigen anzuheben, die standhaft die Lehren und Rechte der Kirche verteidigen, jedoch aus gutem Grunde den gemischten Gewerkschaften dort beigetreten sind oder beitreten wollen, wo in Anbetracht der Drisverhältnisse die kirchliche Obrigkeit es für gut befunden hat, solche Gewerkschaften unter gewissen Vorsichtsmaßregeln zuzulassen, so wäre es andererseits als höchst verwerflich zu tadeln, die rein katholischen Vereinigungen feindselig zu befehlen — diese Art von Vereinigungen muß im Gegenteil auf jede Weise unterstützt und gefördert werden — und zu verlangen, daß die sogenannten interkonfessionellen Vereinigungen eingeführt werden, und sie gleichsam aufzudrängen, sei es auch unter dem Vorzeichen, daß alle katholischen Vereinigungen in den einzelnen Diözesen nach einer und derselben Form einzurichten seien.“

Dies ist der wesentliche Inhalt der Enzyklika, die zwar ein förmliches Verbot der christlichen Gewerkschaften nicht enthält, sachlich sich aber von einem

solchen nur wenig unterscheidet. Ob der Papst und die Bischöfe ihrer Kirche einen Dienst erwiesen haben, als sie dieses Dokument herausgaben, das zu untersuchen, ist nicht unsere Sache. Wir können es aber verstehen, daß die katholischen Arbeiter, die das Denken noch nicht völlig verlernt haben, angeichts der Enzyklika zu ganz eigenen Gedanken kommen. Weshalb hat wohl der Papst eine so große Sorge, daß das Seelenheil der katholischen Arbeiter nicht gefährdet werde, weshalb empfiehlt er dann nicht den katholischen Unternehmern, sich in besondere konfessionelle Vereine zusammenzuschließen? Weshalb wird den Bischöfen nicht ein Aufsichtsrecht über die Arbeitgeberverbände übertragen, analog dem, das sie über die christlichen Gewerkschaften ausüben sollen? Die neueste Enzyklika knüpft mit Recht an die Enzyklika Rerum novarum des vorigen Papstes, wie jene, sieht auch sie auf dem Standpunkt, daß die gewerkschaftliche Betätigung, das Streben der Arbeiter nach einer Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage von der Kirche nach Möglichkeit verhindert werden muß. Deren Aufgabe ist es, den Besitzenden beizustehen und sie vor der „Begehrlichkeit der Massen“ zu schützen.

Das spricht die berühmte Enzyklika Rerum novarum auch deutlich aus, indem sie schreibt:

„Die Bewegung der Massen, in welchen die Gier nach fremder Habe erwacht, muß mit Kraft gezügelt werden. Ein Streben nach Verbesserung der eigenen Lage ohne ungerechte Schwädigung anderer tadelt niemand; aber auf Aneignung fremden Besitzes ausgehen und das unter dem törichten Vorgeben, es müsse eine Gleichmachung in der Gesellschaft erfolgen, das ist ein Angriff auf die Gerechtigkeit und auf das Gemeinwohl zugleich. Ohne Zweifel zieht es der allergrößte Teil der Arbeiter vor, durch die eheliche Arbeit und ohne Beeinträchtigung des Nächsten sich zu einer besseren Stellung zu erheben. Aber zahlreich sind auch die Unruhstifter, die Verbreiter falscher Ideen, denen jedes Mittel recht ist, um einen Sturz vorzubereiten und das Volk zur Gewalttätigkeit zu verleiten. Es muß also die Gewalt dazwischen treten, dem Gehern Einhalt gebieten, die friedliche Arbeit vor der Verführung und Aufreizung schützen, den rechtmäßigen Besitz gegen den Raub sichern.“

Am die evangelischen Arbeiter, die den christlichen Gewerkschaften angehören und vereinzelt als Konzeptions-Schulzen auch in deren Leitung berufen wurden, wollen wir uns den Kopf nicht zerbrechen. Wenn es ihnen besonderes Vergnügen macht, sich unter das Kommando des Papstes und die direkte Aufsicht der Bischöfe zu stellen, dann wollen wir ihnen diese Freude gern gönnen; hoffentlich leiden ihre religiösen Gefühle, auf die sie ja so großen Wert legen, dabei keine Not. Für Arbeiter, die von ehrlichem Streben erfüllt sind, die wirklich an der Hebung der eigenen Lage und der ihrer Klassengenossen arbeiten wollen, ist künftigen christlichen Gewerkschaften kein Raum mehr. Mögen die christlichen Führer noch so pathetisch verkünden: „Wir sind, was wir waren, und bleiben, was wir sind“, so glaubt es ihnen kein vernünftiger Mensch. Sie können nicht bestreiten, daß alles Tun und Lassen ihrer vorläufig noch geduldeten Organisationen unter der Aufsicht der Bischöfe steht. Und wie diese über die Bestrebungen der Gewerkschaften denken, das hat mit aller wünschenswerten Deutlichkeit der Bischof

Feuilleton.

Bilder vom Basler Kongress.

Es ist schwer, nicht eine Satyre zu schreiben. Der alte Römer, der diesen Satz geprägt hat, könnte die Empfindungen eines Oesterreichers vorausgeahnt haben, die diesen überkommen mußten, wenn er die Basler Tage miterlebt hat, die Tage, da in der ehrwürdigen Römeriedlung Augusta raurica-Basilien, 2000 Jahre später, die Arbeitsmenschen aus allen Ecken Europas zusammenströmten, um zu sagen, daß sie Frieden wollen, den Frieden der Völker, den Weltfrieden. Es ist schwer, nicht eine Satyre zu schreiben, hat man mit den Augen des Oesterreichers all dies gesehen und erlebt. In dem Lande, in dem die Habsburg steht, ist alles ganz anders als in dem Reiche der Habsburger, so ganz anders, daß dich der Spottteufel juckt, ob du willst oder nicht. Alle Feiertäglern haben wir fallen sehen in diesen Tagen: die Schule, die Kirche, die Kaserne — ja sogar die goldenen Kränze. Die dem Friedenskongress der Arbeiterklasse ist schon ein anderer internationaler Arbeiterkongress in Basel vorangegangen. Ihn hat im Namen der organisierten Arbeiter ein Staatsanwalt begrüßt. Er war noch von der Polizei überwacht, aber auch damals schon nur in der Form, daß der Polizeikommissar und seine Unterbeamten Kongresspartien lösten. Sie waren Mitglieder des Kongresses. Sie hätten die in Behandlung stehenden Gegenstände mitberaten können und nur in den Geheimakten der Baseler Staatspolizei konnte ihre wahre Meinung über den Kongress zum Ausdruck kommen. Wir aber sind von Basel zurückgekommen — vierzig Jahre später — und den ersten Gruß, den uns die Primat bot, war der Gruß des Staatsanwalts: „Das Friedensmanifest der Internationalen — konfisziert“, so startete uns der Gruß des Staatsanwalts in der „Arbeiter-Zeitung“ entgegen. Dort der Staatsanwalt vor 40 Jahren schon — Parteigenosse — hier der Staatsanwalt nach 40 Jahren noch immer Mittel eines vormärzlichen Polizeigeistes, der es aller Welt ohne Scheu kündigt: Die Freiheit, die die Habsburg umweht, ist nicht die Freiheit des Habsburger Reiches.

An die Klarschule werden wir auch alle recht lange denken. Eine städtische Volksschule, die dem Kongresslokal am nächsten gelegene, öffnet den Kongressdelegierten kurz nach ihrer Ankunft ihre Pforten, damit sie dort Beratung pflegen können. Auf Oesterreich übertragen: Im Arbeiterheim Favoriten haben wir unseren Kongress und die Schule auf dem Keplerplatz öffnet ihr Musikzimmer (sie hat gar keines) den fremdländischen Delegierten, etwa Franzosen, damit eine Beratungsküche zu bieten. Freundlich öffnet der Schulpförtner, geleitet uns in den Saal, fragt nach etwaigen Wünschen und verschwindet dann. „Sind Sie Parteigenosse?“ — „So wie so“ lautet seine Antwort. Ja, wenn wir noch Eucharistiker wären, dann stünden uns auch die Schulen offen. Nicht allein zu Beratungen, auch als Wohnung.

Am Sonntag ist dann der große Friedenszug durch Basel. Im Kasernenhof sammeln sich die auswärtigen Delegierten. Das müssen wir vorher genau sehen, so denken einige österreichische Genossen, und fahren von anderen Stadterde im Auto zur Kaserne und dann den Weg entlang, den der Zug gehen soll, zum Münster, wo er endet. „Zur Klingental-Kaserne“, sagen wir dem Kraftwagenlenker, und er fährt und fährt, und plötzlich sind wir mitten im Kasernenhof. Er ist durch das Kasernentor auf den Reubungsplatz eingefahren und keine Schildwache hielt ihn auf. Die „Zivilisten“ saßen im Wagen und fuhren led mitten in den Hof. Kein Halt! Keine Aufregung! Kein Schuß ist uns nachgeschendet worden. Es war niemand da, der uns hätte nachschießen können. Das Kasernentor ist offen, aber keine Schildwache steht bei ihm. Die Kaserne wird nicht weggetragen werden. Eine einfache Erwägung, aus der folgt: Zum Schildwachen hat eine Volksarmee keine Zeit. Die Kaserne scheint leer und verödet. Kein Soldat weit und breit. Natürlich. Zum Herumlungern in Kasernen hat eine Volksarmee nicht Zeit. Der Soldat wird ausgebildet und dann geht er heim und arbeitet als Bürger. In der Kaserne „liegt“ nur Sanität, der Truppenteil also, der auch in Friedenszeiten etwas zu tun hat, zumal er die Aufgaben erfüllt, die bei uns die freiwillige Rettungsgesellschaft auf sich genommen hat. Zu solchem Tun hat man bei uns nicht Zeit. Von den beiden Türmen weht die Schweizerflagge. Die Kasernenverwaltung grüßt den Friedenskongress der Arbeiterklasse. Wir fahren weiter zum Münster. Dort entlohn wir den Wagenlenker.

„Sind Sie Genosse?“ ... So wie so ... lautet wieder die einfache Antwort. Was sollte ein arbeitender Mensch auch anderes sein, als Sozialdemokrat.

Wir treten in den Münster, in dem Rudolf von Habsburgs Frau und zwei ihrer Söhne begraben liegen. Ein überwältigender Bau. Auf romanischen Grundfesten erhebt sich ein gotthischer Heberbau. Durch die hohen Fenster mit herrlicher Glasmalerei fallen Sonnenstrahlen, das Licht des Himmels und erhöhen die Weihe dieses Ortes, den höchste Menschentum geschaffen. Eine katholische Kirche, aber eine ohne Altar. Dort am Ende des Mittelschiffes, wo sich sonst der Altar aufbaut mit Brunk und strahlendem Glanz, steht auf erhöhter Stufe ein einfacher Tisch mit dunklem Stoff verkleidet: der Tisch des Herrn, auf dem das Abendmahl gereicht wird. Dahinter steigen amphitheatralisch Bänke auf. An diesem „Tisch des Herrn“ saßen nachmittags die Stenographen und in fieberhafter Eile flogen die Stifte über das Papier, die geschäftlichen Friedensreden festzuhalten, die von den Wortführern der europäischen Arbeiterklasse von der Kanzel herab gesprochen wurden. Jetzt aber, am Morgen, braust die Orgel durch den hohen Raum, von dessen einfacher unbemalter Decke keine Lusterseile niederhängen, und ladet die andächtige Menge ein mitzusingen das Lied: „Den Frieden gib, o Herr, den Frieden!“ Die Kunst des Baues, die Kunst der Glasmalerei ist geliebt, die Kunst der Holzschnitzer auch, die die Kanzel gebaut haben und die Chorstühle, aber aller Brunk wurde hinausgeschafft, da die katholische Kirche nach dem Silbersturm der Baseler Reformation in eine reformierte gewandelt wurde. Die Einfachheit hat über das Schaugepränge gesiegt und sie hat die Weihe des Raumes gewaltig erhöht. Die Orgeltöne verklingen, das Licht des Himmels nur fällt durch die hohen Scheiben in die Halle und dann fallen von der Kanzel Worte des Grußes an jene weltlichen, die nachmittags hier einziehen sollen. Pfarrer Kästler ruft sein: Von unten herauf! in die Halle, von unten herauf sind alle Reformationen gekommen, von unten herauf wird und muß auch kommen der Weltfrieden, der Weltfriede. Ohne Pathos ruft er es und doch mit unwiderstehlicher stiller Kraft, das Natürlichke wird einfach entwickelt, einfach vorgetragen. Das Friedensmanifest des Jaren ist vor den Kriegsstimmen, die ihm folgten, zerflattert wie ein Papierschnitzelchen, die sanfte Stimme der Friedensliga wurde von den Schlachtenlärm übertönt, ... jetzt aber werden die

Senle von Regensburg ausgesprochen, als er an autoritativer Stelle es als einen Grundsatz des Christentums bezeichnete:

„Wer Recht ist, soll Recht bleiben!“

Die Defonomie im Staatsbahnbetrieb.

Ein betriebsgefährlicher Sparerlaß.

Der Finanzminister hat in seinem Exposé zum Budget für das Jahr 1913 angekündigt, daß im Staatsbahnbetrieb eine erhöhte Defonomie Anwendung finden solle und man hätte erwarten sollen, daß man einmal in richtiger Art im Staatsbahnbetrieb zu sparen beginnt.

Bei der Diätenmacherei in den höheren Regionen ist nichts von einer Ersparerei zu vermerken. Nach wie vor werden auch ohne Rücksicht auf den tatsächlichen Bedarf an Beamten die Söhndchen der Bourgeoisie in den Staatsbahndienst untergebracht, wobei sehr häufig die Protektion bürgerlicher Abgeordneter ihre Rolle mißspielt.

Mit der Anordnung der vorübergehenden Abänderung der Diensterteilung im Bedarfsfall, die sich in der Wirklichkeit in eine ständige Uebertretung der erstellten Turnusse umsetzen wird, hat die Direktion

der Linien der St. E. G. einen schweren Verstoß begangen. Hofrat Bürger scheint sich der Bedeutung und der Gefährlichkeit dieser mit seinem Namen gedeckten Anordnung nicht bewußt zu sein und man wird ihn persönlich dafür verantwortlich machen müssen, wenn durch Außerachtlassung der Vorschriften über die Dienst- und Ruhezeiten Bedienstete auf den Linien dieses Direktionsbereiches ins Unglück getrieben werden.

Nachstehend bringen wir im ganzen Wortlaut diesen überaus unmenschlichen Erlaß, der die systematische Ausnützung des niederen Personals zum Äußersten auf die Spitze treiben soll.

A. I. Direktion für die Linien der Staatsbahngesellschaft.

Kurrende Nr. 324.

Wahrung der größtmöglichen Defonomie beim Stations- und Fahrdienst.

An

alle Verkehrschefs, Betriebs- und Verkehrsleitungen, Bahnbetriebs- und Bahnhofsämter, Verkehrs- und Transportkontrolloren.

Aus dem Ausgabenerfolg für die Zeit vom 1. Jänner bis 30. September l. J. ist zu ersehen, daß die Betriebskosten des Stations- und Fahrdienstes eine Höhe erreicht haben, welche auch bei voller Berücksichtigung der Verkehrssteigerung nicht gerechtfertigt erscheint und nur auf die unökonomische Gebarung zurückzuführen ist.

So geht aus den seitens der Dienststellen anher vorgelegten Nachweisungen der „Personalwirtschaft“ hervor, daß die meisten Stationen den normierten oder mit besonderen Erlässen bewilligten Arbeiterstand mehr oder weniger überschreiten und daß in jedem Krankheits- und Urlaubsfall, ferner bei jeder wenn auch nur geringfügigen und vorübergehenden Mehrarbeit sofort Aushilfskräfte aufgenommen werden, anstatt durch entsprechende Arbeitsdispositionen und vorübergehende Abänderung der Diensterteilungen mit dem vorhandenen Personal das Auslangen zu suchen.

Auch die verhältnismäßige Steigerung der Ausgaben für die verschiedenen Materialien, insbesondere für Beheizung und Beleuchtung der Station und der Züge, und für die Nachschaffung von Inventargegenständen, trägt zum großen Teile die Schuld an dem ungünstigen Erfolg.

Dem l. l. J. wird daher neuerdings die gewissenhafte Befolgung der Bestimmungen der Kurrenden Nr. 23 und 209 ex 1911 zur Pflicht gemacht und erhalten speziell die Herren Vorstände der l. l. J. den dringenden Auftrag, diesen bedauerlichen Zuständen unter Anwendung aller ihnen zu Gebote stehenden Mittel Einhalt zu tun und sofort das Nötige zu veranlassen, daß die möglichst größte Sparsamkeit sowohl bei der Verwendung der Bediensteten und Arbeiter, als auch in der Materialinventurgebarung Platz greife.

Insbondere haben sich die Vorstände der l. l. Bahnbetriebsämter sofort an der Hand der erwähnten Nachweisungen der Personalwirtschaft und der Diensterteilungen von der Notwendigkeit der vorhandenen Arbeiter des Stations- und Fahrdienstes umgehend zu überzeugen und durch die energische persönliche Einflußnahme nicht nur die vollständige Uebereinstimmung des tatsächlichen Personalstandes mit dem bewilligten Stande beziehungsweise dem jeweils notwendigen Erfordernis beim Fahrdienst herbeizuführen, sondern sie haben auch darüber hinaus mit allen Mitteln zu trachten, weitere Ausgabenverminderungen durch entsprechende Zusammenlegung einzelner Berrichtungen geringeren Umfanges, für die bei unvollständiger Ausnützung besondere Kräfte aufgestellt sind, ferner durch alternative Verwendung der Bediensteten bei der Güter-Auf- und Abgabe je nach der wechselnden Geschäftssintensität, schließlich durch Verlegung der Arbeitszeiten einzelner Magazin-arbeiter und Aufsichtsorgane, Kantanten und Kalkulanten auf die geschäftstarken Arbeitsstunden zu erzielen.

Sinsichtlich der sachlichen Ausgaben ist durch rationelle Maßnahmen zu trachten, den Verbrauch an Heiz-

wage, Denken wir nur immer an Wien. Bei allem und jedem, was uns auffällt und wir werden auf die richtigen Gedanken kommen.

Das ist aber noch nicht alles. Der Platzkommandant, Genosse Dr. Blocher ist schwer vorzustellen. Er ist etwa Baron Dienert, Ritter v. Brzezowski und Ludwig August Bretschneider in einer Person. Regierungspräsident, Polizeidirektor und parteigenösslicher Demonstrationskommandant zugleich. Im Hof der Rudolfskaserne sammeln wir uns — es wäre ein so prächtiger Sammelplatz und von dort marschieren wir erst durch proletarische Viertel, dann durch die Straßen, in denen der Reichtum wohnt, mit klingendem Spiel und Gesang und mit 100 roten Fahnen zur Stephanskirche, wo Sozialdemokraten aus Berlin, Paris, London, Wien, Sofia, Krakau und Zürich auf die Kugel steigen und zu 5500, die unten sitzen, reden vom Frieden, den das falsche Christentum gefährden will. Und die Gloden läuteten, da wir mit den roten Fahnen einzogen. Nun sollen aber gar noch Ahnen der Habsburger in diesen Hallen begraben liegen und Graafe und Greulich, Adler und Daszynski, Jaurès und Safasow und Keir Gardie donnern von der Kugel ihre Worte für den Frieden und wie eine Salve fällt ab und zu das Weisfallgeräusch ein. Kann ein Oesterreicher solches verstehen?

Der Kongreß ist zu Ende. Die weite Bahnhofshalle der Gepätkräger harret der Einfahrt des Zuges. Wir plaudern. „Haben Sie etwas von dem Umzug gesehen?“ — „Nein, ich hatte Dienst.“ — „Aber Sie sind Parteigenosse?“ — „So wie so...“ wird uns zum drittenmal die Antwort. Vom Schuldiener bis zum Regierungsrat des Innern, vom Chauffeur bis zum Regierungspräsidenten, vom Gepätkräger bis zum Gewerbeinspektor, der mit an der Spitze der Schweizer Genossen im Friedenszug ging — alle Parteigenossen. Man versteht schließlich die gleichlautende Antwort: So wie so... Wie sollte es auch anders sein in diesem glücklichen Land, das uns so weit voraus ist in diesem glücklichen Land, in dem auf einsamer Bergeshöhe die Habsburg steht. Mag Winter,

und Beleuchtungsmaterialien auf das notwendige Maß zu beschränken.

Es wird daher in Erinnerung gebracht, daß das unnötige oder vorzeitige Brennen der elektrischen, Gas- und Starlichtlampen, Stations-, Wechsel- und Zugsignallaternen, Gänge- und Kandelampfen auf keinen Fall zu dulden ist.

Sinsichtlich der Zugbeleuchtung ist auch dahin Sorge zu tragen, daß die Signalmittel nach Anfuhr der Züge in den Endstationen nicht länger als es die Verkehrssicherheit erfordert, beleuchtet bleiben und daß die Coupélampen in der Ausgangsstation nicht allzu bald angezündet, während der Fahrt bei Gas- oder elektrischer Coupébeleuchtung in unbesetzten Abteilen auf „Dunkel“ gestellt und in der Endstation nach erfolgtem Aussteigen der Reisenden sofort verloscht werden.

Die Kasernenbeleuchtung hat nur nach Maßgabe des tatsächlichen Bedarfes stattzufinden und wird eine ganznächte Beleuchtung nur für jene Lokale zugestanden, in welchen das Personal in der Nacht wechselt.

Für die übrigen Kasernenlokale ist die Beleuchtungsdauer auf je eine Stunde für das Aus- und Ankleiden und Waschen zu reduzieren.

Das gesamte Stations- und Fahrpersonal ist zur wirtschaftlichen Gebarung mit den Verbrauchsmaterialien und zur schonenden Behandlung aller Inventargegenstände energisch zu verhalten und diesbezüglich streng zu beaufsichtigen.

Bei wahrgenommener Verschwendung von Materialien, bei ermiesenermaßen vorfälliger, mutwilliger oder durch Sorglosigkeit herbeigeführter Beschädigung von Material- und Inventargegenständen sind die schuldtragenden Bediensteten unanschuldigtlich zur Ersatzleistung im vollen Betrage des Schadens heranzuziehen, andernfalls mühen die Rechnungslieger selbst gemäß § 9 der Anweisung Nr. IX für den aus Unterlassung der pflichtmäßigen Obforge entstandenen Schaden ersatzpflichtig gemacht werden.

Die durch natürliche Abnutzung schadhaft gewordenen Gegenstände sind stets rechtzeitig der Reparatur zuzuführen, damit deren gänzlich Unbrauchbarwerden verhütet und die Anschaffung des kostspieligen Ersatzes vermieden werde.

Die Bevorratung mit den zum Dienstgebrauch erforderlichen Drucksorten ist derart zu regeln, daß die jeweiligen Anforderungen dem vorausschätzlichen, tatsächlichen Bedarfs entsprechen.

Daher ist auch die Bestellung und Gebarung mit den Drucksorten genau zu überwachen und unbedingt dafür zu sorgen, daß keine unnötigen, für die Dienststelle nicht in Betracht kommenden Drucksorten bestellt werden.

Außerdem sind die Drucksortenvorräte einer gründlichen Revision zu unterziehen und alle jene gültigen Drucksorten, für welche kein Bedarf besteht oder voraussichtlich eintritt und die binnen fünf Monaten nicht aufgebraucht werden können, mittels Konsignation Allg. Form. Nr. 115 anher (Abteilung V) zur Disposition zu stellen.

Schließlich werden die l. l. J. noch beauftragt, außer den bereits mit den Kurrenden Nr. 32 ex 1909 und Nr. 290 ex 1912 angeordneten, quantitativen Ausschreibungen über den Verbrauch an Materialien ab 1. Jänner 1913 für Kontrollzwecke noch Vormerke zu führen, aus welchen die an die einzelnen Bediensteten fallweise oder periodisch für dienliche als auch für Zwecke der Beheizung und Beleuchtung ihrer Wohnungen unentgeltlich oder verkaufweise verabfolgten Materialien nach Quantitäten zu ersehen sind.

In diesen Materialausfolgungsvormerken haben die Bediensteten den Empfang der erhaltenen Materialien zu bestätigen.

Die betreffenden Organe der Fachabteilung wurden angewiesen, gleich den Verkehrs- und Transportkontrolloren bei allen Anlässen bezüglich ordentlicher und zweckdienlicher Befolgung dieser Maßnahmen an Ort und Stelle genaue Kontrolle zu üben und behält sich die l. l. Direktion vor, jede konstatierte Mehrverwendung von Arbeitern oder jeden ungerechtfertigten Mehrverbrauch an Materialien und Inventargegenständen den Herren Vorständen zum Ersatz vorzuschreiben.

(3. 70.112.)

Wien, am 29. Oktober 1912.

Der l. l. Direktor: Bürger.

Der Erlaß, der geradezu eine detaillierte Anleitung ist, wie man das Sparsystem auf die Spitze treibt, verdient vor allem auch in der weitesten Öffentlichkeit bekannt zu werden. Denn obwohl es vorerst das Personal ist, das die Folgen gründlich zu spüren bekommt, wenn man den Vorständen geradezu unter Zwangsmaßregeln befiehlt, unter allen Umständen der Staatsbahnerverwaltung sparen zu helfen, so werden andererseits derartige Anweisungen auch eine Gefahr für das gesamte reisende Publikum. Daß man vorschreibt, zum Beispiel mit der Coupébeleuchtung zu sparen, die ja in Oesterreich ohnehin schlecht genug ist, wäre ja noch weniger folgenreicher. Aber daß die Sparerei selbst bei den Beleuchtungskörpern und Signallvorrichtungen Platz greifen soll, das ist so recht ein Bürokratenstück, das von der Fremdeit zeugt, die die oberen Organe unserer Eisenbahnerverwaltung gegenüber dem praktischen Verkehrsdienst an den Tag legen. Man wird jedenfalls die schwerwiegenden und verhängnisvollen Folgen, die unter Umständen aus solchen Anordnungen für die Sicherheit des Verkehrs erwachsen können, der weitesten Öffentlichkeit noch ausführlich vor Augen halten müssen. Vielleicht hilft es, wenn das Publikum sich gegen die Zumutung unfürsorglicher Sparerlässe wegen der größten Gefahren auszusprechen, sich einmal ganz energisch zur Wehr setzt!

Gelesene Nummern des „Eisenbahner“ wirft man nicht weg, sondern gibt sie an Gegner und Indifferente weiter.

Fürstendiener.

Das vom Internationalen Sozialistenkongress in Basel beschlossene Friedensmanifest wurde in Oesterreich vom Staatsanwalt konfisziert. Eine dagegen im Parlament eingebrachte Interpellation ließ der dem Nationalverband angehörige Präsident Dr. Schlvester nicht verlesen. Abgeordneter Seih protestierte gegen die Konfiskation der „Arbeiter-Zeitung“ wegen Veröffentlichung des Friedensmanifestes sowie gegen das Vorgehen des Präsidenten. Die Ausführungen von Seih wurden von den Abgeordneten der Linken mit lebhaften Schlußrufen und Lärm unterbrochen. Der Präsident erwiderte, er sei mit Rücksicht auf die schwere Situation, in der der Staat sich befinde, der Ansicht, daß die Interpellation in geheimer Sitzung zu verlesen sei. Abgeordneter Stözl (Deutscher Nationalverband) trat unter lebhaftem Beifall der Linken den Ausführungen von Seih entgegen und erklärte, die ganze Bevölkerung Oesterreichs wolle den Frieden, aber den Frieden in Ehren. Stözl hob den patriotischen Sinn der Bevölkerung hervor, welche bereit sei, mit aller Kraft für die Ehre und für die Integrität des Reiches einzutreten. Von dem gleichen Gefühl sei auch das Parlament erfüllt. (Stürmischer, langanhaltender Beifall links.) Der Präsident ordnet hierauf eine geheime Sitzung an, worin die Abgeordneten sich der Ansicht des Präsidenten anschließen, daß die Interpellation der Sozialdemokraten nicht in öffentlicher Sitzung zu verlesen sei. Dieses Vorgehen der Parlamentsmehrheit und insbesondere des Deutschen Nationalverbandes charakterisiert die „Arbeiter-Zeitung“ in glänzender Weise in folgendem Artikel, den wir auch unseren Lesern nicht vorenthalten zu dürfen glauben.

Die Redaktion.

In allen Sprachen, in allen Ländern Europas wird heute das Friedensmanifest der sozialistischen Internationale gedruckt, verbreitet, gelesen. Man kritisiert es, man streitet über seinen Inhalt, man erörtert seine Forderungen. Aber es mit Polizeigewalt zu unterdrücken fällt niemand ein — niemand, so weit der Bereich politischer Kultur reicht.

Nur zwei Staaten gibt es noch in Europa, die das freie Wort nicht mit Argumenten, sondern mit der Polizei bekämpfen. Der eine ist Rußland, der andere ist — Oesterreich! Rußland ist ein absolutistisch regierter, halb barbarischer, halb asiatischer Staat. Oesterreich liegt — auf der Landkarte wenigstens — mitten in Europa! Man soll in Europa einmal von der „Freiheit wie in Oesterreich“ gefaselt haben. Heute können wir in Oesterreich anfangen, sehr ernsthaft von der Freiheit wie in Rußland zu reden! Nur ist es doch noch ein kleiner Unterschied zwischen Rußland und Oesterreich. In Rußland ist es die zarische Gewalt, die das freie Wort knebelt — die zarische Gewalt, gegen die sich auch das Bürgertum noch aufbäumt. In Oesterreich besorgt das Bürgertum selbst die Senkersarbeit! Und zu unserer, der Deutschen Schande müssen wir es gestehen: das deutsche Bürgertum stellt den Präsidenten, der die höchste Würde, die Oesterreichs Völker zu verleihen haben, zu Polizeidiensten mißbraucht; das deutsche Bürgertum hat die Abgeordneten gewählt, die dem Polizeistenreich am lautesten Beifall klatschen; das deutsche Bürgertum ist heute die festeste Stütze der österreichischen Reaktion!

Wir sprechen nicht von den Christlichsozialen. Anechtlichkeit war stets der Römlinge Gesinnung, Sakaiensinn die Grundlage ihrer Macht. Sie sind in ihrer Rolle, wenn sie Bütteldienst leisten. Aber von den anderen sprechen wir, von den Nationalen, den Freiheitlichen, von denen, die Tag für Tag den Namen des deutschen Volkes im Munde führen!

O, sie sind Freiheitshelden, die Herren vom Deutschen Polizeiverband! Tragen sie nicht das schwarz-rot-goldene Band — die Farben der Revolution von 1848! — an der Uhr? Legen sie nicht am Grabe Robert Blums Kränze nieder? Singen sie nicht auf der Bierbank die feurigen Lieder Arnolds? Deklamieren sie nicht bei Sonnenfesten die Dichtungen unserer Freiheitsdichter? Tragen sie nicht am Schiller-Fest leuchtende Fackeln durch die Stadt? Jubeln sie nicht den Schiller-Worten zu: „Geben Sie Gedankenfreiheit!“, „Ich kann nicht Fürstendiener sein!“, „Vor dem Sklaven, wenn er die Ketten bricht, vor dem freien Menschen erzittert nicht!“ Und so weiter! O sie sind Freiheitshelden, unsere Deutschnationalen, Freiheitsmänner — auf der Bierbank!

Aber wenn es dann gilt, die Gesinnung zu bekennen — dann sind nicht Arnolds noch Schiller ihre Führer! Dann steht der Herr Schlvester da und deklamiert, daß die Römlinge Beifall klatschen! Das Parlament ist keine Schiller-Feier. Für die Schiller-Feier — die Gedankenfreiheit; für das Parlament — die Polizei! Freiheitsmänner sind sie ja nur — auf der Bierbank!

Gestern noch haben wir sie das Lied vom „Gott, der Eisen wachsen ließ“, singen gehört:

Drum gab er ihm den kühnen Mut,
Den Horn der freien Rede,
Daß er bestände bis aufs Blut,
Bis in den Tod die Fehde!

„Den Horn der freien Rede“? Den Staatsanwalt gegen ihn! Die Polizei gegen ihn! Die geheime Sitzung für die „freie Rede“! Er ist ja ein

herrliches Gut, der Horn der freien Rede! Aber doch nur auf der Bierbank! Doch nicht, wo es ernst wird und bekennen heißt, in der Volksvertretung, im Rate der Gesetzgebung!

Ja, wenn sie wieder beim Bier sitzen, dann singen sie wieder die alte Weise:

Stoßt an, die Wahrheit soll leben, Hurra hoch!
Wer die Wahrheit erkennt und sagt sie nicht,
Der ist ein ehrlos erbärmlicher Wicht.
Wahr sei der Mann! Wahr sei der Mann!

Und wer kein erbärmlicher Wicht sein und die Wahrheit sagen will? Der Staatsanwalt herbei! Sagen darf man die Wahrheit schon, aber nur — in der geheimen Sitzung!

Aber halt! Das Vaterland ist in Gefahr! Seht ihr nicht, wie Slowenen, Serben, Kroaten den Siegen ihrer Volksgenossen am Balkan zujubeln? Ist das nicht schimpflicher Verrat am Vaterland? Tut in solcher Stunde, in der der Hochverrat frech die Stirn erhebt, nicht Vorsicht not?

Gemach! Denkt doch daran, wie eure Väter gefühlt haben, als 1870 Deutschlands Heere durch Frankreich zogen! Denkt an Hamerlings Worte, die ihr bei Sedanfeiern so gern deklamiert:

Wo war Deutschösterreich in Deutschlands Schlachtentagen?
Neutral blieb Oestreichs Hand und Oestreichs Erz!
Neutral? Nicht ganz! Das Herz hat mitgeschlagen,
Das Herz Deutschösterreichs, das deutsche Herz!

Und wenn morgen wieder ein fremder Eroberer Deutschland bedrohte, wenn Deutschland einen wahren, echten Volkskrieg zu führen gezwungen wäre, würdet ihr, ihr Deutschnationalen, nicht wieder mit ganzem Herzen sein, wo Deutschlands Fahnen wehen? Was wundert ihr euch, daß die Südslaven ebenso fühlen wie ihr selbst? Gerade ihr müßtet es verstehen, daß das Band, das die Gemeinschaft der Sprache, der Geschichte, der Kultur um ein Volk schlingt, stark und unzerreißbar bleibt, wenn auch das Schicksal Staatsgrenzen aufreißt hat zwischen den Volksgenossen! Hofräte und Römlinge mögen von Hochverrat reden, wenn eines Volkes Herz für seine Brüder im Nachbarland schlägt! Ihr Nationalbewußte verleugnet euch selbst, wenn ihr in solch Verede einstimmt!

Aber wir hören schon euren Vorwand! Nicht die Südslaven zeihet ihr des Verrates am Vaterland. Aber uns, die deutschen Arbeiter, beschuldigt ihr des Hochverrats, weil wir nicht jubeln bei dem Gedanken, ins Feld zu ziehen für Messio und Durazzo!

Verrat am Vaterland! Was ist denn euer Vaterland? Haben wir euch doch unzähligmal singen gehört, des Deutschen Vaterland sei:

So weit die deutsche Zunge klingt
Und Gott im Himmel Lieder singt!

Nun denn, denket heute an dieses ganze große deutsche Vaterland! Und dann saget, ob Deutschland — das ganze große Deutschland! — Krieg führen soll für den albanischen Adriaafen!

Könnt ihr es euch vorstellen, was solcher Krieg bedeutet? Wenn Oesterreich gegen Rußland Krieg führt, was wird dann das Deutsche Reich tun? Wird es neutral bleiben? Dann ist der Dreibund zerstört, eine Stütze der deutschen Weltstellung zerbrochen! Wird es seine Herre gegen Rußland aufbieten, dem bedrohten Bundesgenossen beizustehen? Dann rückt auch Frankreich ins Feld, das die Wunden von 1870 noch nicht verheilt hat! Dann hat Deutschland einen Krieg nach zwei Fronten zu führen, gegen Frankreich und Rußland zugleich — einen Krieg, der Hunderttausenden Deutschen das Leben kostet; einen Krieg, der, auch wenn er siegreich beendet würde, der deutschen Nation unendliches Leid, unendlichen Schaden zufügen würde! Und wofür all das? Für einen Hafen an der Adria! Nicht einmal dafür, daß dieser Hafen deutsch oder auch nur österreichisch werde! Nein, dafür, daß er Eigentum des künftigen Königreiches Albanien sei! Ist es deutsch gedacht und national gefühlt, wenn man um solchen Kampfpreis das ganze deutsche Volk so furchtbarer Gefahr aussetzen möchte? Warnt euch Bismarcks Wort nicht, daß der Balkan nicht die Knochen eines pommerschen Musketers wert sei?

Aber wer denkt an Deutschlands Interesse im Deutschen Sakaienverband? Deutsch seid ihr ja — auf der Bierbank! Soust habt ihr stülzelhaft ganz anderes im Sinne: die Gnade der Mächtigen, die Titel und Orden und Würden verleiht, und als lehtes, leuchtendes Ziel den goldgestickten Frack des k. k. Ministers! Was gilt Deutschland noch dem Deutschen Streberverband! Es gibt im deutschen Bürgertum Oesterreichs keine Deutschnationalen mehr. Die schwarz-rot-goldene Fahne deckt nur noch höfische Anechtlichkeit.

Das war eine andere Zeit, als in den Achtzigerjahren der junge Schönerer gegen die altliberalen Fürstendiener, die Stölzel von damals, zu Felde zog! Wir Sozialdemokraten waren und sind seine unverföhnlichen Feinde. Aber wenn wir das Gelichter der Epigonen, wenn wir die Schlvester und Stölzel und Sommer und Seidl sehen und dann des alten Schönerer uns erinnern, denken wir doch an das Wort Lassalles: „Und wenn wir Flintenschüsse mit ihm wechselten, so würde die Gerechtigkeit erfordern, noch während der Salven einzugestehen: „Er ist ein Mann; jene aber sind alte Weiber.“ Es ist ein furchtbarer Niedergang — der Weg von Schönerer bis Stölzel.

Wir aber fragen heute, ob es im deutschen Bürgertum unseres Landes noch einen einzigen echten Deutschnationalen gibt; einen noch, der nicht

dabei sein will bei diesem Sturz in die Anechtlichkeit; einen noch, der sich von diesen unwürdigen Sachwaltern des Deutschtums mit Abscheu abwendet; einen noch, der seinen Schiller im Kopfe und im Herzen hat und dem Deutschen Höltingerverband das Schiller-Wort entgegen schleudert: „Ich kann nicht Fürstendiener sein!“

Zur Frage der Stabilisierung der Arbeiter.

Eine Rück- und Auschau nach dem Bilinskischen Erlaß.

Die Frage, ob die seinerzeit erfolgte Stabilisierung eines Arbeiters mit 300 oder 365 Tagen vollzogen wurde, und welcher Arbeiter derzeit mit 300 oder 365 Tagen stabilisiert werden soll, ist gegenwärtig für die Eisenbahnarbeiter sehr wichtig. Die Staatsbahnverwaltung, die die Schuld trägt, die Begriffe vollständig verwirrt zu haben, wird selbstverständlich nicht so leicht eine Klarheit schaffen wollen, denn wie sollte sie sich eines so günstigen Mittels begeben, durch welches nur allein ein so reicher, sagen wir, Ersparnisserfolg möglich ist. Und so ist es unbedingt notwendig, daß die Zugehörigkeit der Bediensteten zu dieser oder jener Anstellungskategorie klar und unzweideutig festgestellt werde.

Es ist evident, daß die Staatsbahnverwaltung selbst (wir reden heute nur von Dienern) zwei Arten von Anstellungen unterscheidet: eine mit 365*, die zweite mit 300 Tagen. Als der Bilinskische Erlaß im Jahre 1894 diese zweite Anstellungskategorie einführt, wurden die diesbezüglichen Grundzüge festgesetzt. Freilich war es von vornherein jedem klar, daß diese Grundzüge einer Reform unterzogen werden müssen, weil sich diese Grundzüge auch auf Bedienstete im Verkehrs- und kommerziellen Dienst erstreckten. So wurden ihnen die Magazinbediener, die Ladischeinreiber, die Verschieber, die Oberverschieber und Stationsdiener unterstellt, Personen, die durchwegs zu diesen Diensten herangebildet werden und durch Ablegung einer Spezialprüfung erst ihre Fähigkeit nachweisen mußten, zum großen Unterschied von jenen Arbeitern, die infolge Erlernung ihres Handwerks ihre Fähigkeit schon mitbrachten. Bei letzteren nur konnte es darauf ankommen, sie (bevor sie sich einen besseren Verdienst anderwärts suchen) zu stabilen Arbeitern zu gewinnen, während jene Personen, die zum Eisenbahndienst erst erzogen, herangebildet werden müssen, zu diesem oder jenen Dienstzweig ernannt werden dürfen, bis sie eben den Befähigungsnachweis (Prüfung) erbracht haben.

Maßnahmen solcher Art liegen selbstverständlich im Wesen dieses eigenartigen Unternehmens. Sie liegen in der Aufrechthaltung des Verkehrs, in der anstandslosen Abwicklung desselben, so zwar, daß die Sicherheit auch gewährleistet erscheint, um derentwillen wohl auch die Anweisungen erstellt wurden. Der objektive Beurteiler wird das durchwegs zugeben, denn die aufgebürdete Verantwortung geschah doch bloß aus diesen dienftlichen Rücksichten. Und daß bei Aufrechthaltung aller dieser in Betracht kommenden Umstände auch das von Vorteil ist, daß alle dem exekutiven Dienst unterstellten Organe zu jeder Zeit innerhalb der für sie erlassenen Vorschriften, Turnusse, auch dienftlich zur Verfügung zu stehen haben, ist um so einleuchtender, als uns die verschiedenartigen Unglücksfälle bei gegenteiligen Umständen eine solche Notwendigkeit aufzwingt**. Hingegen wird bei jenem Personal, das abseits vom Betriebe des exekutiven Dienstes die Betriebsmittel schafft und in Stand hält (die Arbeiter der Werkstätten, des Heizhauses, der Bahnerhaltung etc.) die im Gesetz festgelegte normale Arbeitszeit an Werktagen vollkommen eingehalten werden können und werden diese Dienstzweige im Bilinskischen Erlaß auch ganz folgerichtig und besonders herausgehoben.

Aus dem vorstehenden ist nunmehr schon ersichtlich, daß wir grundsätzlich nur zwei Anstellungskategorien zu unterscheiden haben, und zwar gibt es:

1. Angestellte, deren Ernennung auf Grund einer absolvierten Ausbildungsfrist, einer erfolgten Ernennung zu Ausbildungsbefähigten und erst dann durchgeführt wird, wenn die in den Prüfungsbedingungen bezeichnete Spezialprüfung abgelegt worden, und
2. Angestellte, bei welchen alle oben erwähnten Voraussetzungen entfallen, denn ihre Anstellung erstreckt sich flarerweise nur auf die Bestimmung, daß sie die auf den Arbeiterstand zählenden, aber statusmäßig eingereihten Bediensteten sind.

* Die 365 Tage-Anstellung, die vor dem Jahre 1895 allgemein üblich war, von welcher ein Erlaß der Generaldirektion im Jahre 1893 die maßgebenden Dienststellen mit folgendem Satz noch besonders erinnern zu müssen glaubte, daß „die erste Anstellung der Unterbeamten und Diener nach zurüdgelegtem Vorberufungsdienste und abgelegtem Dienstprüfungen in der Regel in der niedrigsten für die betreffenden Posten systemisierten Gehaltsstufe zu erfolgen hat“. Diese 365 Tage-Anstellung wurde demnach a conto dieser Maßnahme derart ausgebaut, daß der im Taglohn befindliche und für eine Anstellung ausgereifte Arbeiter auf einen bedeutend kleineren Taglohn herabgesetzt wurde, um eben in die niedrigste (!) Gehaltsstufe eingereiht zu werden. Das ist auch heute noch so. In dieser Beziehung sprach man von einer „Intimierung“ solcher Arbeiter, die auch jahrelang andauern konnte. Aus den krassten Fällen der jüngsten Zeit haben wir insbesondere den Fall eines Bahnrückführers heraus, der zum Ausschiffsbahnrückführer abganzerte und dessen Taglohn infolge dieses Umstandes, bei nahe um 1 Kr. reduziert wurde! Dabei gehören die Bahnrückführer nicht in die erste, sondern in die zweite Anstellungskategorie.

** Leider wird vielfach bemerkt, daß bei den Zugehörigkeiten eingeführte erste Reserve, die ausschließlich zu dem Zweck bereitgehalten werden soll, bei Unglücksfällen die Hilfs- und Rettungszüge zu führen, oft aus Ersparnisrücksichten zu anderen Dienstleistungen kommandiert wird, somit also oft niemand da ist, wenn ein Rettungszug angefordert wird. Die Herren Dienstkommandierenden wissen da nicht, welche Verantwortung sie auf sich laden!

Bei den Bediensteten der ersten Anstellungskategorie sagt der Eisenbahner, daß sie ernannt, bei der zweiten, daß sie stabilisiert werden, und drückt dabei aus, daß diejenigen, die ernannt wurden, tagtäglich (§ 27 der Dienstordnung) der Eisenbahnverwaltung verpflichtet sind (365 Tage*); daß aber diejenigen, die stabilisiert werden, im Jahre nur 300 Arbeitstage verpflichtet sind, wobei jeder Arbeitstag höchstens mit zehn Stunden Arbeitszeit bestimmt wurde; jetzt bei den Werkstätten- und Heizhausarbeitern mit neun Stunden zu bestimmen ist. Und diese natürliche Bestimmung, datiert seit dem Erscheinen des Bilinskischen Erlasses vom Jahre 1894, der sodann als „Rundmachung“ im April 1895 eine tiefgehende Popularität erlangte.

Diese klaren Bestimmungen konnten bis heute Verwirrung, die über den Begriff „stabil“, „Stabilität“ noch so haarspaltende Mädchen der Definierungskunst anstellen, nichts anhaben**).

Wir müssen aber trotzdem von einer in dieser Frage bestehenden Verwirrung reden, und entstand dieselbe bloß in jenen Köpfen, die die Absicht hatten, das Personal zu schädigen. Sie entstand nämlich dadurch, daß die Stabilisierungsfrage seitens der Staatsbahnverwaltung ganz plötzlich ein wohlwollendes Augenmerk zugewendet wurde, weshalb in der Folge diese Frage eine ganz gewaltige Hochflut von Erlassen ausgelöst hatte. Wohl oder übel müssen wir uns mit einigen derselben schon ein wenig befassen, so groß auch die Aufgabe ist. Denn in diesen Erlassen allein liegen die schrittweise vollzogenen Schädigungen an den Bediensteten, eine Taktik, die im Ausland als österreichische ureigenste „Sozialpolitik“ der Staatsbahnverwaltung berüchtigt ist.

Aber um was handelt es sich denn eigentlich der Staatsbahnverwaltung bei der so hochwichtigen Stabilisierungsfrage im besonderen? Nur um die Bezahlung der Ueberstunden. Werden doch die Arbeiter auch oft über die normale Arbeitszeit, sowie an Sonn- und Feiertagen zur Verrichtung von notwendigen Arbeiten gebraucht. Es müßten somit die über die normale Arbeitszeit und an Sonn- und Feiertagen geleisteten Stunden als Ueberstunden bezahlt werden. Bloß um dieses zu verhindern, ist in die Frage der 300 oder 365 Tage als Stabilisierungsfrage so viel Verwirrung vermittels der Erlasse hineingetragen worden und bloß dadurch, daß dies geschah, sind viele Arbeiter Tag für Tag großen Schädigungen ausgesetzt. In dieser Frage hatte aber schon der Bilinskische Erlass Klar entschieden; der betreffende Passus lautet: „Die den einzelnen Arbeiterkategorien für Ueberstunden an Werktagen, dann für Sonn- und Feiertagsarbeit separat bezahlte Entschädigung, bleibt für den Einreichungsgehalt außer Betracht, nachdem solche Arbeit auch in Zukunft separat entschädigt werden wird...“ Das ist nun denen, die die Ueberstunden nicht gern zahlen, sehr unangenehm. Was tun?

Schon am 12. Juli 1898 hat das Eisenbahnministerium mittels Erlasses, Z. 29.221, den Bilinskischen Erlass vollständig außer Wirksamkeit gesetzt, indem es den Bilinskischen Erlass nur für den 1. Juli 1895 und 1. Jänner 1896 Wirksamkeit zuerkannte. Nach dem genannten Erlass ordnete das Eisenbahnministerium an, daß bei der definitiven Anstellung von in Werkstätten und Heizhäusern verwendeten Professionisten, Vorarbeitern etc. und von Aushilfsbedienten (Aushilfsstationsaufsehern, Aushilfskonduktoren, Aushilfsmagazinaufsehern etc. etc.) eine Unterscheidung nicht mehr Platz zu greifen hat und darf insbesondere die Ermittlung des jährlichen Taglohnverdienstes der erstgenannten Bediensteten nicht mehr nach der in den vorangeführten Durchführungsbestimmungen angegebenen Weise erfolgen; es ist vielmehr bei diesen Bediensteten, ebenso wie bei den Aushilfsbedienten, bei Ermittlung der Gehaltstufe, in welche dieselben bei ihrer definitiven Anstellung eingereiht werden sollen, der tatsächliche Taglohnverdienst des letzten Jahres in Rechnung zu ziehen und ist nur in dem Falle, wenn der normierte Anfangsgehalt, das Quartiergeld und der Wert der Dienstkleider der vorerwähnten jährlichen Taglohnverdienst nicht erreichen sollten, die hierörtige Genehmigung zur definitiven Anstellung mit einem höheren als dem normierten Anfangsgehalt, eventuell zu einer Differenz ausgleichenden Zulage einzuholen.

Sollten Bediensteten gegen diese Art ihrer definitiven Anstellung vorstellig werden, so sind dieselben über die Art ihrer Einreichung im Sinne dieses Erlasses aufzuklären und auf die großen Vorteile aufmerksam zu machen, welche ihnen durch ihre definitive Anstellung erwachsen; denselben wird ferner zu bedeuten sein, daß ein allfälliger Keiner Verdienstentgang bei der ersten Anstellung schon bei der nächsten Vorrückung... wieder heringebracht wird.

Beruhigen sie sich trotz der Belehrung nicht, so ist ihnen der Rücktritt in das Taglohnverhältnis freizustellen, und die Ernennung zu annullieren†). Daß ein solcher Erlass erscheinen konnte, der mit einem Schlag die zweite Anstellungsart (300 Tage) aufheben will, in der er anordnet, daß alle die, die nach dem Bilinskischen Erlass in der zweiten Anstellungsart definitiv würden, nunmehr mit den Aushilfsbedienten und deren Anstellungsart gleichzustellen seien, also mit 365 Tagen; daß ferner die Anstellungsarten in gar keiner Weise mehr auseinandergehalten

*) Für dieses Personal wurde die Dienstbeziehungswiese Arbeitszeit im Verordnungswege geregelt und konnten hier insbesondere die Vorschriften über die Dienst- und Ruhezeit in Betracht. (Siehe Erlasse des k. k. Eisenbahnministeriums vom 14. Februar 1898, Z. 2725, vom 16. August 1908, Z. 28.282.)

**) Der Begriff ist übrigens mittels Eisenbahnministerialerlasses Z. 53.121, 15. November 1900, in ganz eigenartiger Weise „abgegrenzt“ worden. Nach dieser Abgrenzung handelt es sich nur mehr um „stabile Dienerpösten“ und sind dieselben taxativ aufgezählt wie folgt: Drucker, Kanzleigehilfen, Kanzleibedienten im Materialmagazinsdienste, Telegraphenlaboranten, Hausaufseher, Weg- und Torwächter.

†) Kurz vorher, am 14. Februar 1898, erschien der in den weitesten Kreisen bekannt gewordene sozialpolitische Erlass Wittels.

werden, sondern bezitiert bloß von einer Summe des „jährlichen Taglohnverdienstes“ gesprochen wird; daß weiters in die Einrechnung der Wert der Dienstkleider ausdrücklich betont wurde und daß schließlich, wenn bei einer projektierten Stabilisierung die Summe des Jahrestaglohnverdienstes höher ist als der Anfangsgehalt, erst die Genehmigung des Eisenbahnministeriums einzuholen ist — daß all dies mit einem Schlag publiziert werden konnte, das lag in den damaligen derouten Verhältnissen bei den Eisenbahnern, denn unsere Organisation war doch knapp vorher aufgelöst worden und erholte sich von diesem Schlag nur langsam. Die damals verhältnismäßig schwache Organisation konnte damals nur die strikte Durchführung des oben genannten Erlasses einigermaßen verhindern, indem sie darauf Einfluß nahm, daß die zweite Anstellungskategorie nicht in vollem Umfang (in jenen Zeiten wurden die feindlichen Brüder: die Kapitel XV und XVI geboren), aber doch bis zu einem gewissen Grad aufrecht blieb. Infolge der vom Eisenbahnministerium geschaffenen Teilung konnte sie indessen nicht verhindern, daß sehr viele Arbeiter gerade durch diese Teilung eine große Schädigung erleiden mußten. So blieb auch durch volle 14 Jahre die Anrechnung der Montur in Kraft, und zwar eine Summe, die oft ausschlaggebend war, die Arbeiter um eine oder zwei Gehaltstufen (selbstverständlich mit der famosen „Abrundung“) zu schädigen. Erst vor kurzem wurde das Anrechnen der Montur in Wegfall gebracht. Gelieben aber ist bisher die Willfür in der Einreichung in die Anstellungsart, wodurch sehr viele stabilisierte Bedienstete geschädigt erscheinen, indem ihnen kurzweg die Ueberstundenentschädigung gestrichen wird und dieselben auch an Sonn- und Feiertagen ohne Bezahlung arbeiten müssen. Ja, man ging so weit, daß man Bediensteten der zweiten Anstellungskategorie unrlöglich kurz und bündig erklärte, sie wären mit 365 Tagen stabilisiert worden und hätten daher kein Anrecht auf die Ueberstundenbezahlung.

Es wurden in dieser Beziehung nicht nur die Elektrizitätsarbeiter in Heiligenstadt und den dazu gehörigen Betrieben geschädigt, es war schon vorher eine große Anzahl von Wertgehilfen in den Heizhäusern um die Ueberstundenbezahlung gebracht worden mit dem Oktroj, daß sie von dem Augenblick an eine übergroße Arbeitszeit an Werktagen und Sonn- und Feiertagsarbeiten zugewiesen erhielten. Aber wir finden sogar Bedienstete, die noch nach dem Bilinskischen Erlass stabilisiert wurden und seither immer die Ueberstundenbezahlung erhalten hatten, jetzt aber plötzlich nicht mehr erhalten, weil man ihnen die 300 Tage Stabilisierung streitig macht, und erklärt, sie wären mit 365 Tagen stabilisiert worden. Zur besseren Beurteilung heben wir den Fall Triebnig, Wertgehilfe in Spittal an der Drau, heraus, der am 1. Juli 1895 nach dem Bilinskischen Erlass stabilisiert wurde, der durch 16½ Jahre die geleisteten Ueberstunden bezahlt erhielt und dem nunmehr erklärt wird, er sei mit 365 Tagen stabilisiert worden. Die k. k. Staatsbahndirektion Willach behauptet, daß ihm nur „infolge eines Versehen“ die Ueberstunden durch so lange Zeit separat bezahlt wurden. Welch ein überzeugender, alle Zweifel beseitigender und beweiskräftige Argumente beinhalten der Beleg für eine rechtliche Entscheidung dieser in solchen Dingen sich besonders hervortuenden k. k. Staatsbahndirektion!

Wenn da behauptet wird, daß es jeinliche Kniffigkeit wäre, zu sagen, daß der Bilinskische Erlass bloß für die Vornahme der Stabilisierungen am 1. Juli 1895 und 1. Jänner 1896 gegolten habe, und man kennt den Fall Triebnig und so viele andere, die ihm auf ein Paar gleichen, dann muß man nach einem tüchtigen Sprachmeister suchen, der uns das Wort erfundet, die Tat, die an Triebnig und so vielen anderen begangen wurde, richtig zu bezeichnen, ohne konfisziiert zu werden!

Nachdem sich die Kraft der Organisation einigermaßen wieder gesammelt hatte, konnte man höhererseits nicht wagen, den Bilinskischen Erlass so vollständig außer Kraft zu setzen, wie das der oben bezeichnete Erlass gewollt hat. Man mußte vielmehr der im Bilinskischen Erlass gezeichneten sozialen Richtlinie einige Beachtung schenken und der zweiten Art der Anstellung auch fernerhin Rechnung tragen. Deshalb erschienen in den Jahren 1906, 1907, 1909, 1910 und 1911 die verschiedensten Erlasse mit den verschiedenlichsten Interpretationen, von welchen man nur sagen kann, daß die zweite Anstellungsart noch lebt, daß dieses Leben aber nur mehr ein Dahinsiechen bedeutet. Bei dem Erscheinen dieser Erlasse fand man jedesmal, daß „die gegenwärtig in Anwendung stehende Interpretation“ die vorhergegangenen nach den Köpfen ihrer Schöpfer auch notwendig gewesen Interpretationen aufgehoben hat, ein Fall, der juristisch am Ende sehr interessant sein mag, der den Bediensteten aber große materielle Schädigungen aufhalfte. Es ist ein Mischmasch und ein Wirrwarr von Gedanken und Anordnungen in ihnen enthalten, denen immer noch separate Aufklärungserlässe folgen mußten, weil sich darin kein noch so gesinkelter Vorstand ausgekannt hat. Nur eines wird in ihnen konsequent festgehalten: den Bilinskischen Erlass vollständig auf den Kopf zu stellen, seine Wirkung immer mehr zu schwächen und seine Endziele zu vereiteln. Somit ist zu konstatieren, daß es der Wille des Eisenbahnministeriums ist, die Stabilisierungsfrage bezüglich der 300 und 365 Tage absolut ungelöst und völlig verwirrt zu erhalten. Sonst haben diese Erlasse gar keinen anderen (außer den der Schädigungen) Zweck.

Wir als Organisation sind aber durchaus nicht gemißt, diesen Zustand andauern zu lassen. Wir wollen unbedingt die Lösung dieser Frage. Und diese Lösung muß auf den Bilinskischen Erlass zurückgehen, so zwar, daß alle jene Bediensteten, die auf den Stand der Arbeiter zählen und die absolut den Taglohnarbeitern angehören würden, wenn es gar keine Stabilisierung der zweiten Art gäbe, die also in der Werkstätte, im Heizhaus oder bei der Bahnerhaltung arbeiten, mithin in den Verkehr weder in exekutiver, kommerzieller noch in administrativer Weise eingreifen und nie in die Lage kommen, eingreifen zu können, daß alle diese Arbeiter, die nur deshalb stabile Bedienstete sind, weil sie statusmäßig eingereiht sind (oder werden), in die zweite Anstellungskategorie gehören. Ausgehend von dem Bilinskischen Erlass, der eine Zwei-

teilung der Anstellung nach dem Grundfak schuf, daß nur die Arbeitstage gezahlt werden, an welchen faktisch gearbeitet wird, Arbeitstage, die auch gekehlich festgelegt sind, 300 Tage im Jahre, muß dieses Prinzip sich selbst vom Standpunkt des Geistes, daß die Sonntagsarbeit absolut verbietet, auch bei der Eisenbahn durchsetzen, die doch wahrlich keine Sklaven, sondern Staatsbürger zu ihren Bediensteten macht. Wenn nun aber bei einem Betrieb, wie die Eisenbahn, die Notwendigkeit einer gewissen Arbeit in Werkstätten, Heizhäusern und in der Bahnerhaltung an Sonn- und Feiertagen sowie Ueberstunden an Werktagen ins Treffen geführt und auch begründet werden kann, dann muß eben die Staatsbahnverwaltung diese notwendigen Arbeiten, die separat gemacht werden, auch separat bezahlen. Es ist in der Tat genug an dem, was das übrige Personal an Ueberarbeitszeit tagtäglich in beinahe unmenschlichen Turnüssen dem Staate kostenlos leistet, ohne dafür einen Dank zu ernten!

Die Wünsche der Lokomotivführer.

Vorsprache beim Eisenbahnminister.

Am 16. November fand dem Beschluß der Reichskonferenz der Lokomotivführer vom 4. und 5. September 1912 entsprechend, die Vorsprache bei Seiner Erzcellenz dem Eisenbahnminister statt.

Die Deputation, bestehend aus den Kollegen Kühn, Preiß und Knöchel, wurde vom Eisenbahnminister Herrn v. Forster, Ministerialrat Dr. Boehl und Oberbaurat Rosner empfangen.

Auf das Ersuchen der drei Kollegen, auch die übrigen Mitglieder der Deputation, und zwar die Kollegen Wiktorczyk (Stanislaw), Hoffmann (De. N. B. A., Nimburg), G. Göhler (St. E. G., Prag), Gasler (V. E. B., Prag), die als Mitglieder des engeren Exekutivkomitees den Auftrag haben, an der Audienz teilzunehmen, zu empfangen, erwiderte der Minister, er könne sich darauf nicht einlassen, und meinte, schließlich können drei Vertreter genau so gut die Interessen ihrer Kollegen vertreten, als dies eine der Zahl nach größere Deputation tun könne. Kollege Kühn als Führer der Deputation sagte dem Minister einleitend, die Lokomotivführer haben wegen der triftigen Verhältnisse, die infolge der Teuerungsverhältnisse eingetreten sind, eine Reichskonferenz am 4. und 5. September einberufen, die eine Reihe von Beschlüssen faßte, die jedenfalls Seiner Erzcellenz bekannt sein dürften. Er erlaubte sich, die Beschlüsse dem Minister zu übermitteln, und teilte mit, daß Kollege Preiß die Begründung der Forderungen und Vorsprache geben werde. Kollege Preiß als Wortführer der Deputation führte beiläufig folgendes aus:

Wir sind hier erschienen als die Vertreter der gesamten Lokomotivführer der k. k. Staatsbahnen und verstaatlichten Privatbahnen von ganz Oesterreich, um Eurer Erzcellenz die Wünsche und Forderungen der Lokomotivführer vorzutragen, die sich auf die einmütig gefaßten Beschlüsse der Reichskonferenz vom 4. und 5. September aufbauen.

Gleichzeitig mit uns sprechen auch die Vertreter der Lokomotivführer von Ungarn sowie jene von Bosnien und der Herzegovina bei ihren zuzuständigen Ressortministern vor, um in Einlang mit uns, für ihre Kollegen dieselben Forderungen zu vertreten. Wir messen dem heute unternommenen Schritt eine außerordentliche Bedeutung bei.

Wir sind nicht als gewöhnliche Deputation gekommen, die einfach eine Bitte vorträgt und sich wieder entfernt, nachdem ihr erklärt worden ist, man habe kein Geld, um ihre Forderungen befriedigen zu können. Die hier erschienenen Vertreter bilden das auf der Reichskonferenz gewählte Exekutivkomitee der Lokomotivführer, hinter denen der einmütige Wille von 15.000 Lokomotivführern und außerdem von 60.000 organisierten Eisenbahnern steht. Wir hoffen und erwarten heute, daß das hohe k. k. Eisenbahnministerium in lokaler Form und ohne allen Rückhalt mit uns verhandelt und eine Erklärung darüber abgibt, ob es die Forderungen, die wir uns zu überreichen erlauben, zu erfüllen gewillt sei.

In diesem Augenblick unterbrach der Herr Eisenbahnminister die Ausführungen Preiß' und sagte: „Die Forderungen sind uns neu, sie enthalten 26 Punkte, die ich erst mit den Herren Referenten beraten muß, ich bin nicht in der Lage, über die Durchführung Ihres Memorandums eine Erklärung abzugeben.“

Sowohl Kollege Preiß als auch die Kollegen Kühn und Knöchel erklärten, daß es sich in dem Augenblick nicht so sehr darum handle, eine Erklärung über alle in dem Memorandum enthaltenen Forderungen vom Eisenbahnministerium zu erhalten, sondern die Deputation lege Wert darauf, daß die als besonders wichtig und als dringend erscheinenden Punkte des Memorandums einer trennen Erledigung zugeführt werde. Diese Punkte werden noch speziell bezeichnet werden.

Kollege Preiß fuhr dann in seinen Ausführungen fort: Wir haben hier in ruhiger, sachlicher, leidenschaftsloser Form, die Stellung nicht vergebend, die wir als Lokomotivführer Eurer Erzcellenz als dem obersten Chef des gesamten Eisenbahnwesens in Oesterreich gegenüber einnehmen, unsere Forderungen präzisiert, müssen jedoch in bestimmter Form sagen, daß bis zur Stunde seitens der Staatsbahnverwaltung, seitens des Parlaments und der hohen Regierung alle jene Forderungen und Wünsche, die sich auf unsere wichtigsten und einschneidendsten Verhältnisse bezogen, fast gar keiner Beachtung gewürdigt worden sind.

In dieser Stelle erinnere nun der Herr Eisenbahnminister, daß es denn doch nicht richtig, sei wenn gesagt wird, man habe den Wünschen der Eisenbahnbefesteten keine Beachtung geschenkt, und verziehe vom Standpunkt der Staatsbahnverwaltung mit Recht auf die Reformen, die seit dem Jahre 1905 durchgeführt wurden und dem Staate viele Millionen Kronen kosteten. Diesem Einwand hielten die Deputationsmitglieder entgegen, daß seit den letzten Jahren die Teuerung in einem Maße zugenommen habe, die alle Aufbesserungen weit hinter sich gelassen habe, daß daher die Eisenbahner mit Recht über die Not und die Unzulänglichkeit ihrer Bezüge klagen. Sie würden heute nicht mit Lohnforderungen kommen, wenn sich die Lebensmittelpreise in einer Höhe halten würden, wie vor ungefähr 20 Jahren. Für die Eisenbahner gelte auch in Bezug auf die Teuerung der in der jüngsten Vergangenheit aktuell gewordene Begriff des status quo.

Was die Lokomotivführer anbelange, ist zu konstatieren, daß selbst bei jenen Forderungen, die im Verlauf der letzten Jahre zum Teil durchgeführt wurden, in einer solchen Weise vorgegangen wurde, daß immer ein großer Teil unserer Kollegen von den durchgeführten Reformen geschädigt worden ist. So ist daher heute die Frage der variablen Bezüge für die Lokomotivführer und Anwärter in ein Stadium ge-

treten, das, abgesehen von der finanziellen Unzulänglichkeit, eine Ungerechtigkeit par excellence bedeutet und für die Dauer nicht mehr ertragen werden kann.

In der nun folgenden Aussprache, in welcher Kollege Preiß und die beiden anderen Kollegen sich des Näheren über die wichtigsten Forderungen der Lokomotivführer äußerten, wendete zunächst Herr Oberbaurat Rosner ein, daß es ihn sonderbar berühre, wenn heute auf einmal die Abschaffung der Prämie verlangt würde, während doch Preiß selbst für eine Reform der Prämie eingetreten sei und sogar diesbezüglich konkrete Vorschläge gemacht habe. Ferner habe Preiß auch immer die Meinung vertreten, daß die Lokomotivführer sich ihre Prämie berechnen können, um eine Kontrolle zu haben. Demgegenüber wendete Preiß ein, er habe früher tatsächlich für eine Reform der Prämie gearbeitet, das Eisenbahnministerium sei aber auf eine Reform der Prämien nicht eingegangen und habe statt dessen verlangt, daß die Lokomotivführer sich die Prämie selber berechnen müssen, also den Rechnungsbeamten eine Arbeit abgenommen und diese auf die Schultern der Lokomotivführer überwältigt werden sollte. Dies sei die Ursache, warum die Lokomotivführer von Misstrauen erfüllt wurden und von einer Prämie überhaupt nichts mehr wissen wollen. Infolge dessen wurde auf der Reichskonferenz der einmütige Beschluß gefaßt: „Weg mit der Prämien!“ Herr Ministerialrat Dr. Böß glaubte auch daran erinnern zu müssen, daß dem Lokomotivpersonal im Jahre 1909 eine 30prozentige Erhöhung ihrer Fahrgebühren zugesprochen worden sei, die zu einer Regelung benötigt wurde.

Kollege Knöchl meinte, es werde gegen eine Regelung der variablen Bezüge seitens des Eisenbahnministeriums der größte Widerstand entgegenzusetzen sein, aber auch von Seiten der Kollegen wird auf die Reform der Nebengebühren der größte Wert gelegt und auf die Vertrauensmänner der größte Druck ausgeübt. Insbesondere von den verstaatlichten Privatbahnen gehe in diesem Belange die schärfste Bewegung aus. Ich verneine heute noch nicht, führte Kollege Knöchl weiter aus, daß sich die Staatsbahnkollegen das System der Entlohnung im Verbandsdienst so lange gefallen liege. Wir haben auf unserer Privatbahn die Verbandsdienstleistungen normiert bekommen und sind gut ausgekommen dabei, das Personal war zufrieden und die Verwaltung kam auf ihre Rechnung. Erst durch die Verstaatlichung wurden bei uns die Normen der k. k. Staatsbahn, das Couponwesen, eingeführt, die unsere Kollegen zum Protest herausforderten.

Kollege Preiß erinnerte daran, daß im selben Saale vor ungefähr zwei Monaten Klage über die Interpretation jenes Erlasses geführt worden ist, die die Einschränkung der Verbandsstunden zur Folge hatte. Dies und die ewigen Reduktionen der Passiergebühren haben zur Folge, daß der allergrößte Teil des Lokomotivpersonals von den 30 Prozenten nichts mehr habe, auf der einen Seite wurde gegeben, auf der anderen Seite wurde genommen.

Die beiden Herren Referenten wendeten besonders eifrig gegen diese Argumente ein, es liege nicht in der Tendenz des Verbandsablasses, den Lokomotivführern etwas zu nehmen; ihre tatsächlichen Verbandsleistungen müssen auch heute noch honoriert werden, nur für nicht gemachte Leistungen könne auch ein Äquivalent nicht gewährt werden. Was die Prämie anbelangt, bestritt Herr Oberbaurat Rosner, daß sie gefallen sei, vielmehr weise die Prämienziffer in den letzten Jahren eine steigende Tendenz auf. (Die Kreditziffer.)

Preiß meinte, auf die Berechnungen des Ministeriums können wir nicht eingehen; Tatsache sei, daß zum Beispiel im Innsbrucker Direktionsbezirk die Durchschnittsprämie seit 20 Jahren von 72 auf 40 Prozent (im Verhältnis zum Kilometergeld) gefallen sei. Im übrigen habe auch ein Referent des Departements 21 angegeben, daß während früher Nebenzuschläge des für die Prämien ausgemessenen Credits gebildet wurden und alljährlich vorliefen, dies seit 1909 auf das energichste eingestellt worden sei. Ebenso ist es mit den Verbandscoupons. Dort, wo früher für die Tagreserve 12 Stunden Verbands gezahlt wurden, gibt es jetzt in sehr vielen Fällen acht Stunden. Jeder Beamte kann heute an unseren Verdiensten herumdoctoren und reduzieren. Daraus resultiere der Minderverdienst unserer Kollegen, insbesondere der Reserveführer.

Oberbaurat Rosner teilte nun dem Herrn Eisenbahnminister folgendes mit: Für Kilometergelder werden im Jahre 10 Millionen Kronen ausgegeben, für Prämien 4 Millionen Kronen, nach einer approximativen Berechnung seinerseits würde die verlangte Reform der Nebengebühren ungefähr den Betrag von 12 Millionen Kronen beanspruchen. Seine Ergänzungen meinte, die Gesamtforderungen der Lokomotivführer dürften einen respektablen Betrag erreichen, dabei sei noch zu gewärtigen, daß auch andere Kategorien kommen würden, dies alles würde wohl eine Summe repräsentieren, die nicht so ohne weiteres beschafft werden kann, die übrigens das Parlament zu bewilligen hätte. Er führte dann weiter aus, daß diese Forderungen ganz neu seien; in den 17 Millionen, mit welchen sich das Abgeordnetenhaus gegenwärtig beschäftigt, sind diese Forderungen nicht enthalten. Er habe immer die Meinung gehabt, daß die parlamentarischen Vertreter das Vertrauen der Eisenbahner genießen, nun scheint dies nicht mehr der Fall zu sein, weil sie hier Forderungen vorbringen, die vom Abgeordnetenhaus nicht vertreten worden sind. Dieser Meinung schlossen auch die beiden Herren Referenten an, die ihrerseits diese Idee noch weiter verfolgten.

Preiß erwiderte hierauf, es sei für die Deputation schwer, auf parlamentarische Verhältnisse einzugehen, er erinnerte, daß 38 Millionen Kronen schon vor einem Jahr vom Abgeordnetenhaus angenommen worden sind, daher, streng genommen, die restlichen 17 Millionen rückwirkend auf den Tag der Annahme verwendet werden müßten. Damals schon waren die 38 Millionen unzureichend, während seitdem die Teuerung neuerlich wieder vorgeschritten ist. Preiß führte weiter aus, er halte es für ein Unglück, daß in Oesterreich immer von den Millionen geredet werde, die man den Eisenbahnern gibt, ohne zu bedenken, daß dieses Geld auf über 300.000 Bedienstete verteilt wird, daher dem einzelnen sehr wenig zufällt. In der Schweiz werde die Sache anders gemacht. Im vorigen Winter erhielt dort jeder Bedienstete 300 Frs. Teuerungszulage, kein Mensch hat gefragt, wie viele Millionen dies ausmache. Und wenn immer von den vielen Millionen, die unsere Forderungen ausmachen, geredet wird, dann erlaube er sich einmal die Reife der Medaille zu zeigen. Es steht doch fest, daß unsere Forderungen berechtigt sind; auch die Herren vom k. k. Eisenbahnministerium können nicht sagen, daß unsere Forderungen übertrieben sind. Wenn sie nun aber zur Durchführung viele Millionen Kronen beanspruchen, dann beweist das meines Erachtens, daß diese Millionen den Lokomotivführern und Eisenbahnern überhaupt die ganzen Jahre hindurch vorzuenthalten worden sind.

Weiters erklärte Preiß, daß die Lokomotivführer auf die Regelung der Automatik besonderen Wert legen. Die Lokomotivführer erhielten in Anerkennung ihrer besonders verantwortungsvollen und schweren Dienstleistung die anderholte Berechnung der Dienstzeit gewährt; es gibt aber keinen Lokomotivführer, der innerhalb dieser Zeit seinen Endgehalt erreichen könne. Abgesehen davon, konnten auch andere Sorten vor, so daß wir auf ein gerechtes Ausgleichs-arrangement besonders dringen, das auch unsere alten Kollegen aus ihrer unbediensteten Zurücksetzung herausreißt. Ferner ist eine Regelung des Disziplinarverfahrens dringend

nötig; obwohl dies der Staatseisenbahnverwaltung gar nichts kostet, ist in der Sache absolut gar nichts unternommen worden. Das System der Disziplinarstrafe ist der modernen Rechtsprechung unwürdig; wir haben nur verlangt, daß sich jeder Angeklagte einen Verteidiger wählen kann aus den Reihen seiner Kollegen, und auch dies wurde nicht durchgeführt. Ferner tritt Preiß für eine Reform der Prüfungen der Sinnesorgane ein, die den praktischen Bedürfnissen angepaßt werden soll. Man möge doch endlich einmal mit dem Lesen der Bilderrätsel und anderer Sachen, die unserer Meinung nach für den praktischen Dienst keine Bedeutung haben, aufhören und Prüfungen an Ort und Stelle vornehmen, oder doch mit Vorrichtungen, die den praktischen Bedürfnissen nachgebildet sind.

Zum Schluß erinnerte Preiß noch daran, daß hier in demselben Saale schon vor Jahren versprochen worden ist im Weisheit des früheren Ministers und der Herren Referenten, den Kollegen des Reservebetriebes die Dienststunden für alle kommandierten Leistungen zu gewähren.

Außerdem überreichte er Er. Excellenz ein Gesuch der beiden Lokomotivführervereine im Interesse der Kollegen der Staatsbahndirektionen, wegen Nichternennung von Anwärtern zu Lokomotivführern, obwohl es ihnen nach den Bestimmungen des ad hoc-Erlasses gebührt hätte; dann noch ein Gesuch, welches für einen Ausgleich für die Kollegen der Anstellungsjahre 1898 bis 1900 eintritt, die infolge der früheren schlechten Verhältnisse erst in der Gehaltsstufe von 1300 bis 1400 Kr. stehen und im Verhältnis mit anderen im Gehalt weit zurück sind, mit der Bitte um Berücksichtigung dieser Gesuche; ferner ein Gesuch betreffend die Antimierung und Anstellung etc.

Kollege Preiß erklärte noch zum Schluß: Wir haben — wie alle übrigen Eisenbahnbediensteten — in lokaler Weise unseren Dienst versehen, als die hohe Regierung, das Parlament und die Staatseisenbahnverwaltung über alle, auch die berechtigten Wünsche, zur Tagesordnung übergang und der Reichsregierung die Eisenbahnerarbeit ungehört verhalte. Insbesondere wir Vertrauensmänner und da wieder in erster Linie die Vertrauensmänner des organisierten Lokomotivpersonals waren es, die mit allem Nachdruck, mit allem unseren Einfluß und unserer Energie auch dann für die ordnungsmäßige Abwicklung des Dienstes eintraten, als infolge der Ablehnung der brennendsten Wünsche der Eisenbahner eine katastrophale Erbitterung unter dem gesamten Personal eingetreten war.

Wir hoffen und erwarten deshalb, daß nunmehr auch die Staatseisenbahnverwaltung ihrerseits in lokaler Weise und in der allerhöchsten Frist die schon mehr als brennend gewordenen Wünsche und Forderungen der Lokomotivführer durchführt. Wir haben den Auftrag, die Worte Eurer Excellenz unseren Kollegen sofort zur Kenntnis zu bringen.

Unsere Kollegen erwarten, daß an Stelle des prinzipiellen Wohlwollens die praktische finanzielle Fürsorge treten soll und Verhältnisse geschaffen werden, die es unseren Leuten, die täglich und stündlich ihr Leben im Dienste des Staates auf das Spiel setzen müssen, ermöglicht, als Menschen leben zu können.

Freiherr v. Forster erklärte, er werde die Sache prüfen und beraten und uns im gegebenen Moment Mitteilung machen. Auf eine Befristung der Antwort könne er sich nicht einlassen.

Damit war die Audienz beendet. Wenn auch die Antwort des Ministers keine bestimmte, an eine Frist gebundene Erklärung beinhaltet, haben doch die Deputationsmitglieder die Ueberzeugung gewonnen, daß sich der Minister dem Ernst der Situation nicht verschloß.

Damit ist nun die Frage ins Rollen gebracht, es liegt an dem Solidaritätsgefühl der Kollegen, die Sache möglichst bald zu einem günstigen Abschluß zu bringen.

Die Rechtsgarantien des Lokomotivführers.

Einen eigenartigen Fall wollen wir hiemit den Kollegen und der Öffentlichkeit zur Kenntnis bringen, der so recht geeignet ist, die geringen Rechtsgarantien und die Rechtsunsicherheit des Lokomotivpersonals zu beleuchten. Aber auch das Rechtsverfahren und die Art der Rechtsprechung erscheinen durch diesen Fall drastisch illustriert.

Die Geschichte trug sich im Heizhaus Wien I der k. k. Staatsbahnen zu und hat folgenden Hergang: Der Lokomotivführer Alois Kiegler hatte am 12. Mai 1912 den Güterzug Nr. 68 von Amstetten nach Wien zu führen. Bis Loosdorf war eine Tenderachse heißgelaufen; er blieb, um das Heizhaus zu begeben, in Loosdorf zurück und die Maschine des dort befindlichen Zuges Nr. 174 führte Zug Nr. 68 bis St. Pölten. Kiegler dagegen führte nach sachgemäßer Behandlung seines heißgelaufenen Lagers Zug Nr. 174 bis Sanft Pölten. In St. Pölten übernahm Lokomotivführer Kiegler eine Maschine der Serie 229 und führte den Personenzug Nr. 226. Bis Neulengbach, durchwegs horizontale, ging die Fahrt anstandslos, obwohl die Dampfzerzeugung faul war, doch nahm Kiegler sachmännlich ganz richtig an, daß bei der forcierten Bergfahrt Neulengbach-Neulengbach (durchgehends 10 Promille Steigerung durch 13 Kilometer) die schwere Schwarzkohle besser brennen würde. Bis Anzbach ging die Sache gut, doch nach Oberndorf fuhr er bereits länger und mußte daselbst Dampf sammeln. Der Heizer, durch die Manipulation mit dem Feuerhaken vollständig erschöpft durch 13 Stunden ununterbrochen im Dienst, war außerstande, das Feuer herzurichten. Er hatte für eine zweitägige Dienstreise Nr. 1-66 als Begehrung mit und hatte seit 13 Stunden nichts gegessen. Kiegler nahm nun wiederholt den Feuerhaken und es gelang ihm, bis vor Neulengbach zu kommen. Dort unmittelbar mußte er von einer anderen Maschine abgeholt werden, da auch die beiden Speiseapparate versagten. Lokomotivführer Kiegler mußte sich in Neulengbach ablösen lassen, da er durch die Aufregungen und Anstrengungen dieser Fahrt sich kaum auf den Füßen zu halten vermochte. Er fuhr Regie in sein Heizhaus und meldete diesen Vorfall seinem Heizhausleiter Herrn Emil Feilendorf und teilte diesem gleichzeitig mit, daß er sich krank melden müsse.

Auf diese Meldung sagt Herr Inspektor Feilendorf folgendes zu dem Lokomotivführer Kiegler: „Hoffentlich kommen Sie nimmermehr, es ist mir lieber, wenn ich Sie nicht mehr sehe.“ Wir sehen also bereits, daß das objektive Rechtsverfahren gegen den Missetäter beginnt. Kiegler war durch neun Tage krank, da der Arzt Anschwellungen in der Magengegend, hervorgerufen durch die Anstrengungen konstatierte. Am 21. Mai trat er seinen Dienst wieder an und wurde ohne jede Erklärung und Formalität zur Reserve zugeteilt. Zu bemerken

wäre noch, daß die Maschine des Zuges Nr. 226 ins Heizhaus gebracht, das Feuer ausgehauelt und der Koff von den Schlacken gereinigt wurde. Ein anderer Führer übernahm die Maschine und führte Zug Nr. 35, mußte aber schon in Hütteldorf wieder Dampf sammeln und konnte nur dadurch seine Fahrt fortsetzen, daß es ihm gelang, aus den Ecken des Tendlers bessere Kohle herbeizufahren. Ein deutlicher Beweis, daß die schlechte Kohle die Ursache des Dampfmanagements des Lokomotivführers Kiegler war. Dieser Umstand war auch Herrn Inspektor Feilendorf bekannt. Also am 21. Mai war Kiegler zum Verbandsdienst verurteilt und am 27. Mai setzte erst das „objektive Verfahren“ gegen denselben ein; er machte beim Vorstandsstellvertreter Herrn Inspektor Jaimann Protokoll. Am 1. Juni sollte Kiegler rangsgemäß zum Hauptzollamtsdienst (Güterzüge) eingeteilt werden. Er ist bis heute beim Verbandsdienst und hat durch diese strafweise, mit den Bestimmungen der Dienstpragmatik in Widerspruch stehende Verfügung, eine materielle Einbuße von 600 Kr. erlitten. Dieses ungeschickliche Vorgehen stempelt diese Maßregel des Inspektors Feilendorf zu einer gefäßigen. Selbst wenn eine objektive Untersuchung den Lokomotivführer Kiegler eventuell als mit schuldig an dem verursachten Verkehrsmanagemt befunden hätte, so wäre bei einem geordneten Rechtsverfahren eine derartige materielle bewußte Schädigung unmöglich. Das mag nun auch Herrn Inspektor Feilendorf klar gewesen sein, deshalb beschloß er den Lokomotivführer Kiegler, dem er seit langem, allerdings ohne stichhaltigen Grund, nicht besonders grün ist, heimlich im eigenen Wirkungsbereich abzumurken.

Nun kam die Sache aber anders. Die Lokomotivführer, welche schon hundertmal solche „Himmelfahrten“ mit elender Kohle durchgemacht hatten und davon graue Haare und franke Nerven bekamen, waren nicht so ohne weiteres von der Schuld des Lokomotivführers Kieglers überzeugt. Am wenigsten aber von der Richtigkeit des Strafverfahrens des Heizhausleiters. Denn wenn schon Kiegler einen Anstand beim Lokolzug hatte, warum sollte er vom Güterzugsdienst am Hauptzollamt ferngehalten werden? Uebrigens aber hatte Kiegler schon vor Jahren beim Ablösediensdienst monatlang Lokalzüge ohne Anstand geführt. Und das Liegenbleiben wegen Dampfmanagemt und Längerfahren war doch im Heizhaus Wien I keine Seltenheit; ja sogar Bleisdräuben wurden schon ausgeschmolzen, ohne daß es zu solchen drakonischen Bestrafungen gekommen wäre. Die Gefäßigkeit und Ungerechtigkeit dieser Verfügung stempelten sie zu einer Maßregelung.

Die Vertrauensmänner sprachen im Auftrage des organisierten Lokomotivpersonals beim Heizhausleiter vor, um Aufklärung zu verlangen, ob die Dienstpragmatik noch zu Recht bestehe. Der Heizhausleiter lehnte scharf jede Erklärung seines ungeschicklichen Vorgehens ab. Erst als im Wege der Organisation die Sache dem Herrn Ministerialrat Kolisko vorgetragen wurde, begann sich die Sache in legale Bahnen zu lenken.

Die k. k. Staatsbahndirektion sprach dem Heizhausleiter bei und bestätigte dessen Verfügung, allerdings wieder ohne ein Wort der Begründung und ohne Bittierung irgend welcher Verletzten oder mißachteten Dienstvorschriftenbestimmung. Doch halt, jetzt war die Möglichkeit geboten, daß Eisenbahnministerium in einem Rekurs von diesem Vorgang in Kenntnis zu setzen. Das Eisenbahnministerium schwieg lange, im Juni wurde der Rekurs eingebracht, im November endlich kam die Erledigung nach wiederholten Urzungen durch die Organisationen.

Nach fünf vollen Monaten endigt das objektive Verfahren gegen den Lokomotivführer Alois Kiegler und das Eisenbahnministerium bestätigt neuerdings das Abgehen vom Streckendienst, kein Wort der Begründung, kein Wort der Belehrung, wie sich der bestrafte Lokomotivführer in einem analogen Falle zu verhalten hat. Und unser Instanzenzug benötigte fünf Monate, wobei aber den gesamten Lokomotivführern nur bewiesen wurde, daß ihre durch die Dienstpragmatik verbrieften Rechte bloß am Papier stehen. Nun fragen wir den Herrn Eisenbahnminister, ob er sich mit einer solch groben Verletzung des Rechtsbewußtseins und Gefühls der Lokomotivführer einverstanden erklärt?

§ 20, Absatz 5 der Dienstpragmatik, sagt: „Von der ihm eingeräumten Strafgewalt soll der Vorgesetzte gegebenenfalls nur nach reiflicher Ueberlegung und vollkommen leidenschaftlos Gebrauch machen und durch die Form der Bestrafung eine nachdrückliche Wirkung auf das Pflicht- und Ehrgefühl zu erzielen trachten.“ Entspricht die Handlungsweise des Herrn Inspektors Feilendorf diesen Bestimmungen der auch für ihn gültigen Dienstpragmatik?

§ 93 der Dienstordnung bestimmt: „Vor der Verhängung einer Ordnungsstrafe ist dem Bediensteten Gelegenheit zu geben, sich über das ihm zur Last gelegte Dienstvergehen zu verantworten. — Die Strafverfügung erfolgt schriftlich unter Angabe der Gründe.“

Trotz all dieser ganz klaren Bestimmungen, die für den Heizhausleiter geschriebene Geheiß sein sollten, weiß der Lokomotivführer Alois Kiegler von Wien I noch immer nicht, warum er bestraft wurde. Ist der Herr Eisenbahnminister mit diesen offensichtlichen Verletzungen der Dienstvorschriften durch den Heizhausleiter einverstanden?

§ 95 der Dienstordnung sagt weiter ausdrücklich: „Abstriche Verletzungen oder gröbliche Außerachtlassung der Berufspflichten, durch welche der Bedienstete die Vertrauenswürdigkeit für den Dienst überhaupt oder für einen bestimmten Posten einbüßt oder beeinträchtigt hat, werden mit Disziplinarstrafen geahndet.“

Warum hat Herr Inspektor Feilendorf nicht die Einleitung des Disziplinarverfahrens gegen den nach seiner Meinung so schuldigen Lokomotivführer Kiegler beantragt? Er unterließ es aus dem einfachen Grunde, weil dem Lokomotivführer Kiegler im strengsten Falle nichts anderes vorgeworfen werden konnte, als daß er sich in Bezug auf die Brennbarkeit der Kohle geirrt hat. In welcher Verfassung kommen die Lokomotiven der unterschiedlichen Züge in Neulengbach bei der im allgemeinen schlechten Kohle an? Hat der Lokomotivführer Kiegler annehmen können, daß auch Erde statt Kohle geliefert werden kann? Er hätte sollen in Neulengbach Vorspann nehmen, wenn er nicht mit

apodiktischer Sicherheit annehmen konnte, daß er anstandslos hinaufkommt.

Man frage sämtliche Lokomotivführer, wie viele mit Sicherheit angeben können, daß sie anstandslos über den Berg kommen. Alle glauben es und legen ihr möglichstes daran, das hat aber auch Lokomotivführer Kiegler getan, selbst zum Schaden seiner Gesundheit. Was machen die technisch gebildeten Herren Vorgesetzten, wenn sie bei ihren Inspizierungsfahrten bemerken, daß es dem Lokomotivführer schlecht geht? Sie empfehlen sich bei der nächstbesten Gelegenheit auf englisch; die Befehle und „praktischen Winke“ sind nur in der Konzele erhältlich.

Aus diesem Vorgehen des Heizhausleiters ergibt sich ganz klar, daß eine rechtliche Sandhabe zur Belangung und Bestrafung in einem derartigen, die wirtschaftliche Existenz des Lokomotivführers Kiegler vollständig erschütternden Ausmaß nicht vorhanden war. Nach den Bestimmungen der Dienstordnung kann der Dienstvorstand nur Ordnungsstrafen im rechtlichen Verfahren bis zu 10 Kr. verhängen. Lokomotivführer Kiegler wurde aber um 600 Kr. bestraft. Allerdings durch einen eigenen „Dreh“, indem man ihm kurzerhand die Eignung zum Streckendienst absprach. Solche Rechtsverdrehungen sind nun in höchster Maße geeignet, das Vertrauen der Lokomotivführer in die Rechtsprechung zu erschüttern und eine Rechtsunsicherheit zu schaffen, die den dienstlichen Interessen nicht gerade zuträglich wäre.

Wenn der Herr Inspektor Feilendorf das Vertrauen zur Bewältigung der dienstlichen Aufgaben durch einen Lokomotivführer verliert, so hat er das dem Betreffenden unter Erteilung einer entsprechenden Belehrung zu eröffnen und ein ordentliches Verfahren einzuleiten. Die Lokomotivführer haben ruhig zugehört, als er notorische Trunkenbolde durch sein Vertrauen im höchsten Maße ausgezeichnete, indem er ihnen die besten Maschinen gab, bloß weil sie dieses Laster durch die Tugend des fruchtlosen Bierschrens weitzumachen suchten. Aber die Lokomotivführer werden nicht zugeben, daß anständige Kollegen tüchtig dem Finger ausgeliefert werden. Daß die organisierten Lokomotivführer in ihrem Rechtsempfinden verletzt wurden, bewiesen sie dadurch, daß sofort eine Sammlung einsetzte, welche dem Kollegen Kiegler einen Teil des Schadens ersetzte.

Und hat der Herr Inspektor Feilendorf das Vertrauen zum Lokomotivführer Kiegler verloren, so muß das Lokomotivpersonal durch eine derartige Ausstrahlung das Vertrauen zur Objektivität des Herrn Inspektors Feilendorf verlieren. Für die Lokomotivführer von Wien I bleibt noch immer die Frage offen, warum konnte Lokomotivführer Kiegler nicht zum Hauptzolamtsdienst eingeteilt werden? Weil er beim Lokalzugsdienst einen Anstand hatte? Ist die Gallereferie ein Strafdienst? Oder gilt im Heizhaus Wien I nimmer die Dienstpragmatik, sondern nur mehr die Willfür des Heizhausleiters?

Das sind Fragen, an welchen weder der Heizhausleiter noch das Eisenbahnministerium vorübergehen kann und darf, ohne das Vertrauen in die Rechtsprechung und das Rechtsverfahren vollständig zu erschüttern. Aber für die gesamte Lokomotivführerschaft Oesterreichs ist und bleibt dieser Fall lehrreich, weil er haarsträubend beweist, daß der Lokomotivführer trotz seiner in der Dienstpragmatik niedergelegten Rechte und einem genau festgelegten Strafverfahren, noch immer das Freiwill für die Heizhausleiter bilden kann. Da kann nur eines helfen, nämlich auch die Öffentlichkeit mit diesem sonderbaren Gerechtigkeitssystem und Verfalls etwas eingehender bekanntzumachen.

Vielleicht strengt man sich dann im k. k. Eisenbahnministerium etwas an und findet dann doch eventuell für eine derart draconische Maßregelung irgendeine Begründung. Wenn es auch noch länger dauern sollte als fünf Monate. Die Lokomotivführer haben Geduld, das haben sie doch bewiesen.

Von den Provisionsfondshäusern der k. k. Staatsbahnen.

Von einem Ausschuhmitglied des Provisionsfonds.

Seitdem das Personal der k. k. Staatsbahnen Sozialdemokraten in den Provisionsfondsausschuh entsendet hat, sind diese im Verein mit der Organisation stets bemüht, das Eisenbahnministerium in puncto Wohnungsfürsorge vorwärtszutreiben. Die Anträge des Ausschuhes, dahingehend, einen Teil des Fondsvermögens zum Erbauen von Bedienstetenwohnhäusern zu verwenden, fanden bei den Bediensteten kräftigen Widerstand, und so war es in verhältnismäßig kurzer Zeit, nachdem die Sache einmal im Fluß war, möglich, einen glänzenden Erfolg zu erzielen. Betrag die Summe, welche in Realitäten angelegt, im Jahre 1906 noch 4 Millionen Kronen, so ist dieselbe bis heute auf rund 19 Millionen Kronen angewachsen. Tausenden von Bediensteten ist dadurch schon die Wohltat einer gesunden, verhältnismäßig billigen Wohnung zugute gekommen. Andere wieder, welche nicht in diesen Häusern wohnen können, ziehen indirekten Vorteil daraus, weil es ihren Hausherren nicht möglich ist, so rasche und hohe Zinssteigerungen vorzunehmen, wie sie sich wünschen würden.

So hat der Ausschuh im Verein mit der Organisation auch in dieser Beziehung in wohlverstandenen Interesse der Bediensteten gehandelt. Dies wird auch allgemein anerkannt. Selbst die Gegner müssen trotz aller Mängel dies zugeben und sie nützen dies auch gelegentlich gehörig aus, was auch ganz in der Ordnung ist. Die Christlichsozialen in Wien haben das Beispiel schnell nachgeahmt und haben für die Bediensteten der elektrischen Straßenbahnen einige solcher Häuser aus den Mitteln ihres Pensionsfonds erbaut. Die Christlichsoziale Gemeindegemeinschaft, die selbst keinen Keller dazu hergab, sondern bloß die Bewilligung zum Erbauen solcher Häuser erteilte, schreibt diese Erbauung nun auf ihr Konto und schrotet dies bei Wahlen gehörig aus. Schwer war der Kampf des Ausschuhes und lange hat es gedauert, bis endlich Breche geschlagen war und das

Finanz- und Eisenbahnministerium teilweise auf die diesbezüglichen Anträge des Ausschuhes einging. Diese Tatsache muß heute sehr bedauert werden, wenn man bedenkt, wie viele Bedienstete heute billig wohnen könnten, wenn man früher, wo noch die Gründe und das Bauen um vieles billiger war, dazu geschaut hätte. Aber damals war jede Muregung vergebens. Die schönstegelegenen und billigsten Gründe, welche der Ausschuh zum Kaufe empfahl, waren längst von Privaten angekauft, ehe der Bureaukratismus sich in Gang gesetzt hatte. Erst als W. b. a. Derichatta und unser jetziger Eisenbahnminister v. Forster an die Spitze des Eisenbahnministeriums kamen und im Departement V die Herren Buchmann, Köll, Müller und Schif eine anerkannterweiterte Tätigkeit zugunsten der Wohnungsfürsorge entwickelten, ging die Sache etwas vorwärts. Von einer systematischen Wohnungsfürsorge auf den k. k. Staatsbahnen kann aber heute noch nicht die Rede sein, das sieht man daraus, daß nicht in jenen Stationen zuerst gebaut wurde, wo dies am dringendsten notwendig ist (außer, wenn es in dienstlicher Hinsicht sein mußte), sondern zuerst dort, wo es die Bediensteten am besten verstanden, den richtigen Weg zu betreten, und wo sie ihrer Forderung am besten Nachdruck verschafften. Bis heute wurde die Forderung der Organisation nach Errichtung eines eigenen Departements für Wohnungsfürsorge nicht erfüllt und es wurde nicht einmal das bisherige Minister Derichatta versprochenes Bureau für diesen Zweck errichtet. Gerade jetzt, wo sich die Wohnungsnot auf der einen Seite überall schrecklich fühlbar macht und wo es auf der anderen Seite wegen hoher Kursverluste nicht möglich ist, Wertpapiere zu verkaufen und wo die disponiblen Gelder des Fonds verhältnismäßig spärlich sind, muß die Erfüllung dieser Forderung im Interesse der Sache auf das energischste urgirt werden, damit beim Bauen systematisch vorgegangen wird, damit aber auch die Verwaltung der schon gebauten und bewohnten Häuser zentralisiert werden kann. Ist es der Staatsbahnverwaltung wirklich ernstlich darum zu tun, ihre Bediensteten von dem Wohnungsleiden zu befreien, so muß sie diese Forderung in erster Linie berücksichtigen und darf nicht wie bisher die Wohnungsfürsorge als eine Nebensache betrachten.

Welche Schwierigkeiten dann noch zu überwinden sind, ist bekannt. In erster Linie macht das Finanzministerium die Bewilligung zum Bauen von der Rentabilität abhängig und darum ist es für Situationen, welche in eine niedere Quartiergeldstufe eingereiht sind, fast unmöglich, die Bewilligung zum Bauen zu erlangen, weil die Bediensteten mit ihrem Quartiergeld nicht einen der Verzinsung entsprechenden Mietzins zahlen könnten. Die Bediensteten hüben dafür, daß ihr Quartiergeld niedrig bemessen ist. Aber auch andere Umstände spielen oft mit, daß in manchen Stationen die Bediensteten die größten Anstrengungen machen müssen, um Häuser zu bekommen. Es sei nur auch ein Beispiel hier verriefen, das ist jenes von Salzburg, wo die Hausherren intrigieren, damit der Bau der Personalhäuser nicht zustande komme. Ähnliches hat sich verschiedentlich und verschiedenartig ereignet. Das Eisenbahnministerium soll im Interesse der Bediensteten derartigen Einflüssen keinen Raum geben und es soll auch in entschiedener Weise vom Finanzministerium, welches für Wehrreform und Kriegsschiffe (wo es keine Zinsen trägt) Geld genug hat, die Geldmittel zum Bauen von Bedienstetenwohnhäusern anfordern. Die Bediensteten, die so schwer unter der Wohnungsnot und dem Wohnungsleiden leiden, müssen auch das ihrige beitragen, daß kein Erlahmen in der Bau-tätigkeit eintritt. Sie müssen in ihren Versammlungen das Erbauen von Wohnhäusern laut fordern, und müssen durch Beitritt zur Organisation in ihrem Interesse kräftig nachhelfen.

Jetzt noch einiges zur Begründung der Forderung nach Zentralisation der Verwaltung der schon erbauten Häuser. Der verstorbene Hofrat Dr. Pollak hat wiederholt von dem Provisionsfondsausschuh die Zustimmung verlangt, daß der Staatsbahnverwaltung aus den Mitteln des Fonds größere Summen gegen Verzinsung zur Verfügung gestellt werden, damit dieselbe in der Lage wäre, für die Bediensteten Naturalwohnungen zu bauen. Solchen Anträgen trat aber der Ausschuh jedesmal entgegen, weil die Bediensteten nicht auch noch als Mieter ihren Vorgesetzten unterstellt werden wollen. Der Ausschuh verlangte immer ein Vermietungsverhältnis, nach welchem die Bediensteten nach ihrem Ermessen eine Wohnung wählen können und nach welchem das Ein- und Ausziehen von ihrem eigenen Willen abhängt. Die vom Provisionsfonds erbauten Häuser werden auch nach diesem System vermietet, mit dem auch die Bediensteten einverstanden sind.

Nicht so zufrieden sind aber die Bediensteten mit der jetzigen Form der Verwaltung und Administration der Häuser, die dezentralisiert wurde, da sich die Agenten für die wenigen Beamten in der Fondshäuseradministration im Eisenbahnministerium so vermehren, daß sie dieselben nicht mehr bewältigen konnten. Es laufen nun über ungerechte, brutale und parteiische Behandlung der Wohnparteien beim Ausschuh und in der Zentrale der Organisation zahlreiche Beschwerden von allen Seiten ein, seitdem einzelnen Staatsbahndirektionen die Administration über die in ihrem Bereich sich befindenden Häuser übertragen wurde. Dazu kommen Kompetenzstreitigkeiten, betreffs welcher bis jetzt in keiner Weise Klarheit geschaffen wurde. Im Departement V im Eisenbahnministerium, wo jetzt lauter neue Herren einge-zogen sind, hat man sich anscheinend mit dieser Angelegenheit noch nicht befaßt oder befaßt wollen oder auch nicht können. Sollen aber die Häuser und somit das Fondsvermögen nicht zu Schaden kommen und die Bediensteten den Schikanen in den Häusern nicht ausgesetzt bleiben, so ist es dringend notwendig, daß Ordnung geschaffen wird. Die einfachste Lösung dieser Frage ist das Eingehen auf die Forderung des Ausschuhes und der Organisation: Errichtung eines eigenen Departements oder Bureaus im Eisenbahnministerium für Wohnungsfürsorge und Zentralisierung der Administration aller Fondshäuser der k. k. Staatsbahnen in diesem Departement oder Bureau. Dann wären die Häuser einheitlich verwaltet und dann wären die Bediensteten von dem Druck befreit, unmittelbaren, dienstlich vor-

gesetzten Behörden auch als Mieter zu unterstehen. Die von den Staatsbahndirektionen als Administratoren vorgeschlagenen Beamten (wenn es schon solche sein müssen) würden in ihrer Eigenschaft als Administratoren nur der Fondshäuseradministration im Eisenbahnministerium unterstehen und sie würden für diese ihre Funktion auch separat vom Fonds honoriert. Es würden diesen die Hausbesorger selbstverständlich unterstehen und sie hätten auch dafür Sorge zu tragen, daß sich die Bewohner ihrer Häuser Vertreter wählen, mit denen ein Einvernehmen zu pflegen und mit deren Einverständnis alles Notwendige unternommen wird. Bei unausgleichbaren Meinungsverschiedenheiten ist die Fondshäuseradministration oder der Provisionsfondsausschuh anzurufen, welche beide Körperschaften im Einvernehmen dann entscheiden.

So wurde es auch im Anfang gelöst und die Sache funktionierte kluglos und wurde auch für gut befunden. Der jetzige Eisenbahnminister Herr v. Forster war selbst einmal persönlich in den Häusern in der Felsstraße in Wien, besah sich einige Wohnungen und erkundigte sich eingehend nach der Institution der Vertrauensmänner, die er für gut befand.

Auf die Unterstützung der gewählten Vertrauensmänner wird ein vernünftiger Administrator gewiß nicht verzichten, denn durch diese ist auch seine Funktion sehr erleichtert. Wenn auch im Anfang die jungen Herren Beamten, mit wenig Lebenserfahrung ausgestattet und in guten Verhältnissen aufgewachsen, die vom Arbeiterleben und seinen Sorgen und Kümernissen keine Ahnung haben, sich oft nicht recht dareinfinden werden können, und wenn sie es für notwendig erachten werden, als Vorgelegte auftreten zu müssen, werden sie sich durch Belehrung von lebenserfahreneren Herren in der Fondshäuseradministration schon zurechtfinden. Ebenso werden die neugewählten Vertrauensmänner in den Häusern die richtige Taktik treffen. Ihre Aufgabe ist ja, den Administrator zu unterstützen, die Wünsche und Beschwerden der Parteien anzuhören und weiterzuleiten und als Schiedsrichter bei Streitigkeiten zu fungieren, damit die Streitenden nicht vor ein Gericht gehen müssen, damit sie dabei nicht großen Schaden erleiden und damit die Häuser nicht in schlechten Ruf kommen. Durch gegenseitige Kontrolle soll aber auch jede Protektion vermieden werden. Nachdem in den Häusern bis 300 und mehr Parteien mit 300 bis 600 Kindern wohnen, was der Einwohnerzahl einer ziemlich großen Ortschaft gleichkommt, so ist die Administration dieser Häuser nicht mit der eines Privathauses zu vergleichen. Wenn es eines Beweises bedarf, wie segensreich und praktisch eine demokratische Verwaltung und Administration wirken kann, so sei auf den Ersten Spar- und Bauverein der Bediensteten der k. k. Staatsbahn in Wien hingewiesen, der in jeder Hinsicht als Muster gelten kann. Ganz ausgeschlossen ist es aber, daß der heutige unregelmäßige Zustand verbleibt. Jede Staatsbahndirektion schaltet und waltet nach ihrem Belieben in den Häusern, jeder Administrator macht andere Einführungen. Die Bewohner der Häuser werden mit ihren Wünschen oder Beschwerden bei der einen Direktion an die Personal-kommission verwiesen, bei einer anderen wieder an das Eisenbahnministerium und bei der dritten an den Provisionsfondsausschuh u. s. w. Niemand weiß, wie die Kompetenzen abgegrenzt sind.

Um aus den vielen Beschwerden, welche aus den meisten Staatsbahndirektionsbezirken kommen, nachzuweisen, daß sich die Staatsbahndirektoren ebenjowenig darum kümmern, wie die Mieter in den Häusern wohnen, wie sie sich seinerzeit darum nicht gekümmert haben, daß die Bediensteten überhaupt Wohnungen bekamen, soll das Vorgehen der Staatsbahndirektion Wien als Administratorin der ihr zugewiesenen Provisionsfondshäuser hier etwas beleuchtet werden. Die Handlungen dieser Staatsbahndirektion werden nur von der Absicht diktiert, um die viel gepriesene geheiligte Disziplin aufrechtzuerhalten. Als die Staatsbahndirektion die Administration übernahm, wurde der Administrator, ein Techniker bei der Bahnerhaltung, dieser Funktion enthoben, und junge Juristen aus der Abteilung I für diese Funktion bestimmt, wahrscheinlich, weil der Ingenieur doch etwas von den notwendigen Arbeiten in den Häusern verstanden hätte oder auch, weil er mit den Mietern gut auskam und mit deren Vertrauensmännern im guten Einvernehmen stand, was doch bei den jungen Doktoren, die noch dazu der strenge Herr Direktor viel mehr in der Hand hat, nicht so leicht vorkommen kann. Das erste war natürlich, den brutalen Standpunkt herbeizuführen, was natürlich immer Widerstand hervorruft. Dafür einige Beispiele: Ein großer Teil der Bewohner der Häuser in der Felsstraße, hat bei den letzten Reichsratswahlen auf ihre Wohnungsfenster Wahlplakate mit dem Namen Forstner aufgeklebt. Sofort kam ein Jurist von der Direktion, der mit der Kündigung drohte, wenn die Plakate nicht sofort verschwinden. Als die sozialdemokratisch gesinnten Bewohner gegen diese einseitige Behandlung protestierten und darauf verwiesen, daß sie, so wie die christlichsozialen Bewohner, welche bei kirchlichen Umzügen ihre Heiligenbilder in die Fenster geben, das Recht haben, über ihre Fenster zu verfügen, und daß sie sich hier nicht als Untergebene betrachten, sondern als Mieter, und daß der Hausherr allen Grund habe, sich neutral zu verhalten, während es lediglich Sache der Polizei ist, Plakate etwa zu beanstanden, wurde ihnen mit der sofortigen Delogierung gedroht, wenn die Plakate bis 2 Uhr nachmittags nicht entfernt seien. Der Effekt war allerdings das Gegenteil. Um 2 Uhr nachmittags waren fast alle Fenster mit Plakaten für Forstner geschmückt, was nicht geringes Aufsehen machte und nicht wenig zur Blamage der Staatsbahndirektion beitrug. Der Herr Ministerialrat Kolisko, der durch sein russisches Straffsystem bekannt ist, beauftragte die Administration, ein strenges Regiment zu führen, insbesondere haften ihm diese mit ihrem Kopf dafür, daß kein sozialdemokratischer Zettel irgendwo angeklebt wird.

Durch Anhören der einzelnen Bediensteten in den Sprechtagen (sprich Reichstagen), bei welchen noch kein Denunziant hinausgeschoben ist, meint Herr Kolisko, sich schon genügend informiert zu haben, so daß er zu einem Schlag gegen die Sozialdemokraten ohne Gefahr einmal auszuholen zu können glaubt. Es wurden vor-

kurzem die Postale, die den Bewohnern der Häuser über Bewilligung des Eisenbahnministeriums bisher zum Zweck von Besprechungen, für Märchenvorstellungen für Kinder, als Sitz für den Sparverein der Mieter und auch zu harmlosen Spielen nach Feierabend zur Verfügung gestellt wurde, kurzerhand alle gesperrt. Die Vertrauensmänner wurden nicht mehr anerkannt. Für die Entgegennahme von Vormerkungen für die Wohnungen in den neuen Häusern in der Brigittenau wurde von den interessierten Bediensteten ein Komitee gewählt, zu dem Bedienstete aus fast allen Dienststellen der in der Nähe befindlichen Stationen genommen wurden. Dieses Komitee wurde mit seinen Vormerkungen ignoriert. Ein Diensttelegramm, Unterchrift Kolisko, kündigte allen Dienststellen an, daß Bedienstete, welche auf eine solche Wohnung reflektieren, um diese und diese Zeit bei der Direktion, Abteilung I, sich einzufinden haben, wo sie sich aus den dort aufliegenden Plänen eine Wohnung wählen können. Die Folge war, daß die Staatsbahndirektion den ganzen Tag belagert war und die Bediensteten mit ihren Frauen viele Stunden dort stehen mußten und dann erst nicht die ihnen zugesagte Wohnung erhielten. Böse Zungen behaupten übrigens, daß schon vor der telegraphischen Bekanntgabe gegen vierzig Wohnungen an ganz Brava vergeben wurden. Die ungeheure Wohnungsnot leistete dieser den Bediensteten gegenüber ausgeübten Brutalität und dieser Mißgunstbezeugung die Hilfe, sonst hätte wohl kein Bediensteter vom Herrn Direktor, der seine eigene Wohnung auf Kosten der Staatsbahnverwaltung um 80.000 Kr. erpachten ließ, den ihm als Gnade hingeworbenen Brocken angenommen. So wie Herr Kolisko in dienstlicher Hinsicht straft, ohne Rücksicht darauf zu nehmen, ob auch die Bahnverwaltung ihre Pflichten den Bediensteten gegenüber erfüllt, so läßt er den Bewohnern dieser Häuser die Annuie fühlen und kümmert sich nicht darum, was den Häusern not tut. Die Administratoren, die niemand außer ihn anzuhören haben, werden nur zum Sparen abgerichtet, und so geht schon jetzt sehr viel in diesen Häusern zugrunde. Ob darunter nur die verhassten Sozialdemokraten leiden, ist die Frage. Jetzt nur noch kurz ein bißchen was über die Böchlerner Häuser, um das Bild zu vervollständigen.

Nach jahrelangen mühevollen Kämpfen haben endlich die Bediensteten von Böchlern den Bau von Häusern durchgesetzt, und waren höchst erfreut, daß sie endlich von der Raubgier der Hausherren befreit, aus den dunstigen, feuchten Kellern in helle, gesunde und trockene Wohnungen werden übersiedeln können. Die Freude war um so größer, da ihnen ein ziemlich niedriger Zins angekündigt wurde. Die Wohnungen waren rasch bewohnt und die Bediensteten fühlten sich wohl im neuen Heim. Da aber kam der neue Hausherr (die Staatsbahndirektion) und sagte, daß er sich bei der Zinsenerstellung geirrt habe, der Zins sei um so und soviel höher. Das war eine bittere Wille, aber sie wurde verschluckt. Aber nach einer kurzen Zeit kam der Hausherr wieder, teilte mit, daß er sich noch einmal geirrt habe und daß der Zins um so und soviel mehr betrage. Nun war es überbühel.

Was auf einige Bedienstete, die hiezu nicht den Mut hatten und die sich vor der Rückkehr in die soeben verlassenen Kellern fürchteten, kündigten alle Bewohner die Miets. Als die Zeit um war, ließ man die Leute ziehen und besetzte die Wohnungen mit Privatparteien. Am liebsten aber so quasi zu entschuldigen, ließ die Staatsbahndirektion nach einigen Protokollen und Einvernehmen den Genossen Lokomotivführer Ziegler als Rädelshführer bezeichnen und verurteilte ihn strafweise telegraphisch nach Gamsfeld. Jetzt ist somit alles in Ordnung. . . .

Wenn man von Wien aus aus der Station Böchlern ausfährt und rechter Hand die drei hübschen Häuser erblickt, da wird man an den Kampf um die Häuser erinnert, in dessen Verlauf sogar Maßregelungen vorfamen, da denkt man aber auch unwillkürlich an den jetzigen Herrscher bei der Staatsbahndirektion in Wien, der es zuließ oder gar selber veranlaßt hat, daß den Bediensteten die Früchte dieses Kampfes so arg vergällt wurden.

Nun vorläufig genug zur Begründung der oben aufgestellten, übrigens nicht mehr neuen Forderung. Es bleibt noch viel, viel Munition, welche im weiteren Kampfe, wenn es notwendig werden soll, Verwendung finden soll.

Verflechtungen in den Lohn- und Dienstverhältnissen der I. I. Staatsbahnen.

Die Aktion zur Hebung der Lage der Arbeiter der I. I. Staatsbahnen, die wir im Vorjahre begonnen und im Parlament auch durchgeführt haben und zu welchem Zwecke die Regierung schließlich auch unter den 21 Millionen Kronen mehr als 10 Millionen Kronen für die Verbesserung der Arbeiter in Aussicht nahm, hat sehr sonderbare Wirkungen gezeigt. Wo wir auch hinschauen, auf die Lohn- oder Dienstverhältnisse, auf die Stabilisierungen, auf die Ueberstundenentlohnungen oder auf die Zulagen, die ja jetzt Zuschläge heißen, überall sind frasse, sehr frasse Verflechtungen eingetreten, Verflechtungen, welche mit harter Rücksichtslosigkeit durchgeführt wurden und noch immer durchgeführt werden. Sinnlos müssen wir diese Maßnahmen nennen, die den guten Willen des Parlaments zunichte machen, einheitslos, wenn wir bedenken, daß die schlechten Verhältnisse der Arbeiter trotz der 10 Millionen Kronen noch bedeutend verschlechtert werden, Maßnahmen, die notwendig werden, wenn uns überall die klare Absicht entgegentritt. Oder soll es nicht Absicht sein, wenn nicht einmal der Grundlohn, der festgesetzt wurde, eingehalten wird? Wenn beispielsweise in Wien 3 Kr. festgesetzt werden, so machen die Bremser der Nordbahn, der Nordwestbahn und St. E. G. eine Ausnahme, denn diese dürfen nur Kr. 2.80 erhalten. Ebenso in Brünn. Und die Lohnautomatik: die Lohnvorrichtungsfristen von einem und zwei Jahren werden jetzt auf drei Jahre verlängert, die Vorrichtungshöhe von 20 auf 10 S. reduziert!

Kurz, die Verflechtungen erreichen bereits Dimensionen, die von der Arbeiterchaft nicht mehr er-

tragen werden. Abgeordneter Genosse Tomisch hat deshalb am 27. November 1912 folgende Interpellation an den Eisenbahnminister gerichtet:

Interpellation

Der Abgeordnete Josef Tomisch und Genossen an den Herrn Eisenbahnminister, betreffend die durch die sogenannte Regelung der Arbeits- und Entlohnungsverhältnisse der Arbeiter bei den I. I. Staatsbahnen eintretenden Verschlechterungen.

Durch die Einführung der neuen Arbeitsordnungen treten in vielen Arbeiterkategorien fast aller Direktionen ganz wesentliche Verschlechterungen der Arbeitszeit, der Bezahlung der Ueberstunden, Sonn-, Feiertags- und Nachtarbeit, sowie bei Substitutions- und an dienstfreien Tagen ein.

Die vom I. I. Eisenbahnministerium geplante Lohnordnung enthält bedeutende Verschlechterungen gegenüber den bis jetzt bestandenen besseren Lohnvorrichtungsfristen, die in einzelnen Direktionsbezirken erst eintreten werden; in einzelnen Direktionen aber, trotzdem die Lohnordnung noch gar nicht in Kraft ist, bereits eingetreten sind. Einzelne Zulagen für besondere Arbeitsleistungen wurden bereits unter Hinweis auf die neue Lohnordnung herabgesetzt, andere sollen noch herabgesetzt werden. Den qualifizierten Arbeitern (Vorarbeitern etc.) wird die Entlohnungsart geändert, indem ihr bisheriger Lohn in Grundlohn und eine nur für die Dauer der Verwendung geltende Zulage geteilt wird, was sich giffermäßig, wie folgt, darstellt: Ein Arbeiter ist mit 3 Kr. eingetret, auf Kr. 3.30 bis jetzt vorgerückt und mittlerweile Vorarbeiter geworden. Wenn er nun abgezogen wird von seinem Posten, was jetzt leichter ist als früher, erhält er Kr. 3.30 — 40 S. Zulage — Kr. 2.90. Also um 10 S. weniger als bei seinem vor Jahren erfolgten Eintreten in das Arbeitsverhältnis.

Die in den letzten zehn Jahren sorgfältig durchgeführte Stabilisierung durch Herabsetzung des Prozentfußes der Stabilisierten, Schädigung am Einkommen, Ausschaltung ganzer Kategorien etc., hat eine weitere Verschlechterung erfahren durch die Erhöhung der Einfuhrungsgränze von 50 auf 100 Kr. und der Einstellung der Ueberstunden und Sonntagsentlohnung bei schon Stabilisierten.

Nach all dem werden zwar mit den neuen Arbeitsordnungen auf der einen Seite kleine Verbesserungen eingeführt, aber auf der anderen Seite die Arbeitszeit verlängert, die Ueberstundenentlohnung von der anderthalbfachen auf die fünfviertelfache, die Nachtarbeitentlohnung von der doppelten auf die anderthalbfache Bezahlung herabgesetzt, die bezahlten freien Tage vermindert. So werden die kleinen Verbesserungen, welche den Arbeitern auf der einen Seite zuteil werden sollen, auf der anderen Seite doppelt hereingebracht.

Daselbe gilt auch bei den Lohnordnungen. Dort, wo Vorrichtungen nicht offiziell festgesetzt waren, werden diese eingeführt, aber auf Kosten der Arbeiter, die schon bessere Verhältnisse erreicht hatten, indem diesen Arbeitern Zuschläge entzogen und herabgesetzt, freie Tage entzogen, die ein- und zweijährigen Vorrichtungsfristen auf dreijährige verlängert werden, bei einer erheblichen Anzahl Arbeiter der Vorrichtungsbetrag von 20 S. auf 10 S. reduziert wird und trotzdem die Lohnordnung noch nicht in Kraft ist, wurden die nach den alten Vorrichtungsfristen am 1. Juli fällig gewordenen Lohnvorrichtungsbeiträge den betreffenden Arbeitern nicht mehr ausbezahlt.

Alles zusammen macht den Eindruck, die Staatsbahnverwaltung verfolgt mit diesem Wechsellspiel ein Scheinmanöver, um den für die Arbeiter zur Verbesserung ihrer Lage bestimmten Betrag nicht ganz und dauernd verwenden zu müssen, sondern auf der einen Seite zu Verbesserungen verwendeten Betrag auf der anderen Seite durch Verschlechterungen wieder, und sogar vielleicht vielfach hereinzubringen.

Die Unterzeichneten stellen daher an den Herrn Eisenbahnminister folgende Anfragen:

Ist der Herr Eisenbahnminister geneigt zu veranlassen, daß den Arbeitern der zur Verbesserung ihrer Lage bestimmte Betrag im Sinne des Beschlusses des Abgeordnetenhauses vom 16. Dezember 1911 ungetrübt und dauernd zukommt, und zwar so, daß die bisher bestandenen besseren Lohnvorrichtungsfristen, Arbeitsverhältnisse, Ueberstundenentlohnung etc. etc., als diese in den neuen Arbeitsordnungen, Lohnordnungen und Stabilisierungsnormen vorgesehen sind, aufrecht bleiben und eine Verschlechterung der bestehenden Verhältnisse nicht eintreten darf?

Ist der Herr Eisenbahnminister geneigt, über die Verwendung des für die Arbeiter zu Verbesserungen bestimmten Betrages dem Abgeordnetenhause ehestens einen detaillierten, nach Direktionen aufgeteilten, genauen Bericht zu erstatten?

Wien, am 27. November 1912.

Inland.

Christlichsoziale Sehnsucht nach dem Staudrecht.

Die Christlichsozialen, die es jetzt vor lauter „patriotischer Begeisterung“ nicht erwarten können, bis wir gegen die Serben marschieren, sind über die Friedensbedingungen der Sozialdemokratie außer Rand und Band geraten. Weil wir den Patriotismus so aufblasen, daß wir Land und Volk vor den entsetzlichen Folgen eines Weltkrieges bewahrt wissen wollen, sind wir „Hochverräter“. In dieser fürchterlichen ersten Zeit wirkt es vielleicht auch ein wenig heiter, wenn man folgenden von einer Wiener Korrespondenz ausgegebenen Bericht liest:

Freitag fand in Eggenburg ein Bürgermeistertag statt, wobei Landesauschub Stöckler erklärte, daß die sozialdemokratische Propaganda für den Frieden um jeden Preis weniger dem Frieden als der Vorbereitung des Umsturzes gilt und einen internationalen Charakter trage. Was speziell die in Oesterreich um sich greifende Propaganda der Sozialdemokratie betrifft, so habe dieselbe nur den Zweck, um die Autorität zu untergraben, das militärische Pflichtgefühl zu unterdrücken und den militärischen Gehorsam im entscheidenden Moment zum Versagen zu bringen und die Disziplin der Armee zu lockern. Wenn noch nie, so jetzt, in dieser höchsternsten Zeit, müsse gegen diese Propaganda entschieden Stellung genommen werden, und es ist zu hoffen, daß die-

selbe, was speziell die niederösterreichischen Landgemeinden betrifft, in diesen keinen Eingang finden wird. (Lebhafte Zustimmung.) Der Tenor der weiteren Ausführungen erscheint in einer vom Landesauschub Stöckler beantragten Resolution widergegeben, in der es heißt: „Im übrigen glaubt der Bürgermeistertag, daß jeder Sach- und Landesverrat in so höchsternsten Zeiten standrechtlich behandelt werden soll, auch bei solchen Leuten, die als Abgeordnete sich von österreichischen Steuerträgern bezahlen lassen und im Ausland hochverräterische Pläne schmieden.“

Wir sind dafür, daß man Herrn Stöckler mit seinen christlichsozialen Kammeln nach Serbien als erstes Aufgebot schickt!

Krieg und Börse.

Die Vorböten von jenen Zuständen, die die unausweichlichen Begleiter eines jeden Krieges, ja selbst jeder schwebenden Kriegsgefahr sind, haben wir bereits im Oktober bei Beginn der serbisch-türkischen Feindseligkeiten gesehen. Wer damals die Börse rubriken der kapitalistischen Blätter verfolgt hat, der hat die rapiden Kursstürze aller Papiere mitangesehen, die nicht nur auf den österreichischen Märkten, sondern auch im Ausland zu verzeichnen waren. Das sind Erscheinungen, die freilich nicht bloß, wie man meinen sollte, die Besitzer von solchen Papieren, sondern leider auch die Arbeiter angehen. Denn die Börse, die auf alles, was sich in der Wirtschaftspolitik einschneidendes ereignet, reagiert, ist nur das Barometer, das die Gefahren eines heranziehenden Weltkrieses kündigt. In den letzten Tagen, wo die politische Situation Oesterreichs ihre Höchstpannung erreicht hat, traten nun abermals jähe Kursstürze ein. Wir greifen aus dem Börsebericht nur die kurze der Verkehrsunternehmungen heraus:

| | Schlusskurse vom 25. November | 26. November | 27. November | Differenz in Kronen |
|-------------------------|-------------------------------|--------------|--------------|---------------------|
| Orientbahn | 680.— | 683.— | — | — 13.— |
| Buschthaber A | 2295.— | 2320.— | — | — 25.— |
| Buschthaber B | 897.— | 922.— | — | — 25.— |
| Lampischiff | 1117.— | 1158.— | — | — 41.— |
| Nordbahn | 4630.— | 4730.— | — | — 50.— |
| Floyd | 489.— | 494.— | — | — 10.— |
| Staatsbahn | 648.50 | 670.60 | — | — 22.10 |
| Südbahn | 93.50 | 100.— | — | — 0.59 |

Die außerordentliche Empfindlichkeit der Börsen, aus der übrigens die Arbeiter manches lernen können, beruht einfach auf der stillen Rolle, die das Kapital im heutigen Wirtschaftsleben spielt. Das große, machtgeldende Kapital wird nämlich, wie Hilferding in seinem „Finanzkapital“ glänzend nachgewiesen hat, immer mehr zu einer papierenen Macht, das heißt es besteht in Wertpapieren und Aktien; die an den Börsen gehandelt werden und mittels denen der Käufer einen Anteil an dem Reingewinn von den betreffenden Industriegruppen, die diese Scheine in Umlauf setzen, erwirbt. So kommt es, daß sich beim heutigen Kapitalismus Wertsteigerungen ergeben, die in Wahrheit gar nicht existieren, die einfach ideelle Werte darstellen. Der Kapitalismus rechnet einfach mit der Ausbeutungsrente, die er den Arbeitern abspöpft und deren Größe er als vorausschätzlichen Reingewinn im voraus abschätzt. In Zeiten eines ruhigen Geschäftsganges, einer sogenannten wirtschaftlichen Hochkonjunktur, steigt daher der Wert des Besitzes ins Unermessliche, und wir haben gerade vor einigen Jahren in Wien Ziffern über Wertsteigerungen an Objekten vernommen, die als Schulbeispiel dienen können, wie der Wertzuwachs des Kapitalismus sich vollzieht. In diesen fiktiven Werten, die solcherart die kapitalistische Spekulation schafft, liegt aber die größte Gefahr für die Arbeiter; sobald irgendein Ereignis droht, das die ruhige wirtschaftliche Fortentwicklung stören könnte. Der Krieg mit den Balkanstaaten hat daher auch im Moment seines Ausbruchs, und als man nicht sicher war, wie darin die Großmachtstaaten verwickelt werden können, wie ein lähmender Säure auf die Märkte gewirkt, denn man weiß, daß jeder Krieg die Bedingungen des Warenabflusses stört, die Möglichkeiten des Geschäftsganges unterbindet, kurz alle Voraussetzungen beseitigt, die die Industrie für die Erzielung von Gewinn benötigt. Und so tritt mit einemmal die Entwertung der so kostbaren Papiere ein und die Arbeiter bezahlen durch Arbeitslosigkeit, Hunger und Elend die Zehne.

Konversationen des Kaisers.

Die deutschnationalen Abgeordneten, die als Mitglieder der Delegationen fungieren, sind außer sich vor Entzücken: sie wurden beim Delegationsdiner vom Kaiser angesprochen. Die besonders reklamellüsterne Abgeordnete geben diese Ansprachen in die Zeitung und so konnte man über die Unterhaltung des Kaisers mit dem Deutschgelben Ferdinand Seidl und mit Herrn R. G. Wolf ausführlich lesen. Diese Unterhaltung wird auch unsere Leser interessieren. Also verließ, nach dem Bericht des Herrn Seidl (den er dem „Neuen Wiener Tagblatt“ zugestiftet hat), die Unterhaltung zwischen dem Kaiser und diesem Abgeordneten:

Der Kaiser: Sie haben eine sehr schöne Rede gehalten.

Ferdinand Seidl: Majestät, ich verrete den Standpunkt meiner Partei, die im Rahmen der Staats-treue soziale Reformen anstrebt.

Der Kaiser: Sie haben wohl viel zu tun?

Ferdinand Seidl: Ja, Majestät, unsere Partei ist ein junge und man fordert von ihr, immer im Vordertrassen zu stehen. Das kostet auch viel Arbeit.

Der Kaiser: Welchen Wahlbezirk vertreten Sie?

Ferdinand Seidl: Die Landgemeinden Freiwaldau.

Der Kaiser: Wie sind die Verhältnisse dort?

Ferdinand Seidl: Majestät, ich verrete sehr viele Arbeiter, die in sehr bescheidenen Verhältnissen leben und ebensoviele Kleinbauern, die gleichfalls vielen Grund zur Klage über ihr Schicksal haben.

Der Kaiser: Hoffentlich wird das alles besser werden.

Geradezu erstaunlich ist, wie gut die Fragen für die agitatorischen Bedürfnisse des Deutschgelben getroffen sind. Es fehlt nur noch, daß der Kaiser den Herrn Ferdinand Seidl dekant hätte, was er wohl über die

Sozialdemokratie denke... Womöglich noch interessanter ist der Bericht über eine Unterhaltung mit dem Herrn S. G. Wolf; darüber berichtet Herr Wolf dem „Judenblatt“ dieses:

Zum Delegierten Wolf, der dem Monarchen vom Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh vorgestellt wurde, sagte der Kaiser: Herr Delegierter, Sie haben eine sehr patriotische Rede gehalten.

Delegierter Wolf: Ich freue mich außerordentlich, daß Majestät die Güte haben, das, was ich vom Standpunkt des deutschen Volkes zur gegenwärtigen Situation zu sagen für notwendig hielt, auch im Interesse des Staates gelegen anzuerkennen. Ich habe die gegenwärtige Situation so beurteilt, wie ich das als Deutscher tun mußte, und ich konnte feststellen, daß zwischen den Interessen des Staates und dem der Deutschen auch diesmal wieder, wie schon so oft, ein enger Zusammenhang ist, und daß die Interessen des Staates gefördert werden, wenn man die Interessen der Deutschen berücksichtigt, und daß der Staat und die Deutschen aufeinander angewiesen sind, der Staat auf die Deutschen sowohl wie der Deutsche auf den Staat.

Wir haben unser Lebtage mit dem Kaiser noch nicht gesprochen, wissen also nicht, ob es wirklich möglich ist, ihn auf eine konventionelle Bemerkung hin mit einer ellenlangen politischen Auseinandersetzung zu antworten. Aber es scheint uns, daß Herr Wolf die „Antwort“ nur im „Neuen Wiener Tagblatt“ gibt und sie weniger dem Kaiser als denen gilt, die darüber, daß er nun sehr patriotische Reden hält, einigermaßen überrascht sein werden...

Die Staatsbeamten gehen auf die Strafe.

In der Volkshalle des Wiener Rathhauses fand Dienstag den 20. v. M. eine Massenversammlung der höheren Staatsbeamten statt, in der namentlich gegen die Verweigerung des automatischen Zeitavancements und gegen die Antastung der Koalitionsfreiheit der Beamten durch die Regierung protestiert wurde. Es wurde unter anderem ausgeführt, daß die Vorgesetzten die durch die Teuerung verschärfte wirtschaftliche Notlage einzelner Beamten ausnützen, um von ihnen direkt den Verzicht auf ihre Organisationszuerkennung zu erpressen. Vielfach wurde von der Versammlung gefordert, daß die Kampfmittel der passiven Resistenz oder sogar des Streiks benützt werden mögen. Als die Beamten aus der Versammlung auf den Rathausplatz traten, sahen sie sich einem riesigen Polizeikordon gegenüber, der ihren Abzug hindern wollte. Es kam zu stürmischen Rufen gegen die Regierung und gegen die Polizeimaßregeln. Mehrere Staatsbeamte wurden verhaftet, was zu erneuten stürmischen Demonstrationen Anlaß gab.

„Die vier Wenzeln.“

Unter dieser Aufschrift bringt das deutschnationale „Vadeblatt“ vom 17. v. M. eine Notiz, in der es unter anderem heißt:

„Kdo domov muj?“ Wo ist meine Heimat? Herr Kofka weiß es nicht. Das kommt von vielen Serben. So glaubte er unlängst im Parlament in der Stupčina zu sein und plädierte für Serbien. Als er aber mit der Linken in die Tasche griff, bemerkte er, daß er österreichische Diäten im Saal habe. Das geniert aber einen Charakter nicht, und der ist der Kofka sicher. Bestie sagt es wenigstens.

Sehr treffend erinnert unser Karlsbader Parteiblatt, der „Volkswille“, daran, daß dem Heiligen des „Vadeblattes“ ein ähnliches Unglück passierte. Als Herr Karl Hermann Wolf seinerzeit im österreichischen Parlament „Heil, Hohenzollern!“ rief, kloperten dazu in seinem Hosensack österreichische Gulden, die auch österreichische Diäten waren. Ist auch ein Charakter. Das „Vadeblatt“ sagt es wenigstens.

Wer an dem Krieg verdient.

Wir lesen in den Blättern:

Die Kapitalserhöhung der Stoba-Werke. In der am 20. November 1912 abgehaltenen außerordentlichen Generalversammlung der Aktionäre der Stoba-Werke, Aktiengesellschaft in Pilsen, wurde der Beschluß gefaßt, das Aktienkapital der Gesellschaft von 30 Millionen Kronen auf 40 Millionen Kronen zu erhöhen und zwar in der Weise, daß a) vorerst 5 Millionen Kronen Nominal, 25.000 Stück bei voll eingezahlten Aktien zu 200 Kr., welche an dem Erträgnis der Gesellschaft vom 1. Jänner 1913 an partizipieren sollen, zur Ausgabe gelangen und den bisherigen Aktionären im Verhältnis von je sechs alten zu einer neuen Aktie zum Kurse von 500 Kr. zum Bezug angeboten werden; b) der Verwaltungsrat ermächtigt werde, bei neuerlichem Kapitalbedarf zu einem dem Verwaltungsrat günstiger erscheinenden Zeitpunkt und unter den von dem Verwaltungsrat zu bestimmenden Modalitäten die Ausgabe weiterer Aktien im Nominalbetrag von fünf Millionen Kronen im eigenen Wirkungsbereich zu beschließen.

Aber nicht bloß in Oesterreich geht jetzt das Anonengeschäft. Auch aus deutschen Blättern erfährt man:

Die Firma Krupp in Essen wird ihre Dividende in diesem Jahre von 10 auf 12 Prozent erhöhen, ein noch nie erreichter Abschluß. Der Jahresverdienst der beiden Fräulein Krupp dürfte damit 50 Millionen Mark erreichen.

Der französische Anonentkönig Schneider u. Co. in Creusot erhöht seine Dividende von 15 auf 16 Prozent. Der Reingewinn ist auf nahezu 7 Millionen Franken gestiegen.

Jetzt weiß man wohl ganz genau, wessen Interessen die christlichsozialen und deutschnationalen Blätter vertreten, die jetzt so eifrig Kriegsbeute betreiben.

Eine ungeheuerliche Nachricht

wird dem „Brager Tagblatt“ aus Budapest gemeldet. Danach wurde in der österreichischen Delegation mitgeteilt, daß die nächste Tagung der Delegation im März 1913 in Wien stattfinden wird. Der nächsten Delegation soll, wie verlautet, eine Vorlage bezüglich eines Kredits von 300 Mil-

lionen zum Bau von vier neuen Dreadnoughts vorgelegt werden.

So ungeheuerlich diese Meldung anmutet, möglich ist es, daß sich die Marineverwaltung mit diesen Absichten trägt. Wir erinnern nur daran, daß der Marinekommandant Graf Montecccoli in seiner letzten Rede eine Verstärkung der Marine als sehr dringend bezeichnete. Es ist auch kein Wunder, wenn die militärischen Machthaber immer wieder unerhörte Forderungen stellen. Der Stiefeldeckerpatriotismus der erbärmlichen bürgerlichen Abgeordneten, deren perverter Bewilligungseifer muß ja solche Folgen zeitigen.

Oesterreichische Soldaten und serbische Däsen.

Die „Volkstribüne“ schreibt: Wie wir zu der Gegenüberstellung kommen?

Das soll sofort kurz und bündig gesagt werden. Am 15. November fand eine Versammlung des christlichsozialen Niederösterreichischen Bauernbundes statt. Bundesobmann Landesauschuß und Reichsratsabgeordneter Stöckler — natürlich christlichsozial — behauptete die „Situation“. Die Herren Agrarier sehen sich eben vor, um für den Kriegsfall gleichfalls gerüstet zu sein, das heißt um im geeigneten Moment ihre Produkte im Preise noch weiter erhöhen zu können. Dabei tat nun der Reichsratsklub der österreichischen Agrarier ohne Unterschied der Parteistellung, Reichsritter v. Hohenblum, folgenden sehr charakteristischen Ausspruch: „Uns (den Agrariern) sind die serbischen Soldaten weniger gefährlich als die serbischen Däsen!“ Damit hat Herr v. Hohenblum zwei Bekenntnisse unter einem abgelegt: Erstens weiß man nun aus einer gewiß verlässlichen Quelle, daß es zwischen der Teuerung und der Kriegsgefahr einen Zusammenhang gibt und zweitens ist durch den Führer der Agrarier zugegeben worden, daß die Herren Agrarier in der Tat lieber die österreichischen Soldaten den serbischen Bajonetten ausliefern würden, als daß sie zugeben, daß die serbischen Däsen ihnen Konkurrenz machen und die Preise drücken könnten. Damit der serbische Däse nicht nach Oesterreich kommt, soll der österreichische Soldat nach Serbien marschieren. So wollen es deutschnationale und christlichsoziale Agrarier. Ein nettes Bekenntnis das.

Der internationale Bund der Agrarier.

Der Herr v. Hohenblum, der die Auffassung der Agrarier über die Kriegsgefahr in die Worte gekleidet hat: „Die serbischen Däsen sind gefährlicher als die serbischen Soldaten!“, der also wie alle agrarischen Bucherer ein Feind der Verständigung mit Serbien ist, von der die Offiziösen jowiel reden, hat es für nötig befunden, heute noch einmal kundzutun, wie die Agrarier über das Balkanproblem denken. Dabei hat er auch mit Stolz erzählt, daß die Agrarier eine internationale Verschwörung gegen die Konjumenten erklärt haben. Es war am 27. d. eine Sitzung des ständigen Ausschusses der agrarischen Zentralkasse, und da hat Herr v. Hohenblum über die internationale Politik der Agrarier gesprochen. Zuerst wies er gegen die Einfuhr von italienischen Däsen und dann erzählte er über den Konflikt mit Serbien:

An eine Zollunion mit den Balkanstaaten kann ein ernsthafter Volkswirt nicht denken. Das wäre die Aufnahme sämtlicher landwirtschaftlicher Erzeugnisse der Balkanstaaten in die Monarchie, die Versperrung der dortigen Seuchen und die Absperrung der deutschen Grenzen gegen uns. Der Bund der Landwirte in Berlin hat ausdrücklich erklärt, daß dann jede wirtschaftliche Verbindung zwischen Oesterreich und Deutschland entzweit wäre. Wir werden nicht allein kämpfen, mächtige Bundesgenossen stehen uns zur Seite: die ungarischen Agrarier, welche eine Erhöhung handels- und zollpolitischer Konzessionen an die Balkanstaaten nie zugeben werden.

Herr v. Hohenblum malte also einen internationalen Bund der Agrarier gegen ein wirtschaftliches Nebereinkommen mit Serbien an die Wand. Das ist der agrarische Patriotismus.

Der letzte Akt der Komödie.

Die christlichsozialen Abgeordneten Pantz und Kemetter, die wegen der Haltung der christlichsozialen zum 17. Millionen-Antrag des Abgeordneten Genossen Tomšič aus der Vereinigung der christlichsozialen Abgeordneten ausgestiegen waren, sind, wie vorauszusehen war, ihrer Partei erhalten geblieben. Sie sind jetzt wo sich die Wogen der Entrüstung gegen den Verrat der Christlichsozialen unter den Eisenbahnern etwas gelegt haben, wieder zur christlichsozialen Vereinigung beigetreten. Um sich wegen des Wiedereintrittes ihren Wählern gegenüber zu decken, knüpften sie an ihre Rückkehr die Bedingung, sich in wirtschaftlichen Fragen das Recht der freien Abstimmung vorzubehalten. Die „Reichspost“ brachte über das Wiederaufnahmegesuch der Abgeordneten Pantz und Kemetter nachstehende Meldung:

Herr Abgeordneter Ritter v. Pantz schreibt uns zu der von der Korrespondenz „Austria“ ausgehenden Meldung, daß er und der Abgeordnete Kemetter um Wiederaufnahme als ordentliche Mitglieder in den christlichsozialen Reichsratsklub angefragt haben, daß die beiden Abgeordneten allerdings ihre Bereitwilligkeit zum Eintritt als ordentliche Mitglieder dem Klub bekanntzugeben haben, jedoch in einem ausführlichen Schreiben nach Erörterung ihrer programmatifchen Stellungnahme diese Beitrittserklärung an die Bedingung geknüpft haben, daß ihnen sowohl in Angelegenheit ihres Antrages vom 22. Oktober l. J. auf Zuzahlung von 17 Millionen Kronen für die Staatseisenbahnbediensteten und Einstellung der für soziale Fürsorgemaßnahmen für Staatsbedienstete, Postbedienstete und Vertragsangestellte erforderlichen Beträge ins Budget, beziehungsweise Budgetprovisorium per 1913 sowie in allen wirtschaftlichen Angelegenheiten ihrer Wähler die Freiheit des Wortes und der Abstimmung zugesichert werde.

Pantz und Kemetter machten es aber schließlich billiger. Sie ließen sich endlich vom Klub der christlichsozialen Abgeordneten doch wieder aufnehmen, ohne daß eine Bedingung an ihren Wiedereintritt geknüpft worden wäre. In der „Reichspost“ vom 27. November d. J. wird über diese Wiederaufnahme folgendes berichtet:

Die Christlichsoziale Vereinigung deutscher Abgeordneter hielt heute während und nach der Hausung unter Vorsitz des geschäftsführenden Obmannes Abgeordneten Schoiswohl eine mehrstündige Klubberatung ab, in der zunächst das Ansuchen der Abgeordneten v. Pantz und Kemetter um Wiederaufnahme in den Klub als ordentliche Mitglieder behandelt wurde. Der Vorsitzende brachte die ausführlich motivierten Anmeldungen der beiden Herren zur Kenntnis der Vereinigung, worüber dieselbe in eine längere Erörterung einging. Als deren Ergebnis wurde in geheimer Abstimmung beschlossen, dem Ansuchen zu entsprechen und die Anmeldung des Wiedereintrittes der Abgeordneten v. Pantz und Kemetter zur Kenntnis zu nehmen; jedoch erklärte der Klub, daß an diesen Wiedereintritt keine Bedingungen geknüpft werden dürfen.

Bezüglich der Abstimmung über den sogenannten 17 Millionen-Antrag wurde neuerlich konstatiert, daß der Klub schon vor der Anmeldung der Abgeordneten v. Pantz und Kemetter zum Wiedereintritt deren Freigabe beschlossen hat. Im übrigen wurde auf den Wortlaut des § 6 der Klubstatuten verwiesen, der alle Mitglieder in gleicher Weise bindet: „In grundsätzlichen, politischen, nationalen und religiösen Fragen haben die Mitglieder sich einem ordnungsgemäß gefaßten Beschluß der Vollversammlungen zu fügen, und zwar in der Weise, daß sie weder in den Ausschüssen noch im Hause gegen einen solchen Beschluß sprechen oder stimmen. In wirtschaftlichen und Landesfragen besteht für die einzelnen Mitglieder rücksichtlich ihrer Stellungnahme volle Freiheit. Im Falle des Zweifels entscheidet über Zwang oder Freiheit die Vollversammlung.“

Die Freigabe der Abstimmung über den 17 Millionen-Antrag kommt wohl etwas verspätet und ist jedenfalls nur darauf zurückzuführen, daß in der Zwischenzeit den Christlichsozialen wegen ihrer Haltung gehörig zugefetzt wurde. Bei der nächsten Gelegenheit wird sich das gleiche Spiel wiederholen.

Die Eisenbahnwähler der Herren Pantz und Kemetter werden aber von dem Eiertanz zwischen christlichsozialer Partei und Vertretung der Eisenbahnerinteressen nicht sehr erbaut sein und sie werden denn doch die nur für die Wähler hergerichteten Austritte und Wiederaufnahmen der Herren Pantz und Kemetter durchschauen, trägt doch die ihnen vorgelegte Komödie den Titel: Pakt schlägt sich, Pakt verträgt sich.

Ausland.

Die Eisenbahnunfälle Englands und ihre Entschädigung.

Für den Jahreskongreß der größten Eisenbahnorganisation Englands, der Amalgamated Society of Railway Servants, der kürzlich stattfand, war ein Bericht vorbereitet, welcher die zunehmende Zahl der Eisenbahnunfälle veranschaulicht, und zwar für eine ganze Reihe von Jahren. Die Daten zu dem Bericht waren die periodischen Veröffentlichungen des britischen Handelsamtes entnommen und sind daher authentisch. Es ergibt sich daraus, daß während der letzten elf Jahre eine stete Zunahme der unfallverletzten Eisenbahnbediensteten zu verzeichnen war, während die Zahl der durch Eisenbahnunfälle getöteten Bediensteten einer Schwankung unterworfen war, im gesamten aber eine nur unbedeutende Verminderung erfuhr. Die Zahl der getöteten und verletzten Eisenbahnbediensteten in den Jahren 1901 bis 1911 war nämlich wie folgt:

Table with 3 columns: Jahr, Zahl der Getöteten, Zahl der Verletzten. Data for years 1901-1911.

Dieser Aufstellung war auch eine Uebersicht angefügt, woraus zu ersehen ist, in welchem Ausmaße die Unfälle zu einer Entschädigung führen. Die Vertreter der Organisation führen schon jahrelang einen erbitterten Kampf, um die Bestimmungen des britischen Unfallversicherungsgesetzes zugunsten der verunglückten Bediensteten zu gestalten. Daß ihnen dies zu einem Teil gelingt, erhellt daraus, daß die zur Auszahlung gelangenden Entschädigungen relativ hoch sind, ebenso wie die Zahl der entschädigten Fälle von Jahr zu Jahr zunimmt. Schließlich wird auch die Form der Abfertigung rege gehandhabt, doch sind die Abfertigungssummen ziemlich bedeutend. Die entschädigten Fälle und die darauf entfallenden Beträge sind aus der folgenden Tabelle ersichtlich:

a) Tödlliche Unfälle:

Table with 4 columns: Jahr, Zahl der Fälle, Gesamtbetrag der ausbezahlten Entschädigung in Pfund Sterling, Schilling, Pence.

b) Unfallverletzungen:

Table with 4 columns: Jahr, Zahl der Fälle, Betrag der wöchentlichen Unterhaltungen in Pfund Sterling, Schilling, Pence.

c) Abfertigungen bei Unfallverletzungen:

Table with 4 columns: Jahr, Zahl der Fälle, Gesamtbetrag der Abfertigungen in Pfund Sterling, Schilling, Pence.

Das Stückzeitsystem in den preussischen Eisenbahnhauptwerkstätten.

Von L. Brunner (Berlin).

Um den 1. Oktober herum ist in allen Hauptwerkstätten der preussischen Staatsbahnen das neue Entlohnungssystem eingeführt worden. Die Neuerung besteht in der Anwendung des Stückzeitverfahrens an Stelle des bisherigen Stückpreisverfahrens. Die Bedeutung des neuen Verfahrens besteht darin, daß beim Einzel- wie beim Gruppenakkord mit einer Erhöhung des Lohnsatzes auch der Verdienst ohne Verringerung der Stückzeit in gleichem Maße steigt. Beim Gruppenakkord wird der Verdienst seines Teilnehmers geringer, wenn den Stundenlohn eines oder mehrerer Teilnehmer sich erhöht. Der Lohnsatz soll jedem Arbeiter auch dann als Mindesteinkommen gewährleistet sein, wenn er ohne sein Verlangen den Akkord nicht erreicht. Während nun die Eisenbahnverwaltung sich von dieser Neuerung eine recht günstige Wirkung auf die Werkstättenarbeiter versprach, machten sich unter diesen sehr erhebliche Bedenken gegen das neue Akkordverfahren bemerkbar, und nachdem nun die ersten Lohnzahlungen auf Grundlage dieses neuen Berechnungsverfahrens erfolgt sind, zeigt sich, daß die Bedenken der Arbeiter nur zu berechtigt waren.

Es sind fast gar keine Probearbeiten gemacht worden zur Ermittlung der Stückzeit, und wo Probearbeiten gemacht worden sind, geschah das in einer Weise, die dem Zweck nicht dienlich. So kamen denn bei der ersten Lohnzahlung die unglaublichsten Resultate heraus. Der Stundenlohn soll so bemessen sein, daß nach den festgesetzten Stückzeiten etwa 20 Prozent Akkordüberschuß erzielt wird. Jetzt bekamen in ein und derselben Werkstätte einzelne Arbeiter bis zu 40 Prozent, andere aber viel weniger als 20 Prozent, wieder andere kamen nicht auf ihren Lohnsatz.

Für den ersten Moment sollte den Arbeitern der bisherige Verdienst gesichert sein, wenn sich, wie das bei Neuerungen in der Regel der Fall ist, Unbequemlichkeiten herausstellen, die aber rasch beseitigt werden sollten. Das ist jedoch nicht geschehen, vielmehr haben viele Handwerker und Arbeiter einen Lohnausfall gehabt, der 10 Mk. und sogar bis 30 Mk. betrug.

Das neue Akkordsystem dürfte der preussischen Eisenbahnverwaltung noch viel zu schaffen machen, denn es zeigt sich, daß es in der Praxis sich durchaus nicht so bewährt, wie es nach der Theorie sich bewähren sollte. Dagegen stellt sich etwas bei der neuen Berechnung des Verdienstes heraus, was man vorher sicher nicht in Betracht gezogen hatte. Es kommen die beim bisherigen System eingewurzelten „Schiebungen“ ans Licht. So mancher Schmaroker erzielt guten Verdienst ohne sich anzustrengen, während andere, trotz ihrer Geschicklichkeit und fleißiger Arbeit, sehr geringen Verdienst hatten. Die Bloßstellung dieser Schiebererei wird manchem Werkmeister und Werkführer nicht angenehm sein, und wenn dem neuen Akkordverfahren eine gute Seite abgenommen werden kann, so ist es die, daß den sogenannten Schiebern der Boden so ziemlich entzogen wird. Die Vorgesehenen werden aber neue Mittel erfinden, womit sie die ihnen mißliebigen Arbeiter drücken und schikanieren können, dazu bietet jedes Akkordverfahren Gelegenheit, und die Beseitigung jeder Akkordarbeit wird deshalb in der nächsten Zeit von den Eisenbahnarbeitern in Preußen noch entschiedener und nachdrücklicher gefordert werden als bisher.

Ueber die Stückzeitverfahren kursieren in unserer Tagespresse die sonderbarsten Nachrichten. So ist eine Korrespondenz durch eine ganze Reihe von Zeitungen gegangen, in der es heißt:

„Da nun der Lohn so eingerichtet ist, daß er mit dem zunehmenden Alter steigt, so erhöht sich der Arbeitsverdienst der Staatsbahnarbeiter mit dem zunehmenden Dienstaalter. Es ist also hinsichtlich nicht allein die Arbeitsleistung, sondern auch das Alter des Arbeiters für die Höhe seines Verdienstes maßgebend. Durch das neue Lohnsystem wird einem lang gehegten Wunsch der Arbeiter erfüllt, nämlich der, daß die Höhe des Verdienstes mit zunehmendem Alter, wenn auch die Ansprüche an die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Mannes steigen, ein höheres Einkommen zu erzielen.“

Was hier als ganz neu hingestellt und mit dem neuen Akkordsystem in Verbindung gebracht wird, ist etwas ganz altes. Der Lohn der Staatsbahnarbeiter war schon von jeher so eingerichtet, daß er mit dem zunehmenden Dienstaalter steigt. Auch in den Werkstätten war das der Fall, der Arbeiter einer höheren Altersstufe erhielt auch in bisherigen Akkordverfahren stets mehr als der einer niedrigeren Altersstufe, vorausgesetzt, daß eine reelle, genau nach den Vorschriften sich richtende Berechnung des Verdienstes erfolgte. Daran aber krankte das alte System am meisten, und das ist auch die Krankheit des neuen Systems.

Eine Konferenz der Eisenbahner Deutschlands.

In den letzten Tagen fand eine aus Vertretern der Ortsgruppen und Einzelmitglieder der Reichssekktion der Eisenbahner des Deutschen Transportarbeiterverbandes zusammengesetzte Konferenz statt. Es ist bezeichnend für den Terrorismus der preussischen Staatsbahnverwaltung, daß mit Rücksicht auf die Teilnehmer Ort und Zeit der Konferenz geheimgehalten werden muß. Es war dies die erste Konferenz seit dem Anschluß des Verbandes der Eisenbahner Deutschlands an den Transportarbeiterverband. Der Besuch war ein außerordentlich starker. Vertreten waren mit Ausnahme der bayerischen, badischen und württembergischen alle Staatsbahnen und einige Privatbahnen. Bei der Einberufung der Konferenz war besonderes Gewicht darauf gelegt worden, daß als Delegierte nur aktive Eisenbahner gewählt wurden, die mindestens ein Jahr dem Verband als Mitglied angehört haben.

Die Konferenz hatte verschiedene wichtige Angelegenheiten zu erledigen, von denen wir hier nur folgende Beschlüsse registrieren:

An Stelle des bisherigen Einheitsbeitrages von wöchentlich 40 Pf. wurden die Klassenbeiträge von 40, 45 und 50 Pf. festgesetzt, mit der Maßgabe, daß die Ortsgruppen selbst bestimmen können, welcher Beitragsklasse

sie angehören wollen. Die besonderen Unterstützungsätze sind aufgehoben worden und haben die Mitglieder der Reichssekktion der Eisenbahner nunmehr Anspruch auf die vollen vom Verband gewährten Unterstützungen nach Maßgabe ihrer Beitragsleistung.

Zur Frage des Koalitionsrechtes hat die Konferenz ebenfalls erneut Stellung genommen und einstimmig folgende Erklärung beschlossen:

„Auf das allen Arbeitern und Bediensteten im wirtschaftlichen Dingen unentbehrliche volle Koalitionsrecht können auch die in Staatsbetrieben Beschäftigten nicht verzichten. Die Selbstschätzung gebietet allein schon den Eisenbahnbediensteten, an diesem Rechte unbedingt festzuhalten, weil durch Preisgabe desselben sich der Eisenbahner selbst zum Staatsbürger zweiter Klasse degradieren würde.“

Die Reichssekktion der Eisenbahner und ihre Organe propagieren nicht den Streit, sondern sind stets bestrebt, den berechtigten Wünschen der Eisenbahner durch Anwendung friedlicher Mittel Geltung zu verschaffen und dadurch den Streit und die Verübung ähnlicher Kampfmittel von den staatlichen Verkehrsanstalten fernzuhalten. Die Reichssekktion der Eisenbahner erklärt in Uebereinstimmung mit dem internationalen Transportarbeiterkongreß in Wien 1908, daß mit Rücksicht auf die volkswirtschaftliche Bedeutung der Eisenbahnen und aller staatlichen Verkehrsanstalten der Streit oder die passive Resistenz zwecks Erringung besserer Arbeitsbedingungen oder sonstiger wirtschaftlicher Vorteile nur als letztes Mittel in Anwendung gebracht werden darf, wenn sich weder auf dem Wege der Verständigung der Organisation mit den Eisenbahnverwaltungen oder durch das Parlament eine notwendige Verbesserung der Lage des Personals erreichen läßt, und auch dann nur, wenn die Stimmung der Bevölkerung nicht gegen die Anwendung solcher Machtmittel ist.

Das letzte und gerade deshalb unentbehrliche Mittel im wirtschaftlichen Kampf ist der Streit, dessen Anwendung nach Erschöpfung aller anderen Mittel, das unveräußerliche Recht aller Arbeiter bleiben muß.

Sie bestrebt die Gewähr für die Fernhaltung des Streiks erblickt die Konferenz in der gegenseitigen Anerkennung der gewerkschaftlichen Organisation und deren Mitbestimmungsrecht bei Festsetzung und Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen.“

Ferner hat die Konferenz beschlossen, beim Sekretariat der Internationalen Transportarbeiterföderation zu beantragen, daß auf die Tagesordnung des im nächsten Jahre in London stattfindenden Transportarbeiterkongresses gesetzt wird: Das Koalitionsrecht und seine Anwendung auf staatliche Verkehrsanstalten.

Aus dem Gerichtssaal.

Die moralische Hinrichtung des Vizepräsidenten des „Reichsvereines“.

(Herr König als gewöhnlicher Lump neuerlich gerichtlich stigmatisiert.)

Wir haben in Nummer 21 unseres Blattes, ausführlich über eine Gerichtsverhandlung berichtet, die in Wiener-Neustadt stattfand und in welcher Genosse Adolf Müller von der gegen ihn erhobenen Anklage, König als „gewöhnlichen Lumpen“ bezeichnet zu haben, freigesprochen wurde.

Am 27. d. M. fand in Wiener-Neustadt die Verurteilungsverhandlung in derselben Sache statt. Genosse Adolf Müller wurde nach zweimaliger Vertagung der Verhandlung neuerlich freigesprochen, beziehungsweise wurde das erstinstanzliche Urteil vollinhaltlich bestätigt. Wir werden in der nächsten Nummer unseres Blattes ausführlich über die Verhandlung berichten.

Der Unfall eines Eisenbahnbediensteten in der Mittagspause im turnusmäßigen Dienst ist kein entschuldigungsberechtigter Betriebsunfall. (Schiedsgericht.) Das Schiedsgericht der Berufsständigen Unfallversicherungsanstalt der österreichischen Eisenbahnen in Wien hatte am 1. Oktober 1912 über die Rechtsfrage eines verunglückten Eisenbahners zu entscheiden, in der die Frage des Unfalles auf dem Wege zur Arbeit, den ständigen Punkt bildete. Dabei handelte es sich um folgendes:

Ein Bahnhofsportier, der am 6. Februar 1912 im turnusmäßigen Dienst stand, suchte in der Mittagspause seine vom Bahnhof zehn Minuten entfernte Wohnung auf, um daselbst ein Mittagessen einzunehmen. Er hatte hierzu die Erlaubnis von dem an genannten Tage davon Gebrauch. Als er nach beendetem Mittagessen wieder in den Dienst gehen wollte, fiel er bei seinem Wohnhaus nieder und verletzte sich den rechten Fuß.

Die Berufsständigen Unfallversicherungsanstalt, an die der Verletzte sich wegen einer Entschädigung gewandt hatte, bestritt die Ereignung eines Betriebsunfalles und lehnte die Zahlung einer Entschädigung ab. In der hierauf beim Schiedsgericht eingeleiteten Klage verwies der Verletzte darauf, daß die Mittagspause auch zum Dienst gehöre, zumal es ihm erlaubt war, den Dienst zu verlassen, um das Mittagessen in der Wohnung einzunehmen.

Das Schiedsgericht aber schloß sich der Auffassung der Anstalt an und wies den Entschädigungsanspruch als ungerichtet ab, weil im Gesetz nicht begründet, ob. In der Begründung des Urteils wird gesagt, der § 1 des Unfallversicherungsgesetzes bestimme ausdrücklich, daß die Arbeiter und Betriebsbeamten eines versicherungspflichtigen Betriebes nur gegen die Folgen der bei dem Betrieb ereignenden Unfälle versichert seien. Das heißt, ein Arbeiter ist nur solange versichert, als er im Dienste steht, und ist nur gegen solche Unfälle versichert, welche sich bei einer dienstlichen Verrichtung ereignen. Die Tatsache, daß sich ein Unfall innerhalb der turnusmäßigen Dienstzeit ereignet, genügt allein nicht zur Annahme eines Unfalles beim Betrieb, so ist nur die erste Voraussetzung; um einen Unfall beim Betrieb annehmen zu können, muß noch die zweite und wichtigere Voraussetzung — ein tatsächlicher Zusammenhang der Tätigkeit, bei welcher sich der Unfall ereignete, mit dem Betrieb — gegeben sein, der Unfall muß sich in Ausübung des Dienstes ereignet haben. Von diesem Standpunkt aus — so heißt es in der Begründung weiter — sind auch die Ausführungen des Klägers, auf welche er seinen Anspruch stützt, vollkommen belanglos; wenn auch die Mittagspause zum Dienst gerechnet wurde, so wäre damit noch immer nicht gesagt, daß jeder Unfall während der Mittagspause auch ein Unfall beim Betrieb ist. Aber auch der Hinweis des Klägers, daß die Mittagspause kurz war und er daher in den Dienst eilen mußte, konnte zugunsten der Klage nicht verwertet werden, weil der Kläger gar nicht angeben konnte, wie lange die Pause in der Mittagspause war, so daß ein Maßstab für die Abschätzung der notwendigen Zeit zum Mittagessen fehlt. Aber selbst wenn nachgewiesen wäre, daß die Mittagspause nur kurz war, so könnte mit der Eile nicht operiert werden, weil nicht

nachgewiesen werden kann, daß sie wegen des Dienstes antrittes notwendig war. Der Kläger konnte ebenso gut mit dem Verlassen des Sauses aus einem anderen Grunde gesäumt haben, so daß er infolge dieser Verfassung eilen mußte; aus all diesen Gründen konnte ein Unfall beim Betrieb nicht angenommen werden.“

Die Urteilsbegründung sucht zwar sich strift an dem Gesetz anzupassen, das beweist aber noch nicht, daß die Entscheidung auch gerechtfertigt ist. Im Gegenteil, manche Schlussfolgerungen darin erscheinen stark bei den Saaren herbeigezogen. Am Ende kommt man nicht darüber hinweg, daß ein Eisenbahnbediensteter, der seinen Dienst für knappe Zeit unterbricht, um sein Mittagessen einzunehmen, doch nur physisch aus seinem Dienste ausgeschaltet ist. Geistig ist er von seiner Berufspflicht durchaus nicht losgelöst, denn das Bewußtsein seiner dienstlichen Gebundenheit wirkt in ihm fort, und schon dieser Umstand schafft eine Brücke zu dem Zusammenhang zwischen Berufstätigkeit und dem Unfall, der sich in der Pause zugetragen. Das trifft auch im vorliegenden Falle zu, und man muß sagen, daß der Verletzte sich, als der Unfall ihm geschah, im vollsten Sinne des Wortes im „Damm“ des Betriebes befunden hat.

Durch Schreckwirkung herabgeminderte Arbeitsfähigkeit. (Schiedsgericht.) Anton Wolf, Lokomotivführer der k. k. Staatsbahnen in Stadlau, hat am 7. November 1910 im Heizhausraum Marchegg einen Unfall erlitten. Die von ihm geführte Maschine drohte mit einer anderen zusammenzustößen, worüber Wolf auf das heftigste erschrak. Trotz aller seiner Bemühungen fuhr die von ihm geleitete Maschine an eine andere im Heizhaus stehende an. Infolge dieses Unfalles, der eine starke Schreckwirkung auf Wolf ausgeübt hatte, war dieser sechs Wochen krank und dienstunfähig. Nach Wiederantritt des Dienstes wurde Wolf vom Verkehrsdienst abgezogen und als Pumpenwärter verwendet.

Die Unfallversicherungsanstalt hatte Wolf nach Einstellung der Heilbehandlung jede weitere Entschädigung verweigert, mit der Begründung, daß Unfallsfolgen nicht mehr vorhanden seien und die Abziehung vom Verkehrsdienst nicht wegen einer Erkrankung, sondern aus administrativen Gründen erfolgte. Gegen diese Entscheidung brachte Wolf durch Dr. Anton Braß Klage beim Schiedsgericht ein. Bei der am 19. Oktober 1912 unter Vorsitz des Oberlandesgerichtsrates Dr. Cap durgeführten Verhandlung wurde der Bahnarzt aus Marchegg, Dr. Waidler, als Zeuge vernommen. Der genannte Bahnarzt bestätigte, daß sich Wolf am Tage nach dem Unfall bei ihm als krank gemeldet hatte und daß er eine sichtlich objektive nachweisbare Einwirkung des erlittenen Schocks konstatierte. Die vernommenen Sachverständigen, Herr Dozent Dr. v. Stejskal und Dr. Hoebel, gaben an, daß zwar bei Herrn Wolf noch andere Gesundheitsbeschwerden vorliegen, daß aber sicherlich die Schreckwirkung des Unfalles bedeutend gewesen sein müsse und eine gewisse Beeinträchtigung der Arbeitsfähigkeit zur Folge hatte. Unter Hinweis auf die Aussage des Herrn Dr. Waidler und das Gutachten der Sachverständigen, führte Dr. Braß sodann aus, daß dem Kläger zweifellos eine Entschädigung gebühre und daß, selbst wenn man die Abziehung Wolfs vom Verkehrsdienst als rein administrative Verfügung auffassen will, Wolf schon wegen seiner zweifellos durch den Unfall geminderten Arbeitsfähigkeit einen Anspruch auf eine Invalidenrente habe.

In Akzeption dieser Ausführungen verurteilte das Schiedsgericht die beklagte Anstalt, dem Kläger eine 15prozentige Rente, monatlicher Kr. 29.88, sowie an Nachzahlung einen Betrag von Kr. 675.74 und die Gerichtskosten zu bezahlen, wobei der Vorsitzende Oberlandesgerichtsrat Cap in der Begründung ausführte, das Gericht sei auf Grund der Zeugenaussage und des Sachverständigengutachtens zur Ueberzeugung gekommen, daß die erlittene Schreckwirkung noch heute die Arbeitsfähigkeit Wolfs beeinträchtigt und daher der Anspruch einer 15prozentigen Rente dem Kläger angemessen erscheine.

Streiflichter.

Deutschnationale Schrittmacher für die Entrenchtung der Eisenbahner. Um seinen alten Traditionen nicht untreu zu werden, seit der „Deutsche Eisenbahner“ in seinen letzten zwei Nummern wieder einige dummbreite Lügen gegen uns aus. In seiner Folge 22 bestreift er sich in einem Leitartikel mit der Schrift unseres Redakteurs über „Das Koalitionsrecht der Eisenbahner im österreichischen Strafgesetzbuch“, wobei das Blatt die gewiß vielen interessierenden Entdeckung macht, daß wir, die Sozialdemokraten, die eigentliche Schuld daran tragen, daß von der Regierung ein derartiger, die Eisenbahner bedrohender Gesetzentwurf zustandegebracht wurde. Warum? Weil wir gegen den deutschnationalen Eisenbahnergesetzentwurf der Herren Kron, Michl und Weidenhoffer setzten und so durch die Verbindung seiner Gesetzwendung, die Regierung indirekt bedrogen, einen anderen, viel schlechteren Gesetzentwurf einzubringen. Nun ist es erstens schon recht faudumm, zu behaupten, die Regierung hätte, wenn der deutschnationale Entwurf bereits Gesetz wäre, keine Handhabe gehabt, ihren Entwurf einzubringen, um so mehr, wo es sich um eine seit vielen Jahren fällige Reform des allgemeinen Strafgesetzbuches handelt. Und zweitens: welcher Unterschied besteht zwischen den § 163, den die Regierung vorschlägt, und zwischen den § 124, den die parlamentarischen Vertreter des Reichsbundes vorschlagen? Man sehe sich doch einmal den Unterschied genau an:

§ 163 des Regierungsentwurfes zur Reform des Strafgesetzes: § 163. 1. Wer in einer Druckschrift oder öffentlichen Versammlung oder vor einer Versammlung Menge dazu auffordert oder es anpreist, Pflichten nicht nachzukommen, die sich aus einem Gesetz, einer Verordnung, einer Anordnung oder Dienstvorschrift einer öffentlichen Behörde ergeben; 2. wer eine Verbindung zu dem Zweck gründet, solche Pflichten nicht zu erfüllen, oder wer für sie Mitglieder werbt, wird wegen Vergehens mit Gefängnis oder Haft von drei Tagen bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe von zwanzig bis zu zweitausend Kronen bestraft.

§ 124 des deutschnationalen Eisenbahnergesetzentwurfes: § 124. Mit Kerker wird in der Dauer von sechs Monaten bis zu vier Jahren Kerker bestraft: Wer die Bahninpektoren, Mitglieder des Personalbeirates oder Organe der Generalinspektion gewalttätig an der Ausübung ihrer Pflichten hindert oder zu hindern versucht. Mit Kerker in der Dauer von einem bis sechs Monaten wird bestraft: Wer vor Ablauf der Vertragsfrist zum Lohnkampfe aufreizt oder zu diesem verleitet.

Wie man sieht, sind die beiden Bestimmungen einander ähnlich, wie ein Ei dem anderen. Der Unterschied ist bloß der, daß während die deutschnationalen Antragsteller die vorbereitende Handlung zu einem Lohnkampf der Eisenbahner unter Strafandrohung gestellt wissen wollten, geht die Regierung um einen Schritt weiter, indem sie jede Aufforderung „Pflichten nicht nachzukommen“, bestraft wissen will.

Aber die Rehnlichkeit im ganzen, weist deutlich genug darauf hin, daß der Regierung der deutschen nationale Entwurf als Muster vorlag, als sie die gegen die Eisenbahner gerichteten Bestimmungen in ihrem Strafgesetzentwurf formuliert. Also sollte heute, wo es klar ist, daß es die Deutschenationalen waren, die der Regierung den Weg wiesen, wie man die Eisenbahner knebelt, der „Deutsche Eisenbahner“ hübsch ruhig sein!

Zum zweiten, fällt uns der „Deutsche Eisenbahner“ an, weil wir die vom Subkomitee des Sozialversicherungsausschusses beschlossene Gleichstellung des Betriebsunfalles mit dem Verkehrsunfall eine „kleine Besserung“ nannten, während es in Wahrheit eine wichtige Errungenschaft ist. Und so meint der „Deutsche Eisenbahner“, der sich wieder ein Verdienst auf seine Fahne schreiben möchte:

„Die Beseitigung der Ungerechtigkeit, die so drückend war, weil eben dadurch ein Verlehter in einen geringeren Bezug kam, als er in seiner Gesundheit erzielte, nennen die Sozialdemokraten eine kleine Verbesserung.“

Aus dieser wegwerfenden Bezeichnung ist gewiß deutlich genug der Horn herauszusehen, daß nicht sie es waren, die diese bedeutungsvolle Verbesserung errungen haben, weil eben sie sich nie besonders dafür eingesetzt haben.“

Wer nun unseren Bericht in der Nummer 92 unseres Blattes gelesen hat, der wird daraus ersehen haben, daß wir von einer „kleinen Verbesserung“ lediglich mit dem Hinweis auf die beschlossene Verschlechterung in der Unfallversicherung sprachen, die allerdings der „Deutsche Eisenbahner“ nicht gelten läßt, weil er die heutige Selbstverwaltung in der Berufsgenossenschaft lieber an die Bahnverwaltung preisgegeben sieht, als daß er sie von sozialdemokratischen Personalvertretern gelübt sehen will. Aber wenn schon der „Deutsche Eisenbahner“ es will, so können wir ruhig die beschlossene Gleichstellung der Rente eine „wichtige Errungenschaft“ nennen, und zwar mit umso größerem Vergnügen, als unser Kampf dafür auf gute zehn Jahre zurückdatiert. Schon am zweiten österreichischen Eisenbahnkongress zu Wien, der in den Tagen vom 7. bis 9. Dezember 1902 stattfand, erklärte nämlich der damalige Referent über die „Unfallversicherung Genosse Dr. Verlaug:

„Wir verlangen in erster Linie, daß die Zweiteilung der Rente in eine 60. und eine 90prozentige verschwinde. Wir glauben, daß der verunglückte Eisenbahner in seinen Hoffnungen, die er zur Bahn brachte, genug getroffen wurde und nicht noch sonst getroffen werden soll. Die kommt der Werkstättenarbeiter, wie kommt der Oberbauarbeiter, wie kommen alle jene Bediensteten, die nicht im egyptischen Dienst tätig sind und das Angeld haben, bei ihrer beruflichen Tätigkeit einen Unfall zu erleiden, dazu, nur einen Ersatz von 80 Prozent des erlittenen Schadens zu erhalten? Wir verlangen also, daß die Teilung falle, und fordern, daß dem verunglückten Eisenbahner voller Ersatz des ihm entgehenden Verdienstes gewährt werde.“

Also sind die Herren „Reichsbändler“ wieder einmal um ein Jahrzehnt zu spät aufgestanden, wenn sie meinen, daß wir uns bisher um diese Ungerechtigkeit nie kümmerten, und daß es ihr Verdienst sei, wenn man heute die in Rede stehende Bestimmung heiligt. Aber auf eine Lüge mehr oder weniger kommt es den Herren schon nicht an.

Von den Friedländer Bezirksbahnen. Von unterriäter Seite wird uns geschrieben: Immer unerträglicher wird es bei diesen Bahnen. Man schikaniert das Personal, wo sich nur der kleinste Anlaß hiezu bietet. In neuester Zeit ließ die Direktion ein Zirkular vom Stapel, welches wohl einer Kritik unterzogen werden muß. Auf die Generalinspektion redet man sich aus und sagt, daß eine Inspizierung durch diese Behörde erst aufgeschüttet hätte, daß der Verkehrsdienst nicht in der Weise ausgeübt wird, wie es dieser wichtige Dienstzweig erfordert. Hat dies die löbliche Direktion nicht schon früher gewußt? Alle Bediensteten wissen es, und wenn die Generalinspektion diese Mängel erst jetzt entdeckt, so muß man sich doch wundern, wie die Verwaltung in diesem Falle die Mängel abstellen wollte und wie sie dabei vorgeht. Nicht das Personal wird vermehrt, keine Erleichterungen im Dienste werden geschaffen. Trotz der aufgedeckten Mängel wird aufs äußerste reduziert. Arbeiten, die früher von drei bis vier Bediensteten bewältigt wurden, müssen jetzt von einem einzigen Bediensteten besorgt werden. Daß solche Maßregeln den Dienst beeinträchtigen, ist klar und ein jeder muß einsehen, daß unter solchen Einschränkungen alles, was zur anstandslosen Abwicklung des Dienstes nötig ist, von dem reduzierten Personal nicht korrekt besorgt werden kann. Um das kümmert sich aber die Verwaltung der Fr. B. B. nicht. Weh! so lange, als es geht! Und wenn schon einmal von der Aufsichtsbehörde beanstandet wird, so erläßt man einfach einen Maß, worin von dem Personal unter verschiedenen Drohungen die Abstellung der Uebel verlangt wird. In puncto Verlangen, Drohungen und Strafen ist die Verwaltung nobel. Daß so ein Fr. B. B. Bediensteter seine Instruktionen, Tarife u. s. w. auch kennen muß, ist ja selbstverständlich; doch woher soll er die nötige Zeit nehmen, um sich mit diesen Befehlen vertraut zu machen? Von früh bis abends eingespannt, und ist der Tag zu Ende, da hebt er sich auch nach der Ruhe. Bei der gegenwärtigen unerschwinglichen Teuerung, bei dieser Entlohnung und Behandlung wird man des Lebens bei den Fr. B. B. überdrüssig. Das alles schreit die Berliner Zentralverwaltung nicht ab, noch weitere Ersparnisse zu machen und noch weiter zu reduzieren. Sie ist doch nicht für das Werkel verantwortlich, dazu hat sie doch ihre Betriebsdirektion in Friedland. Da kommt ein Berliner Regierungsbaumeister nach dem anderen, hält sich einige Tage in Friedland auf, um Diäten zu schönden und das Personal zu reizen. Kaum haben sie Friedland verlassen, hört man schon die Erfolge dieser Reisen, die Sparrerei geht in erhöhter Maße weiter. Dies alles sollte auch unsere oberste Behörde bei ihren Inspizierungen berücksichtigen. Wir meinen, daß wohl in absehbarer Zeit, sollten die Verhältnisse sich nicht ändern, das Personal zur Selbsthilfe greifen muß, um sich erträgliche Existenzbedingungen zu schaffen und eine humane Behandlung zu sichern. Dann darf es aber kein Zurückweichen geben, bis alle diese Uebel ihre Beseitigung gefunden haben. Die Generalinspektion machen wir aufmerksam, daß es ihre Pflicht ist, bei der nächsten Inspizierung sich die Heberzeugung zu verschaffen, ob der Verkehrsdienst so abgewickelt werden kann, wie sie es verlangt. Sollte diese Behörde nicht imstande sein, die preussische Verwaltung zur Befolgung österreichischer Befehle anzuhalten; dann werden die Bediensteten der Fr. B. B. den Weg ins Parlament finden und den Weg der Selbsthilfe gehen. Die Bediensteten sind am Ende ihrer Geduld und Kraft angelangt.

Deputation des Versahnpersonals beim Eisenbahnminister. Am 18. November sprach bei Sr. Erzellenz dem Herrn Eisenbahnminister eine Deputation des Versahnpersonals, bestehend aus den Genossen Aneidinger, Deder und Winkler, wegen „Gewährung der anberthaltenden Dienstzeitaurechnung“ vor.

Die Deputation schilberte dem Minister den Dienst dieses Personals und machte ihn besonders darauf aufmerksam, daß es keinen Verschieber gebe, welcher 35 Jahre verschoben habe und heute eine Provision bezieht.

Der Minister erklärte, daß das Eisenbahnministerium dieser Frage nicht hinderlich im Wege stehe und werde diese Angelegenheit in kurzer Zeit dem f. f. Finanzministerium zur Entscheidung vorlegen.

Am Dienstag den 19. November begab sich dieselbe Deputation in die Departements 5 und 20a, in welchen ihr dieselbe Auskunft wie beim Herrn Minister zuteil wurde. Das Departement 20a erklärte, daß diese Angelegenheit dieses Parlament bereits ohne Einwendung passiert habe.

Hoffentlich wird das f. f. Finanzministerium zur Heberzeugung gelangen, daß die anberthaltende Dienstzeitaurechnung dem Versahnpersonal schon längst gebührt und daher der Sache nicht besonders hinderlich sein wird.

Ans Verschen. Die „Arbeiter-Zeitung“ schreibt: Vor einiger Zeit fanden ein paar Kinder in Basel beim Spielen einen menschlichen Fuß. Der graufige Fund wurde der Behörde mitgeteilt. Man ging der Sache gleich nach und was ergab sich? Die Behörde enthielt der Dessenlichkeit folgendes Kulturbild:

Es ist festgestellt worden, daß der auf dem Bruderholz aufgefundene Fuß einem Ende September verunglückten Bahnangestellten angehört hat, dem beide Füße abgefahren worden sind. Der eine Fuß ist aus Verschen unter Kohlenstraße geraten und mit dieser auf das Bruderholz gebracht worden.

Seid ihr nun nicht beruhigt? Jrgend einem simplen Bahnangestellten wurden die Füße vom Leibe gerissen. Na und da ist so ein Fuß unter die Kohlenstraße geraten. Da ist doch weiter nichts Absonderliches daran. Ein Verschen. Ein kleines Verschen. Und schließlich: was soll man denn mit dem abhanden gekommenen Fuße eines toten Bahnarbeiters machen? Soll man den vielleicht wirklich und ernstlich suchen? Nein, das ist Sentimentalität. Seien wir einsichtsvoll! Verwecheln wir nicht den Fuß eines Arbeiters mit der Brieftasche eines Börsenmachers oder dem Schöhhündchen einer Mätresse. Die Brieftasche und das Schöhhündchen müssen wir alle suchen, wenn sie verloren gingen. Das ist klar. Aber der Fuß eines toten Proletariats? In die Kohlenstraße damit und in den Mist. Und wenn ein kleines Waisentind auf dem Müllplatz nach einem Spielzeug sucht, beidi, wird das an den Knochen des toten Vaters seine Freude haben!

Eine Aktion der Werkstättenprofessionisten der Kaschau-Oberberger Bahn in Oberberg. Am 8. Februar d. J. begab sich eine Deputation der Werkstättenprofessionisten der Kaschau-Oberberger Bahn nach Budapest, um dem Herrn Generaldirektor dieser Bahn nach Budapest, um ein Memorandum vorzulegen, das folgende Wünsche dieser Bediensteten enthielt: 1. Stabilisierung der Werkstättenprofessionisten. 2. Eine 50prozentige Lohnaufbesserung für die im Taglohn stehenden. 3. Regelung der Arbeitszeit analog der der f. f. Staatsbahnen. 4. Gewährung eines 50prozentigen Affords für die Professionisten der Werkstätte Oberberg. Die Deputation wurde vom Herrn Generaldirektor sehr gut empfangen und dieser versprach sofort nach der ersten Direktionsführung die Durchführung des 50prozentigen Affords. Die Erfüllung der anderen Wünsche wurde gleichfalls in Aussicht gestellt. Da die Hauptwerkstätte Kutka einen 100prozentigen Afford hat und die Tischler in der Werkstätte Oberberg einen 50prozentigen Afford erhalten, wären die anderen Professionisten in Oberberg mit dem 50prozentigen Afford einverstanden gewesen. Jetzt ist aber schon bereits ein volles Jahr verstrichen. Das stabile Personal erhielt die bereits besprochene „Familien- und Funktionszulage“, die Professionisten aber keinen Heller. Es wurde diesen ein Trostschreiben der Generaldirektion vom dem Herrn Werkstättenchef vorgelesen. In diesem Schreiben wurde mitgeteilt, daß sich die Direktion damit befaßt, die im Taglohn stehenden Professionisten im Verhältnis ihrer Leistung zu entlohnen, und daß diese Einteilung im Oktober in Kraft treten dürfte, sie dürften im Verdienst mit den anderen Professionisten gleichgestellt werden. Was die Neuregelung der Arbeitszeit betrafte, könne die Direktion der Kaschau-Oberberger Bahn im Hinblick auf die Schwierigkeiten, welche sich aus einer solchen Maßnahme für die Arbeitseinteilung im ganzen Komplex ihrer Linien ergebe, von den bestehenden Normen nicht abgehen.

Hier sieht man am besten, welche Politik die ungarische Direktion treibt. Wenn es sich darum handelt, für die Professionisten auf der österreichischen Strecke eine Arbeitszeit gleich der der österreichischen f. f. Staatsbahnen einzuführen, so soll dies Schwierigkeiten auf dem ganzen Komplex ihrer Linien bedeuten. Wenn aber die ungarischen Professionisten in Kutka eine 100prozentige und die in der kleinen Filialwerkstätte in Zsolna, die erst einige Monate besteht, eine 50prozentige Affordprämie zum Taglohn erhalten, entstehen der Direktion keine Konsequenzen auf dem Komplex der österreichischen Linien! Man sieht daraus klar, daß die ungarische Direktion für ihre österreichischen Arbeiter rein gar nichts macht. Dafür werden die Oberberger Professionisten bei ihrer Arbeit wie die Hunde von seiten ihrer Vorgesetzten gejagt, und die Vorgesetzten sehen nicht ein, daß auch der Arbeiter leben muß. Bei der Monatsauszahlung erhielten die Professionisten Abzüge von 25 bis 30 Kr. Davon sollen Familien 14 Tage leben, teuren Mietzins zahlen, sich kleeiden, die Wohnung beleuchten und beheizen. Was die Hauptsache ist: bei diesen Abzügen sollen die Arbeiter noch recht fleißig schaffen. Infolge des schlechten Verdienstes begab sich nach der Auszahlung eine Deputation zum Werkstättenchef, um anzufragen, was eigentlich mit den verprochenen Affordprämien sei. Sie erhielten zur Antwort, die Direktion habe kein Geld und der Werkstättenchef könne aus seinem Sack nichts geben. Es bleibt daher diesen Arbeitern nichts anderes übrig, als sich an alle Abgeordneten zu wenden, sie mögen sich ihrer annehmen, daß man österreichische Arbeiter aus dem aussetzenden ungarischen kapitalistischen Joche befreit und daß diese endlich zu österreichischer Behandlung, Bezahlung und Rechten gelangen.

Die traurige Lage der Südbahnverladeschreiber. Man schreibt uns: Wenn es eine Kategorie auf der ganzen Südbahn gibt, die behaupten kann, daß für sie die Verwaltung der Südbahn seit dem Jahre 1907 nicht nur keine Verbesserungen, sondern nur Verschlechterungen geschaffen hat, so ist es die der Verladechreiber.

Die Verwaltung der Südbahn hat bekanntlich im Jahre 1907 für sämtliche Kategorien, ausgenommen die der Verladechreiber, Verbesserungen zugesagt mit der gleichzeitigen Bemerkung, daß sie alles, was auf den f. f. Staatsbahnen besteht, auch auf der Südbahn einführen wird.

Tatsächlich hat die Verwaltung im Jahre 1908 einige Kategorien, die auf den f. f. Staatsbahnen bestanden, auch auf der Südbahn eingeführt und stabilisiert, wie beispielsweise

Verschieber, Oberverschieber, Wagenschreiber, Kanzleigehilfen, Oberbauparadiesführer, Magazinbediener, Lampisten u. dgl. m. Allerdings ist für einige, die in die vorerwähnten Kategorien eingereiht wurden, die Lage sehr ungünstig; dies macht sich besonders bei der Kategorie der Magazinbediener und der der Kanzleigehilfen bemerkbar, allein es ist wenigstens der Anhang gemacht worden.

Nun betrachten wir einmal die total auf die Seite geschobene, vergessene, flüchtig behandelt und trotzdem überall gut verwendbare Kategorie der Verladechreiber. Obwohl diese Kategorie vor dem Jahre 1907 auf der Südbahn bestand und aus ihr, mit sehr wenigen Ausnahmen, alle übrigen Unterbeamtenkategorien hervorgegangen sind, ist die Kategorie der Verladechreiber bis heute noch nicht zur Stabilisierung gelangt, trotzdem man ihr jede weitere Aussicht mit dem Zirkular 385 dadurch abschneidet, daß man sie nicht benannte, sondern nur mehr „jene Schreiberkräfte“, die vor dem 1. Oktober 1907 als Aushilfschreiber in dem Dienste der Gesellschaft standen, noch unter den damaligen Bedingungen mit 1100 und 1200 Kr. zur Anstellung gelangen ließ.

Daß die Stationen zu dieser Zeit die meisten Aushilfschreiberposten mit den Verladechreibern besetzt hatten, welche jedoch aus gewissen Gründen — als (Affordanten) Magazinarbeiter der Verwaltung bekanntgegeben wurden, statt als das, als was sie faktisch verwendet waren, beweist die Kanzleiersonalaufnahme des Herrn Direktionskontrollors Medlinger vom Jahre 1910, wonach für die Station Graz 33 Verladechreiber als notwendig befunden wurden, welche teils in den Magazinen, teils bei der Verladung in den Magazinen Verwendung finden. Aus diesen Gründen ist leicht begreiflich, daß in der Station mit wenig Aushilfschreiberkräften gearbeitet wurde, wofür aber eine ziemliche Anzahl der Verladechreiber das Opfer bis heute geblieben sind.

Obwohl schon wiederholt seitens der Personalkommission und der Arbeiterausschüsse auf diese Zustände hingewiesen wurde, hat die Verwaltung bis heute für diese Bediensteten keine Entscheidung getroffen.

Aus den Amtsblättern.

Zirkular Nr. 210 der f. f. Staatsbahndirektion Wien. Befassung der Fahrbegünstigungen für erkrankte Arbeiter.

Laut Erlass des f. f. Eisenbahnministeriums vom 15. Oktober 1912, Z. 30.453/6a, können die für aktiv in Verwendung stehende Arbeiter der f. f. österreichischen Staatsbahnen normierten Fahrbegünstigungen (einschließlich der ihnen instruktionsgemäß oder übereinkommungsgemäß eventuell ausgefolgten dauernden Legitimationen, Freischeinbesitze zum Lebensmittelaufschub, Freitaxen für Kinder zum Schulbesuch und dergleichen) denselben auch in Erkrankungsfällen solange belassen werden, als das Arbeitsverhältnis nicht durch Kündigung, Entlassung, Provisionierung u. s. m. gelöst worden ist.

Die Gewährung von Fahrbegünstigungen für etwa während der Krankheitsdauer durch erkrankte Arbeiter selbst zu unternehmende Fahrten hat sich jedoch auf die im Punkt (7) h der Instruktion Nr. XII vorgesehene freie Fahrt zur ärztlichen Ordination oder in eine Krankenanstalt und sonst nur auf jene Fälle zu beschränken, in welchen es sich um eine vom Bahnarzt angeordnete oder laut bahngärtlicher Bestätigung ohne Nachteil für den Zustand der betreffenden Kranken zu unternehmende notwendige Fahrt handelt.

Im Krankenstand geführte Arbeiter, welche die in ihrem Besitz befindliche Legitimation zu anderweitigen Fahrten benutzen wollten, werden im Betretungsfalle zur Verantwortung gezogen werden.

Wien, am 24. Oktober 1912.
(Z. 2651/P.) Der f. f. Staatsbahndirektor:
Kollisko m. p.

Korrespondenzen.

Buffersdorf. (Todesfall.) Am 17. November fand hier unter zahlreicher Teilnahme der Kollegen und der Bevölkerung das Leichenbegängnis des Genossen A. Thuminger statt. Genosse Thuminger war ein langjähriges und treues Mitglied der Organisation. Wir werden ihm stets ein treues Angedenken bewahren.

Selbsthal. Anlaßlich des Eucharistischen Kongresses wurde auch die Station Selbsthal mit einer Remuneration bedacht. Wie immer und überall, so wurde auch hier in Selbsthal die Verteilung so vorgenommen, daß jene, die wirklich während des Kongresses mitgewirkt haben, wenig oder gar nichts erhielten. Auf die niederen Bediensteten und Arbeiter hat Herr Koller auch diesmal vergessen. Ja, es sollen sich unter den Beteiligten sogar solche Leute befinden, die während dieser Zeit auf Erholungsurlaub waren. Herr Inspektor Koller wird mit zunehmendem Alter immer mehr vergeßlicher. Vorigen Monat verstarb ein Wächterkontrollor, daß er den Wünschen des Wächterpersonals Rechnung tragen wird. Sein Vorgehen beweist gerade das Gegenteil. Erkrankt ein Wächter, so nimmt Herr Koller einfach einen Wächter vom Posten VII zur Substituierung weg, mit dem Bemerkung: „Es ist ja so wie so nichts zu tun.“ Nachdem dieser Posten häufig zum Verfalligen und Herbeiholen der Bremser abkommandiert wird, so kommt es oft vor, daß der Wächterkontrollor ganz allein am Platze ist. Solche kleinliche Drangsalierungen könnte man mehrere anführen, zum Beispiel Verteilung der Remunerationen für den Stationsumbau u. dgl. m. Mit solchen Vorgängen, wie sie Herr Inspektor Koller übt, wird sich kein Dienstvorstand das Vertrauen seiner Untergebenen festigen.

Wissau. (Aus dem Heizhaus der Südbahn.) Bevor sich im Wissauer Heizhaus der Wechsel vollzog und das Personal von der Neubesezung des Postens durch Herrn Ingenieur Bilhal Kenntnis erlangte, gratulierten sich damals die ganzen Bediensteten deshalb, weil es wieder einen Heizhauschef bekommen sollte, dem ein Ruf eines tüchtigen und umsichtigen Fachmannes als auch eines wenn auch strengen so doch objektiven und unparteiischen Vorgesetzten voranging, wie im April 1911 berichtet wurde.

Tatsächlich bewies sich Genannter in den ersten Monaten seines Antrittes als das, wofür ihm der Ruf voranging, da er durch seine Umsicht den wirklich sehr vernachlässigten Lokomotivpark in kurzer Zeit seiner Leistung derart herstellte, daß es eine Freude war, Dienst zu verrichten. Da seit dem Antritt des Heizhauspostens fast 1 1/2 Jahre verstrichen und keine Silbe von den hiesigen Heizhauszuständen in die Öffentlichkeit drang, so wird man allgemein der Anschauung sein, daß jener Zustand, den das Personal anfangs anzugucken alle Ursache hatte, bis heute besteht. Das sind aber seit langem „Tempi passati“. Denn nicht seine fachmännische Tüchtigkeit, sondern den ganzen Ruf, der ihm hieher gefolgt ist, büßte er seit dieser Zeit ein und das Personal sieht seit langem vor einer aufgetakelten Kuh, weil diese Schwärze einen falschen Kern, das heißt einen Lantienemäner, barg.

Was daher den Lokomotivpark anbelangt, der in kurzer Zeit nach seinem Dienstantritt in guten Zustand gesetzt war, befindet sich nun derselbe wie unter der Leitung des vorherigen

Chefs, wenn nicht noch schlechter, so daß sich das Lokomotivpersonal in dieselbe sorgenvolle Lage versetzt sieht, mit einer Lokomotive, selbst wenn sie aus der Heizhausreparatur kommt, das Heizhaus zu verlassen, wie es früher der Fall war.

1. Nach periodischer Reparatur fährt man mit einer Lokomotive vom Heizhaus zum Dienstort in die Station, welche sich 1 1/2 Kilometer vom Heizhaus befindet, auf dem Zug, der selbst bemerkt der Führer die Ausschmeltung des neuen Verklebungslagers. Da aber diese Tour (Reparaturzug) nicht mehr als 5 Kilometer hin und zurück ausmacht, so beendet er selbe, um noch Einlangen im Heizhaus dem Chef hie von Meldung zu erstatten. Auf die Frage des Chefs, warum er den Keil nicht nachließ, gab der Führer die Antwort, daß derselbe bereits beim Splinten zwischen. Wenn dies der Fall, warum nahmen Sie eine oder zwei Weisagen nicht heraus? Aus dem ersieht man, wie genau die Reparaturen seitens des Chefs genommen werden, da es sonst nicht üblich, daß man bei neuausgeschlossenen Lagern schon Weisagen nimmt.

2. Nach periodischer Auswechslung der Räderpaare fährt man mit der Lokomotive ab und schon in der zweiten Station bemerkt der Führer, daß beide Treibachslager ausgeschmolzen sind. (Lokomotive Nr. 782.) Das Liegenbleiben des Zuges wurde dadurch verhindert, weil in der Station ein aufgetriebener Zug kreuzung hatte, bei welchem zwei Lokomotiven waren, so daß die schlechteste ins Heizhaus und der Zug von einer der beiden Lokomotiven weitergeführt werden konnte.

Ein weiterer Uebelstand von weitgehender Bedeutung ist folgender: Weil sich die Lokomotiven in einem derart desolaten Zustand nun wieder befinden, werden die Reparaturen, welche von dem Lokomotivpersonal eingetragen, seitens des Heizhausleiters entweder gar nicht oder nur derart mangelhaft ausgeführt, so daß die Lokomotivführer nach Beendigung der Touren die gleichen Reparaturen neuerlich eintragen müssen. So kam ein Lokomotivführer mit Lokomotive Nr. 1611 von einer Tour nach Hause, trug die notwendigen Reparaturen ein und machte außerdem den diensthabenden Souschef darauf aufmerksam, dieselbe in diesem Zustand nicht mehr auf die Strecke zu schicken, da sonst das Heizhaus mit dieser nur Anstand haben könnte.

Trotz der Warnung wurde an derselben nichts gemacht und gleich einem anderen Führer zum Führen eines Güterzuges zugewiesen. Tatsächlich mußte dann der Führer während der Fahrt Dampf sammeln. Im Heimathaus angekommen, machte er hie von dem Chef die Meldung, wofür er noch — trotz anstandsloser Dienstleistung außer dem Dampf sammeln — mit 1 Kr. bestraft wurde.

Nach dieser Tour wurde endlich die Lokomotive in Reparatur genommen, wo sich nachstehende Gebrechen ergaben: das Pleistrohr war gebrochen, die Kolbenringe und Schieber ganz abgenützt und mehrere Pleistlager ausgeschmolzen. Daß daher die gemachten Reparaturen nicht so, wie sie in einem Heizhaus, welches von einem Chef geleitet wird, der sich der Tragweite der Verantwortung voll bewußt ist, durchgeführt werden, ist einerseits auf den geringen Professionistenstand, andererseits auf die mangelnde Zeit, die diesem zur Verfügung steht, zurückzuführen.

Nachdem sich die Lokomotiven fast durchwegs in den gefährlichsten Zuständen befinden, versucht der Herr Ingenieur Bilbat die Belastung der Güterzüge Nr. 451, 459 in der Strecke Villach-Lienz und Zug Nr. 453 in der Strecke Marburg-Villach bei Serie 22 a um 40 Tonnen noch zu erhöhen, wie dies beim Zug Nr. 451 schon der Fall ist.

Zu dieser nicht sachmännischen Anschauung kam Herr Ingenieur deshalb, weil er einige Probefahrten mit dieser Serie machte, welche von der Hauptreparaturwerkstätte Marburg kam, daher in tadellosem Zustand war. Ob man aber von solchen Lokomotiven, mit welchen man eine Zeitlang Dienst macht, oder von jenen, welche die Hauptreparatur gar nicht haben, obige Leistungsstärke für die Dauer verlangen kann, ist eine andere Frage. Weigert sich ein Lokomotivführer, jene Arbeit zu nehmen, so hat Herr Ingenieur Bilbat folgende ironische Antwort zur Hand: „Wenn Sie nicht fahren können, so stelle ich Ihnen einen Führer hinauf, der Ihnen das Fahren lernen wird.“ Es können sich daher die Lokomotivführer nach dem Ausspruch des Herrn Heizhauschefs nicht vorstellen, wie er dies aufzubringt, ohne dabei seine Sicherheit sowie die seiner Mitmenschen und der ihm anvertrauten Güter zu gefährden. Daß mit derartig angefüllten Lokomotiven bei jener Ueberlast es mit dem Wasserstand einen Haken hat, ist für jeden verantwortungsbewußten Führer einleuchtend.

Gleichzeitig kann man die Art der Verpackung nicht unerwähnt lassen, welche im hiesigen Heizhaus verabsolgt wird. Verlangt ein Führer oder ein Heizer zur Verpackung reine Jute, welche in anderen Heizhäusern in Rippen gefast wird, so bekommt man vom Herrn Chef folgende Antwort: „Verwenden Sie die Jute, die Sie zur Reinigung des Mechanismus brauchen, und sollten Sie zu wenig haben, so nehmen Sie sich die vom Heizhaus aus der Kiste.“ Diese Jute, die dem Verlangenden angewiesen ist, jene, die im Heizhaus von Schloßern und Putzern gebraucht ist und dem Heizmeister zum Anbreiten dient. Daß mit solchem Verpackungsmaterial, welches von Sand nicht frei, es keine Freude ist, die Stopfbüchsen zu verpacken und diese dann eine Zeitlang halten sollen, wird wohl niemand annehmen. Ein weiterer Grund, daß die Verpackung nicht halten kann und sogar Stopfbüchsen ausschmelzen, ist der, weil Herr Ingenieur außer bei neuauszubindenden Achslagern — wo der Schloffer wohlgehabte vier Käden Schafwollbock per Kasse bestont — keinen anderen für sämtliche übrigen Leger kennt als den schlechten Schmirrböck.

Daß sich die Lokomotiven tatsächlich in den geschilderten Zuständen befinden, beweist der ziemlich große Mehrverbrauch von Kohle mit denselben Zügen und der Belastung gegen frühere Jahre, was einer löblichen Maschinenrektion bei genauer Prüfung der eingefendeten Kohlenverbrauchsausweise auffallen kann.

Auch auf die sehr schlechte Beleuchtung der Lokomotiven muß hier hingewiesen werden, weil es Herr Chef noch nicht für notwendig befunden hat, einen Spengler einzustellen, der in einem Heizhaus unentbehrlich und auch überal ist. So kommt es, daß das Lokomotivpersonal wegen schlechter und ausgelöschter Lichter in den Stationen beunruhigt wird. Diese schon fast unerträglichen Zustände, dessen Fälle noch lange nicht erschöpft sind, und zwar in Bezug auf die Nichtdurchführung der eingetragenen Reparaturen, sehr schlechtes Verpackungsmaterial, Beleuchtung, höchste Ausnutzung des Personals als auch des Fahrplans liegt nicht mehr in der ökonomischen Handhabung des einem Chef anvertrauten Materials, sondern hier ist es System, nur die höchsten Tantiemen sowohl beim Lebenden als auch beim toten Material — als was höchstwahrscheinlich Herr Ingenieur Bilbat beides ansieht — herauszuschinden. Ob beides dieser Wirtschaft noch lange standhalten kann, darüber zu urteilen wird Sache anderer Faktoren sein. Beglückwünscht kann nur jener Nachfolger werden, durch dessen Uebernahme sein Bestehen fast unmöglich gemacht wird.

Nicht unerwähnt soll das von Herrn Ingenieur Bilbat eingeführte ungerechte und parteiische Straffsystem bleiben, unter welchem das Personal zu leiden hat. So bekommen die Heizer, wie schon erwähnt, zur Reinigung der Lokomotiven ein so minimales Quantum von Jute — welche zur Illustration der Maschinenrektion vorgewiesen wurde — daß das Personal gezwungen ist, auf irgendwelche Weise in den Besitz eines größeren Quantums zu gelangen. Wer dies nicht kann und die Lokomotive nicht so rein ausieht, wie es Herr Chef wünscht, derjenige Heizer wird dann ganz einfach bestraft. Traut sich einmal einer von den Bestraften beim Chef gegen

die Strafe Einspruch zu erheben, so erhält er nachstehende Antwort: „Wie und mit was Sie die Maschine reinigen, ist mir gleichgültig; ist Ihnen aber die 1 Kr. zu viel, dann zahlen Sie 2 Kr.“ Und so kommt es vor, daß mancher Heizer 4 bis 5 Kr. monatlich Strafe diktirt bekommt, was auch in Abzug gebracht wird. Für dieses einseitige Strafen und Sanktionen bekommen nun einige Heizer nicht einmal Karetts, weil keine im Sandmagazin vorhanden und auf ausdrückliche Anordnung des Herrn Chefs keine angefordert werden dürfen. Im gleichen Maße verhält sich das Strafen bei den Lokomotivführern, welchen er gegen Einwendungen erwidert: „Wenn Ihnen die Strafe nicht recht ist, so machen Sie dagegen einen Rekurs.“ Wie jedoch Rekurse und Gesuche geamthandelt werden, darüber ist das Lokomotivpersonal genügend informiert, so daß sich Herr Ingenieur Bilbat diese ironisch gemeinten Ratschläge ersparen könnte.

Wie die Unparteilichkeit der Strafen aussieht, zeigen nachstehende Fälle: So mußte ein Wagen im September und einer im Oktober 1912 in der Station Lienz wegen Heizhauslaufes abgestellt werden. Bei ersterem Zug, den der bekannte Wagenmeister Birnig — ein Gesinnungsgenosse des Chefs — untersuchte, wurde von diesem die Schuld dem Schmierer beigegeben, welcher mit 1 Kr. bestraft wurde; beim zweiten Fall wurden nicht nur der Schmierer, sondern auch die beiden Wagenmeister mit je 1 Kr. bestraft. Welcher Gutschick der Südbahnverbänder Birnig beim Chef erkauft, zeigt nachstehender Fall. Anlässlich der Substitution des Genannten in Spittal (Requiert 7 Uhr früh bis 7 Uhr abends) vertrat er denselben nachstehend: Birnig fuhr zum Dienstort um 7:25 früh von Villach ab und kam von Spittal um 8:20 in Villach an. Indem die Substitution zehn Tage dauerte, so weiß man nicht, ob diese tägliche Minusdienstleistung einem anderen als Birnig gewährt worden wäre. Daß Genannter dies ohne Einwilligung des Chefs nicht getan hätte, steht außer Zweifel. Bei dieser Gelegenheit wollen wir zu den vielen Sünden, die Herr Ingenieur Bilbat als Heizhauschef am Kerschholz hat, auch die Beeinflussung des Arztes Dr. Kattinig heissen. Wie es nun seit einiger Zeit bei der Krankmeldung des Personals vorkommt, merkt man deutlich, daß bei dieser nicht der Arzt in seiner Eigenschaft als solcher, sondern der Heizhauschef der Maßgebende sein soll. Denn sonst könnte der Doktor nicht zum Krankmeldenden sagen: „Versuchen Sie, noch Dienst zu machen, da der Chef zu wenig Personal hat, und sollte Ihnen schlechter werden, so kommen Sie wieder.“ Den Beweis, daß der Chef den Doktor zu beeinflussen sucht, ist der, weil er gelegentlich folgenden Ausspruch getan hat: „Versuchen Sie sich nur krank zu melden; ich werde schon einen Zettel zum Doktor hinschicken.“ Inwiefern Herr Dr. Kattinig auf die Ohrenbläse des Herrn Chefs hört, entzieht sich unserer Beurteilung.

Vorläufig wollen wir dies bei diesem Hinweis belassen. Was die Affidierung der Krank- und Gesundheitsmeldung betrifft, welche erstere Herr Ingenieur Bilbat, bevor man zum Arzt geht, persönlich zu empfangen wünscht, sei folgendes bemerkt: Wie die Erfahrung lehrt, geschehen die meisten Erkrankungen in Ausübung des Dienstes, wo nach Beendigung der Tour die Krankmeldung erfolgt, die in Villach zum größten in die Nacht entfallen, so wäre es nur selbstverständlich, daß diese Meldungen der diensthabende Souschef die Beachtung haben soll entgegenzunehmen, wie es wo anders geschieht.

Zum Schluß sei noch der Vereinsabzug, wie sie unter der jetzigen Leitung geschehen, gedacht, wonach die Abzüge für die Mitglieder des Südbahnverbandes höchstwahrscheinlich mit der Zustimmung des Chefs durch die Rechnungskanzlei geschehen, während er andererseits die Vertrauensmänner der Gewerkschaft, welche die Beiträge ihrer Mitglieder entgegennehmen wollen, aus dem Heizhausraum auf die Straße weist.

Indem das Personal auf verschiedenes hier Angeführte durch seine Vertreter sowohl bei der löblichen Maschinenrektion als auch durch die Personalkommission schon des öfteren intervenieren ließ und um Abhilfe ersucht hat, aber trotz Versprechens bis heute nichts geschah, so sieht sich das Personal gezwungen, im Wege der Oeffentlichkeit neuerdings die kompetenten Stellen auf die Mißstände aufmerksam zu machen.

Stellung. Eine eigentümliche Einrichtung besteht in der Station Sterzing. Während in allen Stationen die Bahnavis der 1. K. Post zur weiteren Zustellung übergeben werden, müssen hier die Stationsarbeiter dieses Geschäft in ihrer dienstfreien Zeit unentgeltlich besorgen. Nach einem zehnjährigen Dienst werden die Leute gezwungen, die Abfertigung der Partien im Stadtrath zu unterstützen, was jedesmal einen Zeitaufwand von zwei bis drei Stunden beansprucht. Die Stationsarbeiter sind in dieser Angelegenheit bereits öfter beim Stationsvorstand vorstellig geworden, doch immer ohne Erfolg. Wir wollen hoffen, daß die Südbahnverwaltung noch so viel Einsicht hat, und dieser Ausbeutung der Stationsarbeiter nach einer zehnjährigen Dienstleistung ein Ende macht.

Aufftein. Den Wächter Perold fordern wir auf, daß er sich das Zerreißen von Stimmzetteln abgewöhnt. Er hat mitamt seinem Verkehrsband nichts beigetragen, daß der Arbeiterauschuss eingeführt worden ist, er lasse darum auch von den Stimmzetteln seine Finger, sonst kann es sein, daß ihm einmal daraufgeklopft wird. Die Oberbauarbeiter aber sollten sich organisieren, damit ein solcher Patron nicht mehr glauben kann, daß er sich alles erlauben darf.

Wittmannsdorf-Gutenstein. (Mangelhafte Signale.) Was für Zustände auf dieser Linie herrschen, spottet schon jeder Vespereibung. Artikel 25 der Signalordnung schreibt vor, daß für die vorfahrtsmäßige Ausrichtung der verkehrenden Lokomotiven und Züge mit den entsprechenden Signalmitteln, dann für die richtige Anbringung und Anwendung der letzteren zunächst die Ausgangsstationen beziehungsweise die Dispositionsstationen, in zweiter Reihe die Lokomotiv- und Zugführer, sodann der Schlafkondukteur und endlich die Zwischenstationen die Verantwortung tragen. Was geschieht aber auf dieser Linie? Die Züge haben zumeist kein Signal und das Streckenpersonal muß immer mit größter Vorsicht arbeiten, um ja nicht von einer Maschine niedergedrückt zu werden. Hier ein Beispiel: Güterzug 2088 hat gewöhnlich Vorspann, manchmal verkehrt Lokomotivzug 2065, manchmal auch Güterzug 2083. Wenn Lokomotivzug 2065 verkehrt, soll der Personenzug 2013 das Signal 143 haben, was aber gewöhnlich nicht der Fall ist. Hat Zug 2013 kein Signal, so ist man im Glauben, es verkehrt Güterzug 2083. Es wird das Geleise gehoben oder man hat Wohnwagenfahrten zu machen oder Schwellen auszuwechseln. Man rechnet auf keine Durchfahrt einer Maschine, ein Pfiff und die Maschine sieht vor der Partie. Gerade noch mit heiler Haut springt die Partie auf die Seite und die angefangene Arbeit ist wertlos und man muß wieder von vorn anfangen zu heben. man ist nun froh, daß keiner gerädert wurde. Hatte Personenzug 2013 das vorgegebene Signal, so würde man wissen, daß Lokomotivzug 2065 verkehrt, und würde sich danach die Arbeit einrichten. Wir möchten die Herren Stationsvorstände schon aufmerksam machen, den Artikel 25 der Signalordnung fleißig durchzulesen und sich nicht vielleicht einzubilden, daß es schon genügt, wenn sie es wissen, daß außergewöhnliche Züge oder Maschinen verkehren. Oder glauben die Herren, das Streckenpersonal habe so scharfe Geruchsorgane, daß sie es, wenn das telegraphische Zirkular ergeht, vom Dacht herunter riechen können? Es sind auch schon Fälle vorgekommen, daß die Maschinenfahrt erst eingeleitet wurde, als schon auf der Rückfahrt die halbe Strecke passiert war. Diesbezüglich wäre schon dringende Abhilfe am Platz, bevor ein Unglück wie in St. Pölten geschieht. Wir lehnen heute schon jede Verantwortung bei einem etwaigen Unglück ab.

Auch mit der Einleitung des Güterzuges 2088 ist es so. Man bekommt einen Laufzettel, daß heute Zug 2083 verspätet verkehrt. Laut Fahrordnung geht Zug 2088 um 12 Uhr 10 Minuten mittags von Waldegg ab. Gewöhnlich hat die Vorspann von Zug 2088 bei der Rückfahrt den Zug 2083. Zug 2088 geht aber erst in Waldegg um 3 Uhr 26 Minuten nachmittags ab, hat Verschiebungen und die leere Maschine geht vielleicht erst um 4 Uhr von Waldegg ab, also fast um vier Stunden zu spät. Da kann man dann auch auf der Strecke auf den verspäteten Zug 2088 warten. Man kann keine richtige Arbeit anfangen, weil man keine genaue Abfahrtszeit weiß. Könnte nicht Zug 2075 eingeleitet werden und mit genauer Fahrzeit verkehren? Es wären die Arbeiten leichter zu verrichten, wenn man genau wissen würde, wann der Zug kommt. Wir möchten den Herren das Dienstmachen auf der Strecke wünschen, wenn sie bei solchen Ungewissheiten arbeiten müßten. Wir glauben auch, sie würden sich bei solchen Zuständen beschweren und nach Abhilfe rufen. Auch das Signal 244 kennt man auf dieser Strecke nicht. Zum Beispiel verkehrt in der Winterfahrordnung Personenzug 2018 nur an Sonn- und Feiertagen und deren Vortagen mit der Abfahrt von Wittmannsdorf um 10 Uhr 10 Minuten nachts. Das Signal hat aber der um 5 Uhr 10 Minuten abends abgehende Personenzug 2016. Also ist der Zug schon um fünf Stunden vorher signalisiert, obwohl noch zwei Züge in dieser Zwischenzeit verkehren. Die Wächter warten manchmal sehr lange auf den Zug, weil sie oft nicht wissen, ob nicht Lokomotivzug 2088 verkehrt. Warum wendet man hier nicht das Signal 244 an, um das Dienstmachen zu erleichtern? Wir hoffen, daß auch in dieser Beziehung Abhilfe geschaffen wird.

Pettau. (Todesfall.) Einen schweren Verlust hat die Ortsgruppe durch den Tod des Genossen Versic jun., Magazinsarbeiter, erlitten. Genosse J. Versic war stets ein eifriges Mitglied unserer Organisation und ein zubotkommender Arbeitskollege. In seinem Grabe trauert eine junge Witwe mit einem Kind. Möge dem so früh Dahingegangenen die Erde leicht sein.

Mühlbach im Pustertal. Ein Unikum von einem Vorgefekten ist der Bahnmeister Sanika, der durch seine sachmännischen Kenntnisse eine direkte Plage für die Bediensteten bedeutet. Am meisten beklagen sich über den Bahnmeister die Streckenbesitzer, da von diesem Vorgefekten wieder eine genügende dienstliche Auskunft noch sonst etwas Vernünftiges zu haben ist. Seine ganze Weisheit besteht darin, daß er auf jede dienstliche Anfrage antwortet: „Geht mich nichts an“ oder: „Ich weiß nichts.“ Selbstredend ist mit einer derartigen Erledigung weder den Bediensteten, noch der Bahnverwaltung irgendwie geholfen. Seine Unkenntnis der dienstlichen Vorschriften ist auf der ganzen Linie bekannt. Ist uns doch schon früher eine Anzahl von Beschwerden von Franzensfeste und Lienz über Sanika eingeschickt worden. Oft genug müssen die Bediensteten und Arbeiter die vorgeschriebenen Anordnungen des Bahnmeisters Sanika korrigieren, um die Gesellschaft vor eventuellen Nachteilen zu schützen. Im Interesse des Dienstes und der Bahnverwaltung wäre es gelegen, den Herrn Bahnmeister auf die verschriebenen anhaftenden Fehler aufmerksam zu machen. Der Bahnmeister ist doch der Südbahngesellschaft unterstellt und diese hat wiederum die Pflicht, jene Organe, die den Bediensteten und Arbeitern als Vorgesetzte bezeichnet werden, in den verschriebenen Dienstleistungen gehörig zu unterrichten und auszubilden. Bei Herrn Sanika dürfte man dies übersehen haben.

Thalheim an der Mur. Durch die Verlegung des Stationsmeisters Rudolf Hoffmann von Thalheim an der Mur nach Kolbnitz (Tauernbahn) dürfte endlich einmal die so lang ersehnte Ruhe unter dem Personal und in der Station Thalheim an der Mur eintreten. Stationsmeister Hoffmann hat es mit seinem Kompagnon Vinzenz Kaslauer, Magazinsausseher in Thalheim, ausgesprochen verstanden, das Personal und die ihnen misliebigen Personen beim dortigen Stationsvorstand anzuschwärzen. Nun hat Hoffmann das Geschick ererbt und ein Angeber argster Sorte muß die Station verlassen, wo er so viel Unheil gestiftet hat. Der Magazinsausseher Kaslauer dürfte bald seinem seelenverwandten Kompagnon Hoffmann folgen. Wir erachten es als unsere Pflicht, die Kollegen in Kolbnitz auf den Stationsmeister Hoffmann gebührend aufmerksam zu machen.

Er erschienen ist der XVII. Jahrgang unseres Eisenbahner-Zischen-Kalenders per 1913 und wird derselbe nach Maßgabe der Ablieferung an die Besteller versendet werden. Jeder Käufer erhält ein Heftchen über die Fahrbegünstigungen des Personals auf den europäischen Eisenbahnen gratis verabsolgt. Der Preis per Exemplar beträgt samt einer Versicherung auf tödlichen Unfall auf 200 Kronen nur 1 Krone 20 Heller. Unirpruch auf diese Karte hat derjenige Kalenderkäufer, der beispielsweise im Anfang des Jahres im Eisenbahndienst verlegt wurde und an den Folgen dieser Verlegung innerhalb des Kalenderjahres mit Tod abgegangen ist oder derart verlegt wurde, daß der sofortige Tod eintrat. Das neue Jahrbuch ist für alle Mitglieder und Kollegen bei unseren bekannten Vertrauensmännern gegen Barzahlung in den Stationen zu haben. Genossen! Agitiert allerorts für dieses schöne und inhaltsreiche Büchlein, damit es eine große Verbreitung findet. Der Zentralkomitee.

Aus den Organisationen.

Widau. In der am 17. November 1912 abgehaltenen Generalversammlung der Ortsgruppe Widau wurden folgende Ausschussmitglieder gewählt: Eduard Grund, Obmann, Josef Hammer jun., Stellvertreter; Marzelli Simmel, Schriftführer, Josef Schmidt, Stellvertreter; Josef Ill, Kassier; Josef Hammer sen., Johann Richter, Alois Schmidt, Ausschussmitglieder; Wenzel Hammer, Johann Siegl, Revisoren; Max Calupka, Bibliothekar; Franz Grund, Subkassier für Warta und Hermann Fuchs für die Lokalbahn Sieghübel-Sauerbrunn.

Junnsbrunn II. Am 9. November 1912 fand die Generalversammlung der Ortsgruppe Junnsbrunn II statt. Auf Antrag der Kontrolle wurde dem alten Ausschuss das Absolutum erteilt. In den neuen Ausschuss wurden folgende Genossen gewählt: Alois Unterberger, Obmann, Karl Hackl, Stellvertreter; Josef Motter, Schriftführer, Johann Miky, Stellvertreter; Ferdinand Wader, Kassier, Anton Bergmann, Stellvertreter; Karl Danner und Rudolf Siesl, Revisoren; Kobelnig und Gruber, Revisoren.

Sämtliche Zuschriften in Ortsgruppenangelegenheiten sind an Genossen Alois Unterberger, Junnsbrunn, Bradlerstraße 68, 2. Stock, in Geldangelegenheiten an Genossen Ferdinand Wader, Junnsbrunn, Junnsstraße Nr. 105, 3. Stock, zu richten.

Alt-Pata. Die Mitglieder werden ersucht, die Monatsbeiträge pünktlich zu begleichen, da gegen Restanten nach § 9 der Statuten vorgegangen werden müßte. Ferner werden die Genossen aufgefordert, die Mitgliedsbücher behufs Revision an Genossen Maroun abzugeben. Zuschriften in Vereinsangelegenheiten sind an Genossen Wenzel Zigicny, Plammeister in Alt-Pata, in Geldangelegenheiten an den Kassier, Genossen Wenzel Maroun, Wächter in Bela bei Alt-Pata, zu adressieren.

Turnau. Die Genossen der Ortsgruppe werden ersucht, ihre Mitgliedsbücher dem Kassier zur ganzjährigen Revision zu übergeben.

Wolfsberg. Die Mitglieder werden ersucht, ihre Zutrittskarten und Mitgliedsbücher behufs Kontrolle an den Kassier abzugeben. Die restierenden Mitglieder werden aufgefordert, nachzuzahlen, damit die Jahresrechnung rechtzeitig an die Zentrale eingekendet werden kann.

Obertraun. Die Zahlstelle hielt am 3. November eine gut besuchte Versammlung ab. Als Referent war Genosse Erhard aus Linz gekommen, welcher über die Forderungen der Eisenbahner referierte.

Görz II. Jene Mitglieder, die sich mit den Monatsbeiträgen im Rückstand befinden, werden aufgefordert, ehestens nachzuzahlen, damit sie nicht ihrer Rechte verlustig werden. Nachdem der Hauptkassier den Jahresabschluss mit der Zentrale fertigstellen muß, so bitten wir die geehrten Mitglieder, die Beiträge pünktlich und bestimmt zu entrichten.

Troppau. Da unser Obmann Genosse Birsak gestorben ist, sind alle Zuschriften an den Obmannstellvertreter Genossen Eduard Kantele, Troppau, Feldgasse 8, zu richten; solche in Geldangelegenheiten an Heinrich Krißke, Troppau, Gilschwigergasse 12, für die Nordbahn und Johann Cermin für die Staatsbahn.

Verschiedenes.

Blutopfer des Krieges. Die Menschenschlächterei, die gegenwärtig den türkischen Boden mit dem Blute der Balkanvölker düngt, bringt das Unheilvolle und Verbrecherische der Kriege wieder einmal zu grauenhafter Erkenntnis. Hundert- und tausendmal sind die Greuel von berufener Feder dargestellt worden, nichts wirkt aber so unmittelbar, als die nackten Ziffern über die Vernichtung von Menschenleben, als die nackten Ziffern über die Vernichtung der wirtschaftlichen Güter, die der Arbeit für die Kultur durch den Krieg entzogen werden. Betrachte man nur, was die Kriege der letzten fünf Jahrzehnte des verfloßenen Jahrhunderts an Menschenleben gekostet haben. Diese Bilanz übersteigt alles menschliche Fassungsvermögen. Es wurden getötet im Krieg in der

| | |
|------------------------|--------------|
| Krim | 750.000 Mann |
| Italien | 45.000 " |
| Dänemark | 8.000 " |
| Sezession (Amerika) | 800.000 " |
| Preußen-Österreich | 45.000 " |
| Rußland-Türkei | 250.000 " |
| Mexiko | 40.000 " |
| Gochinchina | 25.000 " |
| Frankreich-Deutschland | 215.000 " |
| 2.178.000 Mann | |

Aber das Meer von Menschenblut ist in Wirklichkeit noch größer, als in diesen Zahlen zum Ausdruck kommt, da wegen Mangel an zuverlässigen Angaben die Zahl der Gefallenen in den Kriegen in Abyssinien, Indien, Afghanistan, Madagaskar, Kuba, Transbaal, China, Dahomei, Tunis, im Tonkin, Zululand und bei der chinesisch-japanischen und russisch-japanischen Feldzüge und einiger kleinerer Kämpfe nicht einbezogen worden sind. Man geht sicher nicht fehl, wenn man die Zahl der in diesen Kriegen Getöteten auf mindestens 800.000 festsetzt. Drei Millionen Menschenleben kosteten also die Kriege in einem halben Jahrhundert.

Die Opfer an Geld lassen sich für das ganze Jahrhundert feststellen. Die hauptsächlichsten Kriege haben gekostet:

| | |
|--------------------------|--------------------------|
| Napoleonische | 16.500 Millionen Franken |
| Türkisch-russischer | 500 " |
| Ägypter | 1.200 " |
| Spanisch-portugiesischer | 1.250 " |
| Kanada | 55 " |
| Seminola | 135 " |
| Mexiko | 135 " |
| Kaffir | 50 " |
| Krim | 7.600 " |
| Italien | 1.500 " |
| Sezession | 25.000 " |
| Abyssinien | 215 " |
| Paraguay | 1.200 " |
| Deutsch-französischer | 15.500 " |
| Wahant | 27 " |
| Zentralasien | 1.125 " |
| Russisch-türkischer | 6.000 " |
| Afghanistan-Zululand | 425 " |
| Sudan | 105 " |
| Madagaskar | 105 " |
| Abyssinien | 575 " |
| Kuba | 5.000 " |
| Transbaal | 4.000 " |
| Chinesisch-japanischer | 1.500 " |

Auch hier fehlt eine Anzahl Feldzüge. Aber schon die hier aufgeführten Ausgaben zeigen, daß die Kriege des 19. Jahrhunderts 100 Milliarden verschlungen haben. Und das ist bei weitem nicht alles. Denn hier sind nur die direkten Kriegskosten angeführt. Nicht viel niedriger als die direkten Kriegskosten wird aber der Schaden sein, der durch die Verwüstungen angerichtet wird, die mit dem Krieg naturgemäß

referierte. In leicht verständlicher Weise schilderte er besonders jene Paragrafen dieses Entwurfes, die für die Eisenbahner und ihre Organisation von einschneidender Bedeutung wären. Besonders wies Genosse Dusek nach, daß der fassbar bekannte Eisenbahnerreiter Kroh in seinem Gesetzentwurf, der dank der Wachsamkeit unserer Genossen nicht zur Verhandlung kam, der Regierung den Weg wies, wie man auf Beschlußwegen den Eisenbahnern jeden berechtigten Lohnkampf unmöglich machen kann, trotzdem diese Herren im Vorjahr nicht genug mit ihrer passiven Resistenz drohen konnten. Jeder einzelne Eisenbahner hat alle Ursache, zu verhindern, daß diese Vorlage Gesetz wird, weil trotz aller Wachsamkeit im Dienste auch im modernen Betrieb Unglücksfälle vorkommen, nach welchen der Bedienstete auf Grund drakonischer Paragrafen mit Kerker und Arrest bestraft würde. Die jeden Eisenbahner bekannte Formel "mit einem Fuß im Grabe, mit dem anderen im Kriminal", würde erst recht zur Wahrheit. In die hierauf folgende Debatte griff auch der Obmann der Salzburger Reichsbundortsgruppe, Herr Schöberl, ein, nicht aber um die für die Eisenbahner so schädliche Vorgangsweise der nationalen Reiter zu verteidigen, sondern er schimpfte weiblich über die "Schlappschwanzigkeit dieser Herren" im Parlament. Es ist ja bekannt, daß, wie Herr Schöberl, so alle nationalen und christlichsozialen Heiden, wenn sie vor sozialdemokratischen Eisenbahnern sprechen, eine andere Balge einlegen, es hätte auch hier nicht viel gefehlt und der Herr Reichsbundobmann wäre in manden Ausdrücken radikal geworden, als selbst die Sozialdemokraten. Wir bezweifeln, ob Herr Schöberl in seinen Kreisen die Juristenfrage und die Beamtenfrage überhaupt so radikal beurteilen wird, wie in unserer Versammlung. Die ganzen Ausführungen waren ein krauses Durcheinander, aus dem man sich keinen vernünftigen Satz bilden konnte und Genosse Dusek hatte leichtes Spiel, dem mit der beschränkten bürgerlichen Phrasenideologie behafteten Herrn entsprechend zu erwidern. Nachdem noch mehrere Kollegen zu der für die Eisenbahner so wichtigen Angelegenheit gesprochen, wurde die Versammlung mit der Abingung des Liedes der Arbeit geschlossen.

Friedland i. B. Am 16. November fand im Saal des Arbeiterheims in Friedland eine öffentliche Eisenbahnerversammlung statt, in welcher Genosse Grünzner aus Bodenbach über die Organisation und die wirtschaftliche Lage der Staatsbahn und Friedländer Bezirksbahnbetriebsstellen ein mit Beifall aufgenommenes Referat erstattete.

Malborghet. Von Pontafel bis Tarbis versammelten sich die Vertrauensmänner der Eisenbahner des Kantales am 10. November nachmittags im Hotel Schnabelegger, um über wichtige, die Eisenbahner interessierende Dinge zu beraten. "Die Eisenbahner und die Erfolge der Organisation seit zwanzig Jahren", zu diesem Thema sprach Genosse Brandl aus Villach, welcher in sachlicher Rede die Lage der verschiedenen Kategorien besprach, und wie sich die Stellung der Eisenbahner durch den Einfluß der Berufsorganisation gebessert habe. Warum sich die Eisenbahner auch mit besonderem Interesse der politischen Organisation annehmen sollen, zeigte Genosse Schachmahr aus Villach, welcher nachwies, wie die bürgerlichen "Volksvertreter" bestrebt sind, den Eisenbahner seiner rechtlichen Stellung zu berauben, ihm das Vereinsigungsrecht zu nehmen und die im Dienste zu Krüppeln gewordenen Eisenbahner zu schädigen. Die Ausführungen beider Redner fanden allgemeinen Beifall.

Kronsteden. Die am Sonntag den 10. November um 9 Uhr vormittags im Gasthof Lipot stattgefundene Versammlung der Eisenbahner der Strecken Gailtal und Tarbis-Fürnitz hatte trotz der ungünstigen Zufälle einen guten Besuch zu verzeichnen. Genosse Brandl aus Villach sprach über Eisenbahnerfragen und über die Erfolge der gewerkschaftlichen Organisation. An der Hand eines reichen Zahlenmaterials besprach er die Entwicklung des Allgemeinen Rechtsschutz- und Gewerkschaftsvereines seit 20 Jahren und was diese Entwicklung für die Eisenbahner aller Kategorien bedeutet. Genosse Schachmahr aus Villach sprach über die Notwendigkeit der politischen Organisation. Gerade die Eisenbahner haben es besonders notwendig, sich für die öffentlichen Angelegenheiten zu interessieren, da man von gegnerischer Seite immer wieder versucht, den Eisenbahner in seiner rechtlichen Stellung als Staatsbürger zu schwächen. (S. 490 des Vorentwurfes zum neuen Strafgesetz.) Die Veraltung im Sozialversicherungsausschuss, wo Kroh mit Hilfe der Regierungsbetriebe eine Verschlechterung der durch Unfälle betroffenen Eisenbahner bereits durchsetzte. Um den notwendigen Einfluß auf die Gesetzgebung zu gewinnen, müsse der Eisenbahner sich der Waffe der politischen Organisation bedienen. Je besser dieselbe ausgebaut ist, um so wirkungsvoller wird sie bei gegebenen Aktionen zu gebrauchen sein.

Mein-Weising. Am 10. November sprach hier in einer öffentlichen Vereinsversammlung Genosse Dusek über "Parlament und die Forderungen der Eisenbahner".

Neumarkt-Kallham. Am 10. November fand in Neumarkt-Kallham eine § 2-Versammlung statt, in welcher Genosse Wachs aus Wien einen lehrreichen Vortrag hielt.

Lichtenau. Am 15. November sprach Genosse Koranda über "Parlament und Eisenbahner".

Brüx. (Separatistische Demagogie.) Die separatistischen Eisenbahner in Brüx hatten für den 11. November 1912 eine öffentliche Eisenbahnerversammlung arrangiert und dazu die ischekisch-nationalen Bergarbeiter, Schneider, Bäcker u. s. w. eingeladen. Als Referenten waren mehrere ischekisch-nationale Abgeordnete angekündigt, die über das Thema "Eisenbahner und Parlament" sprechen sollten. Die mit so viel Lärm angekündigte große Versammlung wurde schließlich in eine § 2-Versammlung umgewandelt, da statt mehreren Reichsratsabgeordneten nur Herr Sawranek als Referent gekommen war. Doch auf eine ruhige, sachliche Verhandlung konnten sich die Herren Separatisten nicht einstellen und nach kurzer Dauer mußte Genosse Buchar infolge des andauernden Gebrülls der Separatisten sein Referat beenden. Wir hatten Gelegenheit, bei dieser Versammlung die Separatisten genauer kennen zu lernen und werden uns die Ausführungen des Herrn Sawranek und die Zwischenrufe der Friedensstörer gut im Gedächtnis behalten. Unsere Genossen beteiligten sich ebenfalls an dieser Versammlung und hatten Genossen Buchar als Referenten eingeladen. Gleich zu Beginn konnte man bemerken, zu welchem Zweck die separatistischen Bergarbeiter Schuster, Schneider u. s. w. eingeladen wurden. Ein ohrenbetäubender Lärm und ein wildes Geschimpfe war während der Rede des Herrn Sawranek die einzige Leistung der geladenen Separatisten in dieser "Eisenbahnerversammlung". Nach Herrn Sawranek meldete sich Genosse Buchar zum Worte, um den Standpunkt und die Bestrebungen unserer einheitlichen Organisation festzustellen.

Polnischer Eisenbahner-Taschenkalender 1913

Allen Genossen diene zur Kenntnis, daß der Taschenkalender für die polnischen Genossen bereits zur Ausgabe gelangt. Derselbe ist unter den ganz gleichen Modalitäten wie der deutsche Kalender von der Administration des "Eisenbahner" zu beziehen.

Gute Agitation für dieses Buch ist notwendig.

Gilli. Die Bediensteten und die Arbeiter von Gilli sind schon wieder um eine Erfahrung reicher geworden. Es hat sich schon wieder der Herr Stationschef Kugler als guter Vater seiner Bediensteten gezeigt. Der Sachverhalt ist folgender: Die Bediensteten von Gilli streben schon lange danach, einen guten und vertrauenswürdigen Bahnarzt zu erhalten, um von Dr. Premischat loszukommen, gegen den diese berechtigten Beschwerden vorliegen. Das Personal hat in dieser Angelegenheit alle Schritte unternommen und es hat auch einem Krankenkassenauschussmitglied Gelegenheit gegeben, in einer Versammlung die Beschwerden des hiesigen Personals über die schmerzhaften Behandlung kennen zu lernen. Als die Sache in der Sitzung des Krankenkassenauschusses vorgebracht wurde, legte der Herr Chezarat ein günstiges Zeugnis vor, das Stationschef Kugler über die Tätigkeit Dr. Premischats ausstellte. Dies ist sehr bemerkenswert, hat doch Herr Kugler weder für sich noch für seine Familie je die Dienste Doktor Premischats in Anspruch genommen, so daß er über keinerlei Wahrnehmungen verfügt, um die Tätigkeit Dr. Premischats beurteilen zu können. Der Herr Stationschef von Gilli sollte seinem Personal nicht dort Schwierigkeiten machen, wo es sich um eine so wichtige Sache, als die Behandlung kranker Bediensteter oder kranker Familienangehöriger von Bediensteten ist, handelt. Die Bediensteten haben noch weitere Mittel, um auf ihren Rechte nach einer anständigen Behandlung im Krankheitsfalle zu bestehen, und sie werden nicht früher rasten, ehe sie nicht aus den Händen des Dr. Premischat befreit sind. Wir raten allen Bediensteten und Arbeitern von Gilli, eingeengt zu sein, daß eine gute Organisation die größten Schwierigkeiten beseitigen vermag und daß jeder einzelne in die Organisation gehört.

Troppau. Der Obmann unserer Troppauer Ortsgruppe Genosse Johann Birsak, Portier der k. k. Nordbahn, ist gestorben und wurde am 21. November l. N. zu Grabe getragen. Genosse Birsak war ein langjähriges Mitglied unserer Organisation und ein überzeugungstreuer Genosse und wurde wegen seines lauter Charakters allgemein geschätzt. Die Genossen von Troppau werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Gänserndorf. (Ein Wächter als Veteranenhauptling.) In der Haltestelle Winkendorf kriecht der Wächter Ernst herum, der in seiner dienstfreien Zeit öfter in einer phantastischen Uniform anzutreffen ist. An Festtagen trägt Ernst eine buntschneidige, mit Streifen und Dekorationen reich garnierte Uniform. Um den Körper ist eine breite Schärpe geschlungen und den vielbehaarten Schädel deckt ein mit Haaren und Gänsefedern geschmückter Hut. Der Wächter ist Veteranenvorstand, und als solcher hat er die Pflicht, auf alles, was nicht den Patriotismus zur öffentlichen Schau trägt, zu weitem. Gegenwärtig sind es die verdammt Sozialdemokraten, die unserem "Schärpenträger" im Magen liegen. Doch hin und wieder kann auch ein Veteranenhauptling die Hilfe der Organisation ganz gut brauchen. Vor drei Jahren bemühte sich Ernst, sieben provisorische Diensthäuser in Anrechnung zu bringen. Dieses Kunststück konnten sämtliche Veteranenvereine Österreichs nicht zuwege bringen, deshalb trat Ernst der Organisation der Eisenbahner bei. Die Vertreter unserer Organisation intervenierten und dem Wächter Ernst wurden die sieben Diensthäuser angerechnet. Kaum war die Anrechnung im Amtsblatte erschienen, so fehlte der "tapfere Held" der Organisation den Rücken und schimpft fleißig über die Not, die ihm den Erfolg gebracht haben. So handelt kein Ehrenmann, und wenn er zehnmal "Schärpenträger" ist. Wie lange möchte wohl die Herrlichkeit des Wächters Ernst als Veteranenvorstand dauern, wenn wir die gemiß nicht einwandfreie Geschichte mit dem Holz- und Kohlengeschäft in unserem Jahrbuch beschreiben möchten? Oder sollte das Wegnehmen von dem für sechs Monate berechneten Heizmaterial für die Diensthäuser eine besondere patriotische Handlung bedeuten? Also Vorsicht, Herr Schärplinger!

Troppau. (Von der L. E. Bahnerhaltung.) Am 1. Oktober l. N. erkrankte plötzlich im Dienste der mehr als 20 Jahre in der Strecke Troppau-Bennisch beschäftigte Bifrierer Johann Nierlich schwer und mußte dessen Ueberführung ins Allgemeine Krankenhaus veranlaßt werden. Am 12. Oktober wurde derselbe gebessert aus dem Krankenhaus entlassen und befindet sich seit dieser Zeit in häuslicher Pflege. Da seit der Erkrankung bis zum heutigen Tag bereits acht Wochen verstrichen sind, und Nierlich bisher noch keinen Heller Krankengeld bekommen hat, wäre es wünschenswert, daß sich um den in Not lebenden Nierlich, welcher außer seiner seit Jahren kranken Frau noch kleine Kinder hat, an maßgebender Stelle gekümmert wird, damit derselbe durch die grobe Nachlässigkeit der Bahnerhaltungsstellen Troppau nicht länger darben muß. Es erweckt beim Personal den Anschein, daß bei dieser Sektion nur jene Leute ihre Rechte und Gebühren erhalten sowie auch sonst bezorjagt werden, welche gute Butter, Eier- und Obstlieferanten sind.

Versammlungsberichte.

Wien-Hauptpostamt. Am 2. November fand in Wien, III. Bezirk, in Linders Gasthaus eine gut besuchte Versammlung statt, zu welcher von der Zentrale Genosse Swoboda entsandt wurde. Genosse Swoboda sprach über Organisation und Vertrauensmännernsysteme, für welche Ausführungen er reichen Beifall erntete. Nachdem noch verschiedene Anfragen gestellt wurden, deren Beantwortung durch die Zentrale erfolgen wird, schloß Genosse Volkerstepper die Versammlung.

Mahleinsdorf. Donnerstag den 21. November fand in Jakesch Gasthaus, Wien XII, eine gut besuchte Eisenbahnerversammlung statt, in welcher Genosse Gondl in einem ausführlichen und sehr wirkungsvollen Referat über die Sozialversicherung sprach und den Regierungsentwurf und die Haltung der bürgerlichen Parteien kritisierte. Seine Ausführungen wurden oft von Beifall unterbrochen und fanden begeisterte Zustimmung. Genosse Swoboda, der von der Zentrale entsandt wurde, bekräftigte die unglaubliche Saumseligkeit mancher Kategorien, die dem Leben und der Arbeit wahrlich kein Verständnis entgegenbringen. Es muß auch bei diesen getrachtet werden, aufklärend zu wirken. Genosse Kobal schloß mit einem kräftigen Schlüsselwort die Versammlung.

Stadlau. (Heizhaus.) Am 13. November l. N. fand in Stadlau in Frauenlechts Gasthaus eine Sektionsversammlung des Lokomotivpersonals statt, zu welcher von der Zentrale Genosse Swoboda erschien. Nachdem die Zustände des Heizhauses Stadlau einer gründlichen Erörterung unterzogen wurden, die wir demnächst ausführlich behandeln, sprach Genosse Swoboda über "Organisation und Tarif", welcher Vortrag beifällig aufgenommen wurde. Es wird darauf hingewirkt werden, den Zuständen in diesem Heizhaus ein Ende zu bereiten.

Penzing. Am 19. November berichtete Genosse Decker in einer gut besuchten Versammlung des Versahpersonals über die Anträge im Zentralkomitee des Personalausschusses.

St. Pölten. Am 7. November fand im Vereinslokal eine Zugbegleiterversammlung statt, in welcher Genosse Schöberl über die Tätigkeit der Personalausschusses Bericht erstattete.

Salzburg. (Eisenbahnerversammlung in Pölling.) Samstag den 23. November fand im Gasthaus "zum Pfanzmann" eine gut besuchte Eisenbahnerversammlung statt, in der Genosse Dusek von der Zentrale über den von der Regierung im Parlament eingebrachten Strafgesetzentwurf

verbunden sind. Und endlich muß man, um die ganze Größe der durch die Kriege vergendeten Summen zu erhalten, auch die Beträge der Militärbudgets in Rechnung ziehen, die wir an anderer Stelle veröffentlichten. Aber wie ungeheuer auch die Gehaltsausgaben, die Vernichtung des wirtschaftlichen Wohlstandes ist, alles vermindert doch neben den gewaltigen Opfern an jungen Menschenleben. Welche Summe von Glück, Wohlfahrt und Kultur hätten diese nutzlos gemordeten Menschen durch ihre Arbeit und ihr Talent der Menschheit schaffen können!

Literatur.

Verführtes Volk. Unter diesem Titel gelangt soeben im Verlage der Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & Co. in Berlin SW. 68, eine Sammlung Erzählungen und Satiren aus der Feder von Robert Grösch zur Ausgabe. Der Preis ist wie bei den früheren Bänden der Vorwärts-Bibliothek gebunden 1 Mk.

Als humoristisch-satirischer Erzähler ist Robert Grösch der Arbeitererschaft längst bekannt. Seit Jahren erscheinen seine Arbeiten in den Spalten der Arbeiterpresse. Jetzt legt er eine Sammlung humoristisch-satirischer Geschichten auf den Bücherstisch. „Verführtes Volk“ heißt das Buch, und dieser Titel trifft Leute aus dem Volke, schamurige Klänge, schlacht-einfache Naturen, an denen man im Alltag leicht vorüberfieht, zieht Grösch aus ihrer Verborgenheit hervor, zeigt sie uns in ihren kleinen und großen Schmerzen, in Situationen, Umständen und Beleuchtungen, die das menschlich-tomische Gehaden dieser Typen ergötzlich sichtbar werden lassen. Straßenbahner Staudigl, der die Postkutsche aus Mangeln vergiften möchte, Alois Steprnial, der quacksilbrige Arbeitsfanatiker, Wähler Birgichel, der von seinen politischen Feinden zur Urne geschleppt wird, die konkurrierenden Schuster Gaudernack und Mohrlab, die einander die Luft nicht gönnen, der immer dankbare Heinrich Regenstiel und was an Klagen sonst noch im Buche umherläuft: sie alle schleppen unter ihrem Alltagsgewand ein gerüttelt Maß Narrentum und Narrenschmerzen mit durchs Leben. Wo ihre Verführtheit harmlos bleibt, geistert der Autor seine Leute mit herzhafte-ironischem, verzehendem Humor, zur bissigen Satire aber steigert sich dieser Humor, wo die menschliche Komik ins Reaktionsäre hinüberspielt. Es ist ein Buch, das über Menschlich-Allzumenschliches lachen macht, ohne die sozialen Nöte unserer Zeit zu ver-gessen.

Das Seuchengesetz und die Sozialdemokratie. Die Sozialdemokratie ist auch eine Kämpferin für die Gesundheit; stets hat sie Forderungen erhoben für gesundheitliche Bedingungen der Arbeitsstätten und der Wohnungen der Arbeiter, für jede Ausdehnung der Gesundheitspflege und für alle Einrichtungen, die die Verbreitung von Volkskrankheiten verhindern sollten. Der Kampf gegen die Tuberkulose wird seit Jahrzehnten als eine der wichtigsten staatlichen Aufgaben von den Arbeiterorganisationen bezeichnet. Unzählige Male wurde darauf hingewiesen, daß die ungesunden Lebensbedingungen der breiten Massen der Bevölkerung die Kindersterblichkeit, die geringe Lebenswahrscheinlichkeit, wie die Verbreitung und schwere Heilbarkeit der Krankheiten verursachen. Aus diesen Erkenntnissen heraus mußte die Sozialdemokratie zur Vorkämpferin aller einschneidenden sanitären Maßnahmen werden. Mit Energie trat die Sozialdemokratie auch im österreichischen Abgeordnetenhaus für ein Gesetz ein, das der Verhütung und Bekämpfung ansteckender Krankheiten dienen soll. In vortrefflichen Reden vertrat die Sozialdemokratie Dr. Schagerl und Doktor Adler den Interessenstandpunkt der Arbeiter, sie schauten sich auch nicht, gegen Irrtümer und Vorurteile der Arbeiter anzukämpfen. Die schmachvolle Spaltung des Deutschen Nationalverbandes und der Christlichsozialen, die aus demagogischen Erwägungen das Seuchengesetz bekämpften, wurde gebührend gebrandmarkt. In unserem Parteiverlag, in der Wiener Volksbuchhandlung, sind die beiden Reden der Abgeordneten Adler und Schagerl, die in die weitesten Kreise Aufklärung über die Gesundheitspolitik der Sozialdemokratie tragen sollen, erschienen. Wir wünschen dieser Schrift, die für den Preis von 12 Heller zu beziehen ist, die weiteste Verbreitung. Gegen Einsendung von 15 Heller in Briefmarken an die Wiener Volksbuchhandlung, Wien, 6. Bez. Gumpendorferstraße 18, erfolgt sofortige Frankoanlieferung der Broschüre.

Vereinsabzeichen

Wir bringen den Ortsgruppenfunktionären und Mitgliedern in Erinnerung, daß viele Ortsgruppen noch keine Vereinsabzeichen bestellt haben. Da manche Genossen der Meinung sind, daß diese Vereinsabzeichen nur während des Jubiläumjahres zu verkaufen sind, machen wir darauf aufmerksam, daß dieselben als eine für alle Zeit dienende Erinnerung und als bleibende Erkennungszeichen unter den Genossen gelten sollen. Diejenigen Ortsgruppen, die noch keine Abzeichen bestellt haben, ersuchen wir, dies baldigst zu tun.

Eingesendet.

(Für diese Rubrik übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.)

Betriebserweiterung der Hammerbrotwerte. Der anhaltend steigende Konsum von Hammerbrötchen erfordert eine bedeutende Vergrößerung der Schwegater Werke. Wie die bereits bestehenden Anlagen, wurden auch die Zubauten mit den modernsten technischen und hygienischen Einrichtungen ausgestattet und am 28. November d. J. in Betrieb gesetzt. Die Hammerbrotwerte sind hierdurch imstande, täglich 125.000 Kilogramm Brot zu erzeugen.

Verschiedene Mängel, die bisher durch übermäßige Forcierung des Betriebes entstanden waren, werden nun durch diese Erweiterung vollständig beseitigt. Infolge der Sonntagsruhe, die in keinem privaten Bäckereibetrieb so streng gehalten wird wie in den Hammerbrotwerten, gab es insbesondere an Samstagen und Montagen oft Klagen über vorgebadenes Brot, die beim besten Willen von der Betriebsleitung nicht abgehilft werden konnten. Ohne eine entsprechende Anzahl von Reserwöfen war es unmöglich, den stärkeren Brotdbedarf an diesen Tagen in der durch die Sonntagsruhe verkürzten Arbeitszeit auszubaden. Diese Katastrophe ist nunmehr beseitigt und die Hammerbrotwerte sind jetzt in der Lage, ihr gutes und so beliebtes Brot an allen Tagen frisch und tabellos zu liefern.

Die Erkenntnis, daß die Hammerbrotwerte ihren vornehmsten Zweck — als Preisregulator des täglichen Brotes zu wirken und dadurch der konsumierenden Bevölkerung zu nützen — getreu erfüllen, bringt in immer weitere Kreise. Die Tatsache, daß die konsumierende Bevölkerung für die Marke Hammerbrötchen unablässig selbst wirkt und wirbt, bietet wohl die beste Gewähr für die weitere gedeihliche Entwicklung dieses musterhaften Parteiuunternehmens. Wie so oft schon haben unsere

Gegner mit ihren geschäftigen Anfeindungen das Gegenteil ihrer Wünsche herbeigeführt. Unsere, auf proletarischer Solidarität und Treue aufgebaute Parteibücherei gedeiht prächtig, und wir hoffen, daß in nicht zu ferner Zeit der bereits vergrößerte Vertrieb dem steigenden Bedarf nicht mehr genügen und neuerliche Erweiterungen erforderlich werden. Der Unterstützung aller klassenbewußten Arbeiter ist die gute Sache wert und sicher. In allen unseren Organisationen, auch in den wirtschaftlichen, kann es für uns nur einen Weg geben — den aufsteigenden — auf dem wir zusehends und vereint unaufhaltsam vorwärtsdrängen müssen, bis zur höchsten Spitze, an unserer Ziel! Weit ist der Weg und fern das Ziel. Aber unerschütterlich fest in uns die Ueberzeugung, daß wir dieses Ziel erreichen werden.

Jede Hausfrau strahlt vor Freude bei Anblick der herrlichen Behältnisse aus der Leinwandfabrik Josef Kraus, Nachod, Böhmen. Wenn Sie Behältnisse irgendwelcher Art benötigen, wenden Sie sich an obige Fabrik, die Ihnen eine außerordentlich reichhaltige Musterkollektion franco zusenden wird. Darunter werden Sie alles finden, was Sie für Ihren Haushalt benötigen, von einfachster Küchenschürze bis zur feinsten Brautausstattung.

Musik erfreut des Menschen Herz! Von jung und alt werden stets die Klänge guter Hausmusik freudig begrüßt werden. Namentlich Musik- und Sprechapparate erfreuen sich in allen Kreisen der Bevölkerung großer Beliebtheit. Aber auch ohne besondere Notenkenntnisse können andere Musikinstrumente, wie Gitarre- und Akkordgitarre, Akkordion und Bandonion mechanisch spielbar erlernt werden. Sowohl in diesen Instrumenten, als auch in Violinen, Mandolinen, Gitarren, Bandonions, Ziehharmonikas, Flöten, Trommeln, Kornets, Trompeten, Posaunen, Mundharmonikas u. s. w. bietet unseren Lesern der dieser Nummer beigelegte Prospekt der bekannten Firma Georg Bernhard, Bodenbach a. d. E., Teplitzstraße 2, eine große Auswahl. Die Anschaffung wird noch dadurch bedeutend erleichtert, daß die bewährten Melodiamusikinstrumente der Firma gegen bequeme Teilzahlungen von 3 Kr. an geliefert werden. Reich illustrierte Musikataloge werden auf Wunsch umsonst und portofrei zugesandt.

Bekanntmachung der Administration.

Anlässlich des bevorstehenden Jahreschlusses ersuchen wir sämtliche P. T. Ortsgruppen- und Zahlstellenleitungen, die Abrechnungen und Geldbestimmungen für die im Monat Dezember einlassierten Beiträge bestimmt bis längstens 27. Dezember zur Aufgabe zu bringen, so daß dieselben bis 31. Dezember in der Zentrale noch einlaufen und im Bericht für 1912 noch erscheinen können.

Alle nach dem 31. Dezember in der Zentrale für 1912 noch einlangenden Geldbeträge können im Bericht für dieses Jahr nicht mehr Berücksichtigung finden, ein Umstand, welcher — wie die Erfahrung der Vorjahre gelehrt — zur Folge hätte, daß der Rechnungsabschluss der Zentrale mit jenen der Ortsgruppen nicht übereinstimmen und zu Reklamationen Veranlassung geben würde.

Desgleichen ersuchen wir auch alle sonstigen, für Kalender zc. bis Dezember noch einlassierten Beträge in vorbezeichneter Weise abzuführen.

Mitteilungen der Zentrale.

Verwaltungskomiteesitzung am 20. November 1912. Bericht über den Stand des Baues des Eisenbahnerheims in Wien. — Bericht des Administrators und Erledigung des vorliegenden Einlaufes.

Versammlungsanzeigen.

- In nachstehenden Orten finden Versammlungen statt:
- Bad-Ausssee. Am 8. Dezember um 2 Uhr nachmittags im Hotel Schindlegger Generalversammlung.
 - Bischofskirchen. Die Diskussionsabend werden jeden ersten Samstag nach dem 3. und 15. im Monat um 7/8 Uhr abends im Vereinslokal abgehalten.
 - Gänserndorf. Am 1. Dezember in Cernys Gasthaus Mitgliederversammlung mit Vortrag.
 - Kritzendorf. Am 4. Dezember um 7 Uhr abends in Böds Gasthaus in Wörtern.
 - Komotau. Am 15. Dezember um 2 Uhr nachmittags in Georgs Gasthaus in Oberdorf.
 - Bodenbach. Am 1. Dezember um 8 Uhr abends in der Volkshalle in Bodenbach.
 - Meran. Am 7. Dezember Monatsversammlung.
 - Gallein. Am 8. Dezember um 2 Uhr nachmittags im Gasthaus „Eislwirt“ in Golling.
 - Deutsch-Wagram. Am 7. Dezember um 7 Uhr abends in Boccs Gasthaus freie Eisenbahnerversammlung.
 - Sigmundsherberg. Am 1. Dezember um 7/8 Uhr nachmittags in Waiß Gasthaus in Sigmundsherberg.
 - Krems a. d. Donau. Am 4. Dezember um 8 Uhr abends in Frau Hubers Gasthaus.
 - Furth im Walde. Am 8. Dezember um 4 Uhr nachmittags im Gasthaus Weber in Böhmischnubien.
 - Gbensee. Am 2. Dezember um 8 Uhr abends in Stigers Saal in Ebensee.
 - Wirkau. Die nächste Monatsversammlung findet nicht am 1., sondern am 26. Dezember um 7/8 Uhr abends in Süblers Gasthaus statt.
 - Turnau. Am 22. Dezember um 8 Uhr abends Mitgliederversammlung im Vereinslokal.
 - Alt-Pata. Am 22. Dezember im Gasthaus „zur alten Post“.

Mit der Tagesordnung: „Berichte über die Tätigkeit der berufsgenossenschaftlichen Unfallversicherungsanstalt der österreichischen Eisenbahnen“ finden nachstehende Versammlungen statt:

- Mubenz: 30. November 1912;
- Feldkirch: 1. Dezember 1912;
- Bozen: 2. Dezember 1912;
- Görs: 6. Dezember 1912;
- Rabreina: 7. Dezember 1912;
- Pragerhof: 9. Dezember 1912.

Referenten: Genosse Karl Tantsin und Genosse Karl Bild, Vorstandsmitglieder der berufsgenossenschaftlichen Unfallversicherungsanstalt.

Sprechsaal.

An unsere Ortsgruppen und Zahlstellen!

Die Zentrale hat im September laufenden Jahres an alle Ortsgruppen und Zahlstellen ein Zirkular, dem ein Formular betreffend Bestellung von Flugblättern und Klebezetteln für die Wahlen in die Humanitätsinstitute (Pensionsfonds, Provisionsfonds, Krankenkasse, Unfallanstalt und Lebensmittelmagazin) beige-schlossen war, mit dem Ersuchen versendet, die Formulare auszufüllen und ehestens einzusenden. Diefem Ersuchen

sind nur die wenigsten Ortsgruppen und Zahlstellen nachgekommen. Nachdem demnächst Wahlen bevorstehen, ist dringend notwendig, daß diejenigen Ortsgruppen, die unserem Verlangen noch nicht entsprochen haben, die Formulare sofort einsenden, damit die erforderliche Auflage der Flugblätter und Klebezettel festgestellt und eine kläglose und prompte Expedition derselben ermöglicht wird. Die Zentrale.

Die Wahlen in den Arbeiterauschüß bei der k. k. Staatsbahndirektion Villach.

Sämtliche von der Organisation aufgestellten Kandidaten und deren Ersatzmänner wurden mit riesiger Majorität gewählt.

Der Reichsbund deutscher Eisenbahner und der Professionistenverein, welche eigene Kandidaten aufgestellt hatten, fielen jämmerlich durch, da deren Kandidaten nur einige wenige Stimmen erhielten.

Nachstehend die gewählten Ausschüßmitglieder:

Sektion I.

Arbeiter des Bau- und Bahnerhaltungsdienstes.

- Johann Egger, Oberbauarbeiter.
- Franz Hammer, Anstreicher.
- Oswald Perjat, Vorarbeiter.
- Matthias Göpphardt, Zimmermann.

Ersatzmänner:

- Ferdinand Strimiger, Oberbauarbeiter.
- Simon Grenner, Maurer.
- Sebastian Vilak, Oberbauarbeiter.
- Johann Wanger, Oberbauarbeiter.

Sektion II.

Arbeiter des Zugsförderungs- und des Werkstattendienstes.

- Leopold Thumfort, Dreher.
- Anion Dorn, Heizhausarbeiter.
- Kofel Prag, Fuhrbeizger.
- Johann Gzypin, Schlosser.

Ersatzmänner:

- Kofel Stornschel, Dreher.
- Franz Bauner, Kohlenarbeiter.
- Franz Weber, Kohlenarbeiter.
- Jidor Kauzler, Heizhausarbeiter.

Sektion III.

Arbeiter des Verkehrsdienstes.

- Philipp Rohrlreiner, Magazinssarbeiter.
- Rupert Auer, Magazinssarbeiter.
- Andreas Blattinig, Stationsarbeiter.
- Gustav Böcher, Stationsarbeiter.

Ersatzmänner:

- Christian Liebmann, Magazinssarbeiter.
- Johann Rassi, Stationsarbeiter.
- Kofel Rügler, Magazinssarbeiter.
- Karl Rauter, Stationsarbeiter.

Achtung, Bahnerhaltungsarbeiter des Staatsbahndirektionsbezirktes Wien!

Die Vertrauensmänner, die in den Sitzungen in Hühlsdorf, St. Pölten und Krems die Fragebogen in Empfang genommen haben, mögen dieselben ehe baldigst an Genossen Karl Fuchsauer, Wien XII, Gatterholz-gasse Nr. 21, 3. Stock, Tür 24, senden. Selbstverständlich sollen die Fragebogen sorgfältig ausgefüllt sein.

Der Hauptvertrauensmann.

Offene Anfragen.

An die k. k. Staatsbahndirektion in Triest!

Bei der Dienstkommandierung in Triest, k. k. Staatsbahn, hat ein System eingerissen, welches direkt als Protektionswirtschaft bezeichnet werden kann. Durch die Begünstigung einiger Güterzugskondukteure werden die dienstälteren Kollegen geschädigt. Wir ersuchen den Herrn Staatsbahndirektor, die Dienstkommandierung in der Station Triest, k. k. Staatsbahn, einer eingehenden Untersuchung zu unterziehen.

An die k. k. Staatsbahndirektion in Olmütz!

Die Oberbauarbeiter von Ramsau, Ober- und Niederlindewiese, welche diesen Sommer bei der Schienenneuanlage in der Strecke Ramsau-Oberlindewiese vom Kilometer 216 bis 245 gearbeitet haben, erlauben sich an die löbliche k. k. Staatsbahndirektion Olmütz die höfliche Anfrage zu richten, wann ihnen die von der k. k. Bahnerhaltungssektion Freiwaldbau versprochene Arbeitszulage von 20 G. per Tag ausgezahlt wird?

An die k. k. Direktion der Staatseisenbahngesellschaft!

Die Bremser und Hilfsbremser der Station Grub-bach haben sich 35 an der Zahl zur Ablegung der vorgeschriebenen Prüfungen gemeldet. Von diesen 35 Mann wurden jedoch nur 20 zur Prüfung zugelassen; dabei wurden die jüngeren Leute den älteren vorgezogen. Um auch den abgewiesenen die Möglichkeit zur Stabilisierung zu bieten, so bitten diese um ehe baldige Zulassung zu den Fachprüfungen.

An die k. k. Direktion der Staatseisenbahngesellschaft in Wien!

Die Bahnerhaltungsmächter der Linie Wien-Brud-an der Laitha erlauben sich an eine löbliche k. k. Direktion die höfliche Bitte zu stellen, für die Dienststräume anstatt des oft nassen Holzes Kohlen beizustellen, so wie es bereits auf allen Linien der St. E. G. eingeführt ist.

Briefkasten der Redaktion.

Zell am See. Die Rente beträgt für jeden Abnehmer 200 Kr. Ob Mitglied oder nicht, ob Mann oder Weib, das ist ohne jeden Belang. Die Hauptsache ist, daß die Hinterbliebenen nachweisen können, daß der Abnehmer innerhalb des Kalenderjahres in Folge eines Eisenbahnunglückes mit Tod abgegangen ist und daß der gekaufte Kalender auch bezahlt wurde. — Nr. 100. Sie müssen uns genau Ihre Anstellungs- und Vorrückungsdaten mitteilen. — K. Sie müssen uns Ihre Anstellungs- und Vorrückungsdaten genau angeben. — G. 10. Klee. Nach Ihrer Darstellung haben Sie keinen Anspruch auf einen Härteausgleich, rüden jedoch, wenn Ihre Angaben richtig sind, in die 1300 Kr. am 1. Jänner 1914 vor. — T. A. 95. 1. Sie rüden am 1. Jänner 1914 vor. 2. Magazinssarbeiter müssen auf Grund der bestehenden Bestimmungen nicht zur Magazinssarbeiterprüfung zugelassen werden. Es ist jedoch Usus, sie in einzelnen Fällen zur Prüfung zuzulassen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion und Administration keine Verantwortung.

Inserate

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion und Administration keine Verantwortung.



MAGGI
Würfel à 5 h
(fertige Rindsuppe)
sind die besten!

Beste böhmische Bezugsquelle!
Billige Bettfedern!

1 kg graue, aufgeschlossene 2 K, bessere 2 K 40; per 1/2 halbweiße 2 K 80; weiße 4 K; weiße, flaumige 5 K 10; 1 kg hochfeine, schneeweiße, aufgeschlossene 6 K 40, 5 K; 1 kg Daunen (flaum), graue 6 K, 7 K; weiße, feine 10 K; allerfeinste Daunenflaum 12 K.
Bei Abnahme von 5 kg franco.



S. Benisch

Fertig gefüllte Betten

aus dichtfüßigem roten, blauen, weißen oder gelben Nanking, 1 Tuchent, 180 cm lang, circa 120 cm breit, mit samt 2 Kopfkissen, jedes 80 cm lang, circa 60 cm breit, gefüllt mit neuen, grau u. sehr dauerhaften, flaumigen Bettfedern 16 K; Halbdaunen 20 K; Daunen 24 K; einzelne Tuchente 10 K, 12 K, 14 K, 16 K; Kopfkissen 3 K, 3 K 50, 4 K; Tuchente, 200 cm lang, 140 cm breit, 13 K, 14 K 70, 17 K 80, 21 K; Kopfkissen, 90 cm lang, 70 cm breit, 4 K 50, 5 K 20, 5 K 70; Untertuchente aus Hartem, aufreißtem Grabl, 180 cm lang, 116 cm breit, 12 K 80, 14 K 80. Versand gegen Nachnahme von 12 K an franco. Um auch gefüllt, für Rückzahlung Geld retour.

S. Benisch in Deschenitz Nr. 158, Böhmen.
Reichhaltige Preisliste gratis und franco.

KAUFET WEBWAREN in SPY!

Verlangen Sie Probefendung der Nachnahme:

23 Meter edelwärbige Bettdecken-Kanevas „Refordia“ .. fr. 10-60
78 Hemmeter breit, rote oder blaue Streifen .. fr. 11-
23 Meter weiße feine Gendewebe „Riss“ .. fr. 11-
1 Dugend weiße Leinen-Damast-Bandtücher Nr. 7 .. fr. 6-
von der Gebirgsweberei

Starek & Machaně, Spy Nr. 35
Adlergebirge (Böhmen).
Für Nichtpassendes Geld zurück. Diverse Neuheiten-Muster gratis!

DRUCK- u. VERLAGS-ANSTALT VORWÄRTS

Wien V, Rechte Wienzeile 97

Liefert Vereinen und Organisationen Druckarbeiten rasch in tadelloser Ausführung und zu sehr coulanten Bedingungen

Telephon 2364 Bedingungen Telephon 3545

Die Wäsche der Zukunft

Die neue Original-Dauer-Leinenwäsche ist unerreichbar! Bester Ersatz für Plättwäsche. Kalt abwaschbar. Stets sauber. Kein Gummi. Nicht lackiert. Elegant. Praktisch. Unbegrenzte Haltbarkeit. Grosse Ersparnis. Weiss und bunt. Moderne Muster.

Original - Leinen - Dauerwäsche
M. Langhammer, Saaz
Illustrierte Preisliste umsonst und portofrei.
Vertreter gesucht.



Achtung!

Durch Ankauf eines großen Konsumwaren-Lagers, bestehend aus leistungsfähigen Herren- und Knaben-Helmen für Herbst und Winter sowie von Bergjägern elegante, fast neue Roben, Wintermäntel, Anzüge, Pelze, Fracks, Smoking- und Salonanzüge etc., ist es mir ermöglicht, dieselben einzeln zu kausen billigen Preisen abzugeben.

Ch. Dickler
I. f. bed. Leder-Schneiderei
III, Löwengasse 26.
Bitte, Nummer 26 genau zu beachten!

Jovana Colnar
Gemischtwarenhandlung,
Krainburg,
berendet folgende Artikel:

Gebuchte Schweine „Frisch“ .. per kg fr. 1-40
Linge .. „ „ „ 2-30
Schinken, hochprima .. „ „ 2-10
Kaiserschinken .. „ „ 2-10
Brosch .. „ „ 2-10
Krauterkäse, gr. .. „ „ 2-10
Schweinefleisch .. „ „ 2-10
Speck, feinst, zu billigen Preisen .. „ „ 2-10

Tagesspeisen
Weizenmehl Nr. 0 .. 100 kg fr. 35-80
Futtermehl Nr. 8 .. 100 „ 20-20
Kleie, grob .. 100 „ 15-60
Weiß, alter .. 100 „ 22-
Ab Krainburg per Nachnahme.

Josef Hontschik
Uhrmacher, Goldarbeiter
und Optiker
Gloggnitz, Zeile 4

empfehlen sein reichhaltiges Lager von aller Art Uhren, Gold- und Silberwaren. Präzisionsuhren Omega, Zenith, Seeland, Delvetia, Doga etc. in Gold, Silber u. Nickel. Wecker, Pendel- und Wanduhren aller Art. Reparaturen, wenn auch schwierigster Art, werden rasch, billig und unter Garantie ausgeführt. Eisenbahner 10 Prozent Rabatt.



Der **Balkankrieg**

veranlasste die Zurückhaltung für die Türkei bestimmt gewesener 19.000 m feiner gebleichter Wäsche-gewebe.

Diese schöne feste Ware, für allerbeste Wäsche verwendbar, wird tief unterm Wert abgegeben. 1 Probestück zirka 40 m lang und 82 cm breit

per Meter 55 Heller
per Nachnahme; falls nicht passend, wird zurückgenommen.

Leinenfabriken Jos. Kraus, Nachod VII Böhmen.

Reellität verbürgt 45 Jahr. Welttruf der Firma.

Kostenlos
prachtvolles Musterbuch jeder Art feinsten Webwaren für Haushalt und Ausstattung.

Chrenckerklärung.
Ich bedauere es lebhaft, Frau Anna Gaeber in Wien, XXI, Emotagasse 27, qundlos beschimpft und dadurch schwer beleidigt zu haben.
Ich bitte deshalb um Verzeihung und danke der Frau Gaeber, daß sie von einer gerichtlichen Verurteilung abgesehen hat.
Martin Wehner m. p.
Bäcker in Wien, Emotagasse 27.

Lassen Sie sich diesen Apparat sofort kommen!

Nur wir liefern ohne jede Anzahlungsbedingunglosem Rücksendungsrecht. Unsere Offerte ist konkurrenzlos.



Sie brauchen kein Geld dazu
Wir senden denselben kostenlos

5 Tage zur Probe nebst 20 ausgewählten Stücken zu 10 doppelseitigen 29 cm großen Pathé-Platten. — Haben Sie schon einmal Pathé-Platten gehört? Pathé-Platten will man immer wieder hören, da sie unabwetzbar sind und im Gegensatz zu Nadelplatten noch nach Jahren ebenso schön und rein erklingen, als beim ersten Spiel.

Die Lieferung erfolgt sofort!

Der Preis unseres herrlichen Luxus-Modells in echt Eiche, einschließlich der neuen großen Pathé-Konzert-Schallboxe, die alle bisherige Igen weit in den Schatten stellt, beträgt nur 75 Kr., der einer Pathé-Doppelplatte 5 Kronen. Behalten Sie unsere Sendung, so haben Sie für Apparat und Platten monatlich nur 4 Kronen, bei Nichtgefallen nur die ganz minimalen Transportkosten. Sie zahlen. Verlangen Sie sofort Probefendung per Postkarte.

Bial & Freund, Ges. m. b. H.
Vorführungsraum: Mariahilferstr. 105. — Wien VI, Postfach 210-2

Albert Kern, Graz, Annenstraße 28.

Wetterkragen für Herren 9, 12, 15, 18 K
Winterulster .. 22, 30, 40 „
Raglan .. 28, 36, 44 „
Modeanzug .. 22, 30, 40 „
und aufwärts.

Knabenkleider staunend billig.
Eigene Abteilung für Maßbestellungen.

Gegen Vorweisung der Legitimation gewähre ich dem P. T. Bahnpersonal sowie den beschäftigten Personalern der Werkstätten 5 Prozent Rabatt von den feinsten erfindlichen Preisen. — Illustrierte Kataloge und Muster gratis.

Mattigkeit, Abspannung, schnelle Ermüdung und Mangel an Energie

Sind Uebel, die auch den gesündesten Menschen befallen und ihm schließlich jede Lust zur Arbeit und zum Leben nehmen.
Jedermann ist deshalb verpflichtet, seinem Körper, aber vor allem seinen Nerven die nötige Spannkraft zu erhalten, um den vielfältigen Anforderungen des menschlichen Lebens in jeder Lage gerecht zu werden.
Der Arbeiter, der Tourist, der Sportmann, der Soldat sowie auch der an den Schreibrisch gekettete Kaufmann und Gelehrte bedarf einer solchen Auffrischung und Erholung seiner vorerwähnten und geistigen Kräfte und hat den bisherigen Mangel eines geeigneten Mittels sicher schon bitter empfunden. Ein solches Mittel ist nun in dem so sehr beliebten Präparat

Hertules-Kola

gefunden worden. Den Aristokraten ist es schon vor Jahrzehnten aufgefunden, mit welcher spielender Leichtigkeit die Eingeborenen die erhabensten Marzschreitungen vollbrachten. Sie stellten darauf fest, daß die Eingeborenen dies durch den Genuß eines unerschöpflichen Anregungsmittels, der Kola u. s. w., erreichten, aus deren Extrakt, in Verbindung mit den Salzen der Jirone und unter Vermischung von Schokolade die

Hertules-Kola-Tabletten

hergestellt werden.
Die Hertules-Kola-Tabletten erweisen ihre vorzügliche Wirkung:
Bei allen durch geistige oder körperliche Arbeit ermüdeten und erschöpften Menschen; dieselben werden sich nach einigen Tabletten die neugeborenen fühlen.
Bei von schwerer Krankheit Genesenen, die noch matt und schwach sind.
Bei Schülfern, die der Anstrengung antreten,
Bei Rauchern, die an den Folgen zu starken Nikotingenusses leiden.
Bei nervösen Menschen, die bei jedem geringsten Anlaß vor Aufregung zittern,
Bei Touristen, Bergsteigern, Turnern, Soldaten und Sportisten, die alle oft einer übermäßigen Anspannung ihrer körperlichen Kräfte ausgesetzt sind.
Jeder Mensch, der an irgendeiner Krankheit leidet und in folgedessen m. s. u. n. t. und verstimmt ist, wird schon nach Verbrauch einer nur kleinen Quantität Hertules-Kola-Tabletten seinen Lebensmut wieder finden und dadurch heilfördernd auf seine Krankheit einwirken.
Hertules-Kola-Tabletten sind durch ihre wunderbaren nerven- und körperfördernden Eigenschaften

!500 Kronen!

zahle ich Ihnen, wenn meine Buzzel-vertiger „Hajalbe“ Ihre Buzzel-angen, Wangen, Hornhaut in drei Tagen nicht schmerzlos entfernt. Preis eines Niefengins 23 Kr., 6 Stück große fette Niefengins 25 Kr. franco per Nachnahme liefert

Kemény, Kaschau
I. Postfach 12 115, Ungarn.

1912er Junggeflügel

Garant. lebende Ankunft, franco jeder Station. 18 Stück große fette Brathühner 20 Kr., 12 Stück große fette Niefengins 23 Kr., 6 Stück große fette Niefengins 25 Kr. franco per Nachnahme liefert

J. Garten, Stafat 507 (Oest.).

Wilhelm Beck & Söhne
k. u. k. Hoflieferanten

Wien VI, Hirschengasse 25

Fabrik für alle Arten Eisenbahnuniformen, Kappen und sonstige Ausrüstungssorten

Preiskurante gratis und franko

Tuchfabrik: Humpolec (Böhmen)

eine Quelle der Wohltat für die Menschheit

geworben. Enthusiastische Dant- und Anerkennungsschreiben laufen täglich in großer Zahl bei uns ein.
Hertules-Kola-Tabletten kosten:
1 Schachtel, enthaltend 100 Tabletten fr. 3-
franko jeder Poststation. Die Quantität reicht längere Zeit für den täglichen Gebrauch und der Preis ist so billig gestellt, um jedem Menschen diese Wohltat zu ermöglichen.
Man hüte sich vor minderwertigen Nachahmungen und verlange nur die allein echten Hertules-Kola-Tabletten mit der geschützten protokollierten Schutzmarke.
Versand überall hin durch die

Apothete „zur Mariahilf“, Wien,
VI, Mariahilferstraße Nr. 55, Postfach 0 116.
Proben auf Wunsch gratis!

Billige Bettfedern und Daunen

1 Kilo graue geschlossene K 2-40, bessere K 2-40, halbweiße prima K 2-80, weiße K 4-10, prima daunenweiße K 6-10, hochprima K 7-10, 8-10 und 9-60, Daunen, grau K 6-10, 7-10, weiße prima K 10-10, Brustflaum K 12-10 von 5 Kilo an franco.

Fertig gefüllte Betten

aus dichtfüßigem roten, blauen, gelben oder weissen Nanking, 1 Tuchent ca. 180 cm lang, 120 cm breit, samt 2 Kopfkissen, jeder ca. 80 cm lang, 60 cm breit, genügend gefüllt mit neuen grauen, flaumigen und dauerhaften Bettfedern K 16-10, Halbdaunen K 20-10, Daunenfedern K 24-10, Einzelne Tuchente K 10-10, 12-10, 14-10, 16-10, Einzelne Kopfkissen K 3-10, 4-10, 5-10, 6-10, 7-10, 8-10, 9-10, 10-10, 11-10, 12-10, 13-10, 14-10, 15-10, 16-10, 17-10, 18-10, 19-10, 20-10, 21-10, 22-10, 23-10, 24-10, 25-10, 26-10, 27-10, 28-10, 29-10, 30-10, 31-10, 32-10, 33-10, 34-10, 35-10, 36-10, 37-10, 38-10, 39-10, 40-10, 41-10, 42-10, 43-10, 44-10, 45-10, 46-10, 47-10, 48-10, 49-10, 50-10, 51-10, 52-10, 53-10, 54-10, 55-10, 56-10, 57-10, 58-10, 59-10, 60-10, 61-10, 62-10, 63-10, 64-10, 65-10, 66-10, 67-10, 68-10, 69-10, 70-10, 71-10, 72-10, 73-10, 74-10, 75-10, 76-10, 77-10, 78-10, 79-10, 80-10, 81-10, 82-10, 83-10, 84-10, 85-10, 86-10, 87-10, 88-10, 89-10, 90-10, 91-10, 92-10, 93-10, 94-10, 95-10, 96-10, 97-10, 98-10, 99-10, 100-10.

Max Berger in Deschenitz Nr. 249, Böhmerwald
Kein Risiko, da Umtausch erlaubt oder Geld rückerstattet wird.
Reichhaltige illustrierte Preisliste aller Bettwaren gratis.

Umsonst
erhält jedermann bei Abnahme von 1 Postpaket à 5 Kilogramm

Richters Gesundheits-Roggenkaffee

Einem schönen Gebrauchsgegenstand aus Nickel, Aluminium etc., wie Brotkörbe, Dosen, Töpfe, Schreibzeuge, Albums, Leuchter etc. 1 Postpaket franko per Nachnahme K 4-10, ohne Gratiszugabe K 3-40

Vor Weihnachten auf Wunsch ein Christbaum-Engelgeläute oder Christbaumschmuck, Puppen und verschiedene Spielwaren.

Karl Richter, Lewin 5, Böhmen.

Eidernwolle

Gegen kalte Füße schützt man sich durch Strümpfe aus holsteinischem Eiderwollgarn. Dies vorügl. nicht einlaufende Strümpfe liefert auch an Private Kr. 5,90 bis Kr. 17- per Kilo zollfrei.

Heinrich Köster, Spinnerel, Rendsburg B 3 Elder.
Garantie Zurücknahme.
Katalog gratis. Muster franko.



Gegr. 1860

Billige Bettfedern

5 Kilo: neue geschlossene K 9-60 bessere K 12-10, weiße daunenweiße geschlossene K 18-10, K 21-10, schneeweiße daunenweiße geschlossene K 20-10, K 24-10, K 28-10, K 32-10, K 36-10, K 40-10, K 44-10, K 48-10, K 52-10, K 56-10, K 60-10, K 64-10, K 68-10, K 72-10, K 76-10, K 80-10, K 84-10, K 88-10, K 92-10, K 96-10, K 100-10.

FERTIG GEFÜLLTE BETTEN

aus rotem Bettinlett, gefüllt, 1 Tuchent oder 1 Unterbett 150 cm lang, 116 cm breit K 10-10, K 12-10, K 14-10, K 16-10, K 18-10, K 20-10, K 22-10, K 24-10, K 26-10, K 28-10, K 30-10, K 32-10, K 34-10, K 36-10, K 38-10, K 40-10, K 42-10, K 44-10, K 46-10, K 48-10, K 50-10, K 52-10, K 54-10, K 56-10, K 58-10, K 60-10, K 62-10, K 64-10, K 66-10, K 68-10, K 70-10, K 72-10, K 74-10, K 76-10, K 78-10, K 80-10, K 82-10, K 84-10, K 86-10, K 88-10, K 90-10, K 92-10, K 94-10, K 96-10, K 98-10, K 100-10.

60 cm lang, 68 cm breit K 3-10, K 3-60, und K 4-10, 50 cm lang, 70 cm breit K 4-50 und K 5-60. Anfertigung nach nach jeder beliebigen Maßangabe 3-teilige Gaar-Matratzen auf 1 Bett à K 27-10, bessere K 35-10. Versand franco der Nachnahme von K 10-10 aufwärts. Umtausch und Rücknahme gegen Portovergütung erlaubt. Neuheit! Einzel. Exped. Nr. 170 bei Wien, Böhmen.

Winter-Handschuhe

für die I. I. Ober- und Unterbeamten der Bahnen liefert in auserkant Primaware (Paar von 75 S. bis Kr. 1-50) in Braun, grau, weiß und schwarz Theodor Werner, Reichenberg, Armeelieferant. Auf Wunsch Auswahlfendungen. Muster gratis und franco. Hoher Rabatt.

Für die Balkan-Länder

bestimmt gewesene Leinwandwaren werden wegen Exporteinstellung tief unter dem Werte verkauft.

Zirka 1800 Dutzend Prachthandtücher, schwer, reinleinen 54/125 cm gross, K 12.—
1 Dutzend . . . K 12.—

900 Dutzend Damasthandtücher, prima reinleinen, 50/110 cm gross, 1 Dutzend . . . K 8.40

5000 Stück weisse feine Damasttischtücher, reinleinen, 145 cm gross, 1 Stück K 2.80

1000 Stück erstklassige reinleinen Spolsage-K 6.—
doaka, f.6 Personen

8000 Stück Leintücher aus bester Weissflachsleinswand, 1 Stück . . . K 2.70



900 Dutzend gebleichte erstklassige Taschentücher, reinleinen, 1 Dutzend . . . K 6.30

Mindestaufträge um K 10.— per Nachnahme. Nichtpassendes wird zurückgenommen. Beste Gelegenheitskäufe für Haushalt, Ausstattung und Weihnachtsgeschenke. — Strenge Reellität verbürgt 45jähriger Weltrauf der Firma.

**Mechanische Weberei
:: und Leinentabrik ::**

**Jos. Kraus
Nachod VII, Böhm.**

Prachtvolles Musterbuch feiner Leinwand fürs Haus und Brautausstattung kostenlos.

Vor dem Gebrauch. Nach dem Gebrauch.

Solche wunderbare Wandlung bewirkt

Kola-Dultz

die beste Gehirn- und Nervennahrung der Natur.

Stimmung, Denken, Tätigkeit sowie jede Bewegung des Körpers sind abhängig vom Gehirn. Mattigkeit, Niedergeschlagenheit, Erschöpfung, Nervenschwäche und allgemeine Körperschwäche sind Zeichen mangelnder Lebenskraft. Wollen Sie sich stets munter fühlen mit klarem Kopfe und kräftigem Gedächtnis, wollen Sie Arbeit und Strapazen als Vergnügen empfinden, so nehmen Sie Kola-Dultz. Dies ist die natürliche Nahrung für Nerven und Gehirn, die gleichzeitig das Blut verbessert und verjüngt und so, Kraft spendend, auf jedes Organ des Körpers wirkt.

Kola-Dultz bringt Lebenslust und Schaffenskraft

sowie das Gefühl der Jugend mit seiner Latkraft, die Erfolg und Glück verbürgen.
Nehmen Sie Kola-Dultz eine Zeitlang täglich, es wird Ihre Nerven stärken, jede Schwäche wird schwinden und unter seinem Einfluß werden Sie von Kraft erfüllt sein.

empfohlen von ärztlichen Autoritäten der ganzen Welt
und angewendet in Krankenhäusern und Nervenanstalten.

Verlangen Sie Kola-Dultz umsonst!

Jetzt biete ich Ihnen eine Gelegenheit, Ihre Nerven zu kräftigen. Schreiben Sie mir eine Postkarte mit Ihrer genauen Adresse und ich sende Ihnen sofort gratis und franco ein Quantum Kola-Dultz, groß genug, um Ihnen gut zu tun und um Sie in die Lage zu versetzen, seine wundervolle Kraft zu würdigen.
Wenn es Ihnen gefällt, können Sie mehr bestellen. Schreiben Sie aber sofort, ehe Sie es vergessen.

Versandstelle der „heiligen Geist-Apotheke“, Budapest VII, Abteilung A.

1912er Junggeflügel!

Garantiert lebende Ankunft, franko jeder Station, 20 St. grosse fette Brathühner K 22.—, 12 St. grosse fette Hensenten K 23.—, 6 St. grosse fette Riesengänse K 26.—
franko per Nachnahme liefert

**S. ELLENBERG
Tarnopol Nr. 20.**

Glas-Christhaumschmuck

aus erlerter Hand franco, sofort gut verpackt. Bekende auch dieses Jahr nur hochmoderne diesjährige Neuheiten. Sortiment, sehr schön zusammengestellt, von 6 K an. Für Gänzlich Extra-Sortimente von 10 K an und höher. Jeder Bestellung füge Gratisgeschenke bei und richten Sie je nach Größe des Auftrages. Versand gegen Nachnahme oder vorherige Einzahlung des Betrages. Preisliste der herrlichsten Neuheiten gratis und portofrei.

**Mag
Heumann
Kaufhaus E. M. 6
Mitglied des Glas-
arbeiterverbandes**

Hindsuppe-Würfel

nur mit kochendem Wasser übergießen, äußerst ausgiebig und schmackhaft.

200 Stück Kr. 6.50, 500 Stück 14 Kr., 1000 Stück 25 Kr.
alles franco, inklusive Zoll, gegen Nachnahme. Käufer gratis.

**Nahrungsmittelfabrik
„GOLIATH“**

Berlin 228, Saarbrückerstr. 30.

OLLA-GUMMI

beste existierende Marke für Herren und Damen, per Dutzend 4, 6, 8 und 10 Kronen.

Neinheit für Herren

dauernd zu gebrauchen, per Stück 2 und 4 Kronen.

Frauenschutz, jahrelang haltbar, per Stück 3, 5 und 10 Kronen.

Preisliste der neuesten Schutzmittel, verschlossen, gegen 20 h. Marke.

**J. GRUNER
Wlan V/2, Schönbrunnerstr. 141/E.
Adresse aufheben, es wird Sie nie reuen.**

MÖBEL Ausnahmsverkauf!

Beste Gelegenheit für Brautpaare u. Möbelkäufer.

Fünfhäuser Möbelniederlage

M. Eisenhammer 142
Wien XV, Mariahilferstrasse

(neben der Schwendrogerie Schawerda).

Vollsteuerte Innereinrichtungen von 140 Kr. aufwärts, Kücheneinrichtungen von 24 Kr. aufwärts, komplette Schlaf- und Speisezimmer, altdeutsch und modern, Exzeption von 240 Kr. aufwärts. Moderne Küden, weich, grün, von 70 Kr. aufwärts. Alle Gattungen Möbel, Matratzen und Bettelinge billig. Kleiner Preisführer für die Provinz gratis. Großer Möbelkatalog für 80 Heller in Briefmarken franco.

Größtliche Bestellungen streng reell wie bei persönlicher Auswahl.

Zufuhr zu allen Bahnhöfen und Bestellen Wien kostenfrei.

Warnung! Um meine P. T. Kunden vor Schaden durch Fälschungen zu bewahren, achten Sie genau auf meine prima Fünfhäuser Möbelniederlage, da eine Konkurrenz meine Hausnummer als Preis misbraucht, um meine P. T. Kunden zu täuschen. Achten Sie auf die gelben Tafeln vor dem Geschäftsorte!

Registrierte Schutzmarke: Eisenbahn-Kondukteur.

Sie sind erst dann in dem richtigen Geschäft, wenn Sie meine Schutzmarke „Eisenbahnkondukteur“ in Lebensgröße in meinem Schaufenster sehen.

Guter Wohngeborener!

Die Möbel sind in bester Ordnung angekommen und sind wie sehr zufrieden damit. Die Möbel waren so sorgfältig verpackt, daß nicht das geringste Beschädigt war. Ich spreche Ihnen deshalb meinen besten Dank und wolle Ihre Freundschaft aus und werde Sie stets in meinem Bekanntheitskreis empfehlen.

Hochachtungsvoll
Johann Gaisch, Kondukteur.

Nervenschwäche

deren Ursachen und Verhütung in gemeinverständlich Darstellung. Preisgekröntes Werk in vielfach verbesserter, nach modernsten Gesichtspunkten und Erfahrungen neu umgearbeiteter Auflage. Wirklich brauchbarer, durchschneidernder Ratgeber und bester Wegweiser zur Verhütung von Gehirn- und Rückenmarkserkrankung, Geschlechtsnervenverrückung, Folgen nervenunrunder Leiden und Exzesse u. s. w. Für jeden Mann ist das Leben dieses Buches nach sachmännlichen Urteilen von geradezu unschätzbarem Nutzen. Für K 1.50 in Briefmarken zu beziehen von Dr. med. Rumlind Nachf., Genf-Str. 881 (Schweiz).

Warum kaufen Sie ohne Anzahlung

eine Sprechmaschine direkt in einziger Fabrik Oesterreichs am besten?

Weil keine Pracht, Zoll, Packung wie bei ausländischen im Preise mitbezahlen, jede Maschine bis zur kleinsten Schraube vaterländisches Fabrikat ist, den Händlernutzen sparen.

Weil bei jeder Maschine drei Jahre Garantie ist, jedes Blattensfabrikat darauf spielen können, jede Maschine eine Klasse für sich bildet und meine Fabrik nicht erst gehen geübt wurde, sondern seit 1808 besteht, daher für größtes Entgegenkommen bürgt.

Weil ich an folgende Kunden ohne Anzahlung in Rate von 5 Kronen an liefern und 20 Monate Kredit gewähre. Vorführung ohne Kaufzwang in der Fabrik. Kein Cassenladen.

Katalog gratis.
Einzige Sprechmaschinenfabrik Oesterreichs
Leop. G. Rimpler, Wien VII, Kaiserstrasse Nr. 65.

Parteigenossen!

Bestellen auch jeder für eure Familie ein Paket fehlerfreier Reste, enthaltend: Prima Kanewas für Bettüberzüge, starken Hemdenstoff, Besir für Hemden und Kleider, Blandruck, Blusen- und Kleiderstoffe, Leinwand zc. Alles in prima Qualität. 40 Meter um 16 Kr., beste Sorte 40 Meter um 18 Kr. per Nachnahme. Die Länge der Reste beträgt von 4 bis zu 14 Metern und kann jeder Rest bestens verwendet werden.

Für Wiederverkäufer glänzender Verdienst.
Mit Parteigeizig
Seppold Wicel, Handweber
in Nachod Nr. 17, Böhmen.
Mitglied der politischen Orts- und Fachorganisation.

Beste u. reellste Bezugsquelle!

Bettfedern-Daunen

**JOSEF BLAHUT
DESCHENITZ**

1. Klasse neue, grüne, geschlossene Bettfedern K 2.—, bessere K 2.40, halbweiße K 2.80, weiße K 4.—, bessere K 6.—, Gerichthilflich, schmerzlich K 8.—, Daunen, grau K 8.—, 7.— und 8.—, Daunen, weiß K 10.—, Großflaum K 12.—, Rasierflaum K 14.—, von 6 Kilo an franco.

Fertige Betten

aus hochwertigem roten, blauen, gelben oder weißen Manting, 1 Duzent circa 180/120 cm groß, samt 2 Kopfkissen, diese circa 80/60 cm groß, genügend gefüllt mit neuen, grauen, dauerhaften Federn, K 16.—, Halbdaunen K 20.—, Daunen K 24.—, Duzent allein K 12.—, 14.— und 16.—, Kopfkissen allein K 3.—, 3.50, besser K 4.—, Zusatz, circa 180/140 cm, K 15.—, 18.— und 20.—, Kopfkissen, circa 90/70 cm, K 4.50, 5.— und 6.50, Unterbett, circa 180/116 cm, K 15.—, 16.— und 18.—, Kinderbetten, Bettüberzüge, Einlächer, Matratzen, Steppdecken, Planchdecken u. s. w. Billigst, verbindet der Nachnahme, Verpackung gratis, von K 10.— an franco.

Josef Blahut, Deschenitz Nr. 109 (Böhmerwald).
Richtpassendes ungetauscht oder Geld retour. Verlangen Sie die ausführliche, illustrierte Preisliste gratis und franco.

Rum billiger

und viel besser als Sie ihn bisher kaufen. Bereiten Sie selbst mit „Dero“ Rum-Extrakt, sowie Bitter mit „Dero“ Bitter-Extrakt. 1 Probeflasche zu 3 Liter Rum oder 3 Liter Bitter 1 Kr., 3 Flaschen Kr. 2.40 gegen Vorzahlung des Betrages. 6 Flaschen 4 Kr., 10 Flaschen 6 Kr., auch per Nachnahme. Zu haben bei: Zecum, Wial, Wittaler, Rosenbauer, Kaiserstein, Hantle, Buntz u. s. w. Böhmen, in Genua und ganz Italien, samt genauer Gebrauchsanweisung liefert:

**Laboratorium L. Antscherl,
Tucap, Böhmen.**
Wiederverkäufer gesucht.

Bei Flechtenleiden

aller Art, besteht bei nässenden und Schuppenflechten unübertrefflich. Hautausschlägen, Säureerkrankungen, Hautausschlägen, selbst in den hartnäckigsten Fällen, wo alle bisher angewandten Mittel vergeblich, verleiht

Apotheker Stauders

Euzema-Balsam

sofort Hilfe. — Euzema-Balsam ohne jede Verursachung. — Patentamtlich geschützt. 141.365. Preis 5 Kr. Allein nur echt durch die Drogerie Apotheke, Hauptbecken D. 37 (bahr. Müllau). Zahlreiche Dankschreiben von Geheilten, insbesondere von solchen, die jahrelang alle möglichen Schmierereien ohne jeden Erfolg angewandt.

Die Weltmeisterschaft in der Uhrenindustrie endl. erobert!
Extrafach! Hochelegant!

Kavalier Gold-Double Uhr

prämiierter Marke nur K 4.00.

Dieses Uhr besitzt ein gutes 25stündiges Ankerwerk und ist auf elektrischem Wege mit echtem 18karat Gold überzogen.

Garantie für präzisen Gang 4 Jahre.
1 Stück K 4.00
2 „ „ 8.00

Jeder Uhr wird eine fein vergoldete Kette umsonst beigefügt.

Gleiche Damenuhr in flacher und eleganter Ausführung K 5.00.

Risikolos, da Um-tausch erlaubt ev. Geld retour. Versand p. Nachnahme.

**HOLZER & WOHL, Krakau Nr. 51
Oesterreich.**

Sie werden reich!

20 bis 30 Kr. täglicher Verdienst, wenn Sie sich mit dem Verkauf meiner Neuheiten befassen. Auch als Nebenbeschäftigung. Schreiben Sie Ihre Adresse an

**Export Arnold Weisk
Wien VII, Reustiftgasse 137**

Versende Waffen aller Art

auf 10 Tage zur Probe u. Ansicht. Einläufige Lanostergewehre von K 20.—, Doppelläufige Lanostergewehre von K 25.—, Hammerlösgewehre von K 70.—, Flohertgewehre von K 8.—, Revolver von K 5.—, Pistolen von K 2.— aufw. — Reparaturen schnell und billig. Illustrierte Preislisten gratis. **F. Dusek, Waffenfabrik, Opocno Nr. 2009**, an der Staatsbahn, Böhmen.

Winter-Tafeläpfel

sehr schöne, edle, haltbare Sorten zum Preise von 24 h bis 30 h ab Riedau.

Strudeläpfel, grosse

zum Preise von 25 h ab Riedau nur bei

**Josef Hufnagl
in Riedau, Oberösterreich.**

Versand von 20 Kilogramm aufwärts per Nachnahme.

Ehrenerklärung.

Anfolge meiner Unwissenheit und irrtümlichen Information habe ich den Herrn Josef Staringer, Vereinsleiter in Gänserndorf Nr. 208, in seiner persönlichen Ehre angriffen und stehe mit dem Ausdruck des Bedauerns meine Beschuldigungen zurück.

Gänserndorf, am 11. Nov. 1912.
Johann Wierer.

Ächtung, Eisenbahner!

Vorzügl. Wein heutiger Hochzeit liefert zu äußerst billigem Preise die altbekannte Firma

Rud. Randolin, Pola.
Preisliste auf Wunsch sofort.

Brünner Stoffe

für Herrenkleider zu billigsten Fabrikspreisen kann man am besten bei

**Etzler & Dostal, Brünn
Schwedengasse 93.**

Lieferanten des Lehrerbundes und Staatsbeamtenvereines. 68

Durch direkten Stoffeinkauf vom Fabriksplatz erspart der Private viel Geld. — Nur frische, moderne Ware in allen Preislagen. — Auch d. kleinste Mass wird geschneitten.

Reichhaltige Musterkollektion postalisch zur Ansicht.